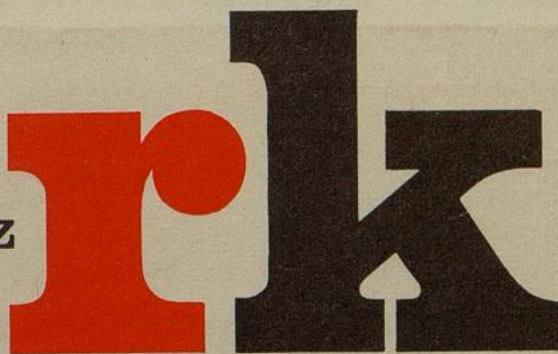


F 57.281
1983
Jänner



rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

ATTLINE: Information der Massenmedien über aktuelle Ereignisse im Bereich der Stadt Wien.

Der Medieninhaber Stadt Wien ist an folgenden anderen Medienunternehmen beteiligt: Wiener Messe-AG mit ihrem Tochterunternehmen Wiener Werbezentrale Ges.m.b.H. Ekazent, Bau-, Immobilienmakler- und Werbe-gesellschaft. Gewista Werbe-gesellschaft mit den Tochterunternehmen Kinoreklame Ges.m.b.H., Wartehallenwerbung Ges.m.b.H. Wiener Betriebsan-siedlungsges.m.b.H. Wiener Verkehrsverein Ges.m.b.H. Jugend & Volk Verlagsgesellschaft mit seinen Tochterunter-nehmen Jugend & Volk, München, Schulwissenschaftlicher Verlag Haase, Alte Schmiede, Wiener Theaterbetriebsges.m.b.H. Theater an der Wien Betriebsgesellschaft. Wiener Stadthalle Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mit den Betei-ligungen an Austria Wochenschau Ges.m.b.H., Elite Kino OHG, Maria-Theresien-Kino Ges.m.b.H., Kammerlichtspiele OHG und Mödlinger Bühnenbetriebsges.m.b.H. Kabel-TV Wien Ges.m.b.H. mit der Beteiligung an Tele-Kabel Ges.m.b.H.

Montag, 3. Jänner 1983

Blatt 1

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Helfen ist das Motto
 Gratz für korrekte Wahlwerbung
 Erste Jahresbilanzen von Feuerwehr, Rettung,
 Krankenbeförderung
 Gratz und Mayr: Für weitere Zusammenarbeit
 mit der Wirtschaft

Kommunal:
(rosa) Neuer Flächenwidmungsplan in Liesing
 Wohnhäuserverwaltung: Rückblick auf 1982
 Mehr Unterstützung für sozial Schwächere

Lokal:
(orange) Bankerln aus dem Wiener Weihnachtsbaum
 Behebung von Frostaufbrüchen
 Silvester-Nachtdienst der Verkehrsbetriebe
 hat sich bewährt

Kultur:
(gelb) Zuwachs für Plakatsammlung

Nur
über FS: 1.1. Wiener Neujahrsbaby ist ein Mädchen

IN 277.184

.....
Bereits am 1. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Helpen ist das Motto

Utl.: Rettungsleute gründeten "Humanitätsklub"

1 Wien, 1.1.(RK-KOMMUNAL) Nicht nur von Berufs wegen ist "Helpen" das Motto der Männer von der Wiener Rettung. Zwei Bedienstete der Rettungszentrale haben kürzlich einen Verein gegründet, der Bedürftigen ohne großen finanziellen Aufwand unter die Arme greifen will. Die Idee für den "Humanitätsklub" stammt von dem seit 29 Jahren im Rettungsdienst tätigen Rudolf MACHALA, mit dem "Wien aktuell-Wochenblatt" sprach.

Der Verein hat bereits 21 Mitglieder, die nicht nur aus dem Bereich der Rettung kommen. Das Klublokal befindet sich in der Bezirksstelle "Van Swieten" des Roten Kreuzes am Phorusplatz 7. Als erste Aktion wurde kurz vor Weihnachten das Altersheim Liesing vom "Humanitätsklub" besucht. "70 Senioren, die keine Angehörigen mehr haben, erhielten von uns kleine Geschenkpakete und ein bißchen Aufmerksamkeit", erzählt Rudolf Machala. "Die Freude war enorm." Für die nähere Zukunft sind Ausflüge mit Behinderten, zum Beispiel in den Safaripark, geplant. (Schluß) roh/di

NNNN

.....
Bereits am 1. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz für korrekte Wahlwerbung

=++++

2 #Wien, 1.1. (RK-KOMMUNAL) "1983 ist ein Wahljahr," betonte
Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner Rundfunkrede am Neujahrstag.
"Ich habe dafür persönlich den Wunsch, daß alle, die in der
Wahlwerbung auftreten, so agieren, daß sie nachher einander weiter
die Hände reichen und in die Augen schauen können. Ich verspreche
persönlich, daß ich niemand beleidigen, niemand in seiner
persönlichen Ehre kränken werde. Jeder wird die Einhaltung dieses
Versprechens überprüfen können."#

Gratz erinnerte daran, daß Wien von 37 Jahren in Trümmern lag.
"Die Wienerinnen und Wiener haben ihre Stadt in einem bitterarmen
Land aus den Trümmern aufgebaut, schöner denn je. Und ich bin
überzeugt davon: Ein Volk, das dieses Aufbauwerk begonnen und
vollbracht hat, wird auch heute, da wir hundertmal reicher sind, mit
allen Schwierigkeiten fertig werden."

"Die wichtigste Voraussetzung für dieses Aufbauwerk war der
innere und äußere Frieden, in dem wir leben und arbeiten konnten,"
betonte Gratz. "Die Erhaltung dieses Friedens ist unser wichtigster
Wunsch und unser wichtigstes Ziel für 1983 und für alle Zukunft. Als
Hauptstadt eines kleinen neutralen Landes zur internationalen
Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen, ist das, was wir in
unserer Stadt ganz konkret für den Frieden tun können. Der weitere
Ausbau unserer internationalen Kontakte und der Zusammenarbeit mit
den internationalen Organisationen werden dazu ebenso beitragen wie
der Bau des Konferenzentrums und der Papstbesuch im September."
(Schluß) sti/ap

NNNN

.....
Bereits am 1. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Erste Jahresbilanzen von Feuerwehr, Rettung, Krankenbeförderung
=++++

4 #Wien, 1.1. (RK-KOMMUNAL) Erste Jahresbilanzen legten Rettung, Feuerwehr und Krankenbeförderung für 1982 vor. Die Feuerwehr wurde 23.446 mal zu Hilfe gerufen, die Rettung verzeichnete 58.005 Einsätze, und die Krankenbeförderung mußte 62.734 mal ausrücken. In mehr als 40 Prozent der Fälle mußte die Rettung in Wohnungen intervenieren, und ebenso wie die Zahl der Wohnungseinsätze nahm auch jene der Erste-Hilfe-Leistungen nach Verkehrsunfällen zu.#

Die Zahl der Rettungsausfahrten stieg demnach gegenüber 1981 um 661, während jene der Feuerwehr um 1.217 und die Zahl der Ausfahrten der Krankenbeförderung um 4.428 zurückging.

Zum letzten Einsatz des Jahres wurde die Feuerwehr am 31. Dezember um 23.55 Uhr gerufen: In der Robert-Lach-Gasse in Floridsdorf hatte Gras Feuer gefangen. Die erste Ausfahrt des heurigen Jahres galt vier Minuten nach Mitternacht einem Kleinbrand in der Rasumovskygasse im 3. Bezirk. Dort hatten sich auf dem Lagerplatz einer Firma Strohballen und Holzmaterial entzündet. Einen letzten Höhepunkt vor dem Ausklang des alten Jahres erreichten die Feuerwehreinsätze am Freitag gegen 21.30 Uhr, als in der Grenzackerstraße in Favoriten ein ehemaliges Gasthaus mit etlichen Nebengebäuden in Flammen aufgegangen war. Die gesamte Brandfläche war etwa 800 Quadratmeter groß, das Feuer wurde mit bis zu sieben Rohren bekämpft.

Aufregender als sie es sich gewünscht hätten, verbrachten die Bewohner eines Hauses in der Quellenstraße in Favoriten die letzten Stunden vor dem Jahreswechsel: sie hatten auf eine brennende Kerze vergessen, die schließlich eine Weihnachtskrippe und einen Fernsehapparat in Brand setzte.

Keine Nachtruhe gab es auch bei der Rettung: ihre letzte Ausfahrt des Jahres 1982 um 23.50 Uhr führte nach Favoriten in die Herzgasse. Dort war ein 22jähriger Mann zu versorgen, der eine Platzwunde erlitten hatte. Zum ersten Einsatz des Jahres 1983 mußte sie Samstag um 0.03 Uhr in die Skraupstraße in Floridsdorf ausrücken, weil eine 34jährige Frau in der Wohnung gestürzt war und sich einen Oberschenkelbruch zugezogen hatte.

Die Krankenbeförderung intervenierte 1982 zuletzt um 22.46 Uhr, 1983 erstmals bereits wieder um 0.16 Uhr. (Schluß) and/and

.....
Bereits am 2. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz und Mayr: Für weitere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
#Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ und der
Präsident des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, Finanzstadtrat Hans
MAYR, sprachen sich Sonntag gegenüber der "RK" für eine Fortsetzung
der guten Zusammenarbeit mit der Wiener Wirtschaft aus. Gratz: "1982
hat sich das Arbeitsklima trotz allen Diskussionen über Einzelfragen
besonders gut entwickelt." Als bestes Beispiel dafür hoben Gratz und
Mayr die Wiener Lehrplatzförderung hervor, mit der bis Ende 1982 in
Wien 1.500 neue Lehrplätze geschaffen wurden. Für 1983 erwarten sich
Gratz und Mayr für Wien wieder eine niedrigere Arbeitslosenrate als
im Bundesdurchschnitt. #

Ausdruck des guten Gesprächsklimas sei die erfolgreiche Arbeit
im Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, in dem neben der Stadt Wien,
Arbeiterkammer und Handelskammer, Gewerkschaft und Industriellen-
vereinigung sowie die beiden großen Wiener Sparkassen vertreten sind.
Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds hat 1982 um 102 Millionen S
Betriebsgrundstücke im Gesamtausmaß von 271.000 Quadratmeter gekauft.
Verkauft wurden Grundstücke von insgesamt 159.000 Quadratmeter, auf
denen 24 Betriebe in Wien neu angesiedelt oder umgesiedelt werden
konnten. Im Rahmen der Wiener Strukturverbesserungsaktion wurden 39
Betriebe mit einem Barzuschuß von 45,6 Millionen gefördert. Diese
Betriebe investierten 666 Millionen.

Durch die gute Zusammenarbeit in Wien konnte 1982 die Situation
auf dem Wiener Arbeitsmarkt - trotz der schwieriger gewordenen
internationalen Entwicklung - relativ gut bewältigt werden. Bei den
Lehrlingen schnitt man sogar etwas günstiger ab als 1981. Insgesamt
wird die Wiener Arbeitslosenrate 1982 mit 3,3 Prozent wieder
deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Gratz und Mayr
abschließend: "Durch verschiedene Maßnahmen, so zum Beispiel durch
ein eigenes Wiener Beschäftigungsprogramm, erwarten wir auch für
1983 in Wien eine geringere Arbeitslosenrate als im Bundesdurch-
schnitt." (Schluß) sei/rb

Zuwachs für Plakatsammlung

=++++

6 #Wien, 3.1. (RK-KULTUR) Einen wertvollen Zuwachs konnte die Plakatsammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek verzeichnen: Architekt Peter TÖLZER, der von den Dreißigerjahren bis 1955 auch als Gebrauchsgraphiker tätig war, schenkte der Bibliothek eine größere Anzahl von Plakaten, die er selbst entworfen hat.#

Die Plakate sind - neben ihrem künstlerischen Rang - auch von kulturhistorischer Bedeutung. (Schluß) gab/ap

NNNN

Bankerln aus dem Wiener Weihnachtsbaum

=++++

7 #Wien, 3.1. (RK-LOKAL) Der Wiener Weihnachtsbaum, der noch bis zum Dreikönigsfest auf dem Rathausplatz steht, findet auch danach eine sinnvolle Verwendung: er wird zu Bankerln und Spielgeräten verarbeitet, die den erholungssuchenden Wienern im Grüngürtel der Stadt zur Verfügung stehen werden.#

Nach den Feiertagen wird der Baum dem Forstamt der Stadt Wien übergeben. In der Tischlerei Lainz werden dann Sitzgelegenheiten und Spielgeräte hergestellt, die in den Wiener Naherholungsgebieten aufgestellt werden. (Schluß) gab/ap

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan in Liesing

=++++

8 #Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für den 23. Bezirk wurde nun der Entwurf für den Teilbereich zwischen Breitenfurter Straße und dem Liesingbach fertiggestellt. Das etwa 5 Hektar große Plangebiet wird im Westen von der Trasse der Straßenbahnlinie 60 begrenzt und reicht im Osten bis über 100 Meter über den Aquädukt der Wiener Hochquellenwasserleitung hinaus. Für die im Bauland liegenden Flächen ist derzeit Bauland/Gemischtes Baugebiet ausgewiesen. Nun soll hier eine Wohnhausanlage errichtet werden, für die die Stadt Wien einen Architektenwettbewerb durchgeführt hat. Auf Grund der Ergebnisse dieses Wettbewerbs sollen die geltenden Bestimmungen nun auf "Bauland/Wohngebiet, Bauklasse I (2,5 - 9 Meter hoch), geschlossene Bauweise" geändert werden. Es darf höchstens ein Drittel der Gesamtfläche bebaut werden.#

Der bestehende Fußgängersteg zwischen Breitenfurter Straße und Lehmannngasse soll als öffentlicher Durchgang berücksichtigt werden, ein zweiter öffentlicher Durchgang - in Verlängerung der Paul Katzenberger-Gasse zur Breitenfurter Straße - wird vorgeschlagen. Im Bereich des Liesingbaches ist westlich des Aquädukts die Widmung "Grünland/Erholungsgebiet - Parkanlagen" festgelegt; diese Widmung soll auch für den Liesingbachbereich im östlichen Teil des Plangebiets gelten.

Der Planentwurf (Plannummer 5739) liegt vom 7. Jänner bis 4. Februar 1983 während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 Uhr und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.
(Schluß) sc/ap

NNNN

Wohnhäuserverwaltung: Rückblick auf 1982

=++++

9 #Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL) Jene Dienststelle des Magistrats, mit der viele Wiener in irgendeiner Form zu tun haben, ist die Magistratsabteilung 52, die Ende 1982 220.408 Wohnungen und Lokale sowie 30.016 Abstellplätze verwaltete. Dazu gehört eine umfassende Ausstattung der Objekte wie etwa 4.092 Aufzüge, 1.968 Gegensprechanlagen, 4.953 Waschmaschinen, 4.126 Zentrifugen, 608 Fernsehgemeinschaftsantennen, Pumpwerke, Nachtspeicherheizungen, Bügelmaschinen und vieles andere.#

Zwei Drittel der rund 200.000 Wohnungen sind mit Bädern ausgestattet, etwa ein Viertel haben Zentralheizungen. Bei diesen Ausmaßen ist es kein Wunder, wenn Neuanschaffungen oder Verbesserungen gleich gigantische Ausmaße annehmen. 1982 wurden 586 Gartenbänke angeschafft. In den Waschküchen wurden 340 Waschmaschinen, 150 Trockner, 200 Zentrifugen ausgetauscht, und anlässlich der Wiedervermietung von Wohnungen wurden 1.400 Gasherde und 42 E-Herde bereitgestellt.

Zwtl.: 275.000 Vorsprachen beim Hausinspektor

Die Magistratsabteilung 52 ist bemüht, nicht nur zu verwalten, sondern das Zusammenleben der Mieter gedeihlich und menschlich zu gestalten. "Mittelsmann" zwischen der Wohnhäuserverwaltung und den Mietern sind die 96 Hausinspektoren. 1982 erschienen 275.298 Parteien in den Sprechstunden der Hausinspektoren, die ihrerseits wieder 116.010 Erhebungen durchführten. Es gab 57.075 Schadensmeldungen und 26.045 kleinere Gebrechen, die sofort an die entsprechenden Firmen weitergeleitet wurden. Außerdem waren sechs mobile Teams im Einsatz, die hauptsächlich Streitigkeiten unter den Mietern schlichteten und 390 Beschwerden behandelten. (Schluß) ba/ap

NNNN

Silvester-Nachtdienst der Verkehrsbetriebe hat sich bewährt

=++++

10 Wien, 3.1. (RK-LOKAL) Fast 30.000 Wienerinnen und Wiener haben den Silvester-Nachtdienst der Wiener Verkehrsbetriebe in der Zeit zwischen 0 Uhr und 5 Uhr früh in Anspruch genommen. Heuer wurde erstmals kein eigener Nachtzuschlag eingehoben. Im Detail standen 24 Linien, 20 Straßenbahnlinien, 3 Autobuslinien und die U - 1, zur Verfügung. Mit 79 Einmangarnituren, 3 Doppelgarnituren der U-Bahn und 6 Gelenkbussen wurde der Verkehr in der Silvesternacht bewältigt. Die 20 Straßenbahnlinien wurden von mehr als 20.000 Passagieren frequentiert, die U-Bahn benützten 8.000 Passagiere und mit den Autobussen wurde 1.000 Fahrgäste befördert. (Schluß) fk/ap

NNNN

Behebung von Frostaufbrüchen

=++++

11 Wien, 3.11. (RK-LOKAL) Die Temperaturschwankungen der vergangenen Tage mit Wechsel zwischen Frost- und Tauwetter verursachten auf manchen Straßen wieder Frostaufbrüche. Die Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) bemüht sich, die Frostschäden so rasch wie möglich zunächst provisorisch auszubessern. Eine definitive Instandsetzung ist aber erst in der wärmeren Jahreszeit möglich. Die MA 28 inspiziert in Zusammenarbeit mit dem Bürgerdienst und dem Büro für Sofortmaßnahmen die Straßen, um auftretende Frostschäden möglichst rasch feststellen zu können. In Anbetracht der Länge des Wiener Straßennetzes - rund zweieinhalbtausend Kilometer - ist dabei auch die Mithilfe der Bevölkerung wertvoll: Meldungen über Frostschäden nehmen die Stadtinformation (Telefon 43 89 89), die Außenstellen des Bürgerdienstes sowie die Magistratsabteilung 28 (Telefon 46 16 91) entgegen. (Schluß) ger/ap

NNNN

Mehr Unterstützung für sozial Schwächere

=++++

12 Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL) Mehr Unterstützung für sozial Schwächere und gesellschaftlich Benachteiligte forderten Montag die öVP-Landtagsabgeordneten Dr. Johannes HAWLIK und Dr. Marilies FLEMMING in einem Pressegespräch. Nach Meinung von Dr. Hawlik nimmt die Zahl der sogenannten Sozialfälle in Wien bedingt durch steigende Belastungen vor allem im unmittelbaren Lebensbereich - wie etwa Mieten, Heizkosten sowie erhöhte Wasser-, Müll- und Spitalsgebühren - zu. So ist innerhalb von sechs Jahren die Zahl jener Menschen, die um Sozialhilfe angesucht haben, um 200 Prozent gestiegen. Laut Hawlik wird Armut noch immer tabuisiert. Infolge zu geringer Information über mögliche Anspruchsberechtigungen werden die zur Verfügung stehenden Hilfen oft nicht von allen in Not geratenen in Anspruch genommen. Konkret sprach sich der öVP-Landtagsabgeordnete dafür aus, Armut nicht nur mit finanziellen Mitteln, sondern auch durch Unterstützung von Eigeninitiativen, zu bekämpfen. Weitere Forderungen waren u.a. der Einsatz von ehrenamtlichen Sozialarbeitern, die Förderung von Wohnprojekten in Selbstarbeit sowie die Errichtung privat geführter sozialer Stützpunkte in Form von Kultur- und Nachbarschaftshilfezentren.

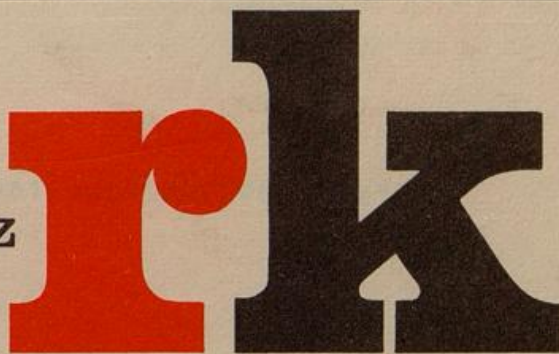
Landtagsabgeordnete Dr. Flemming plädierte für mehr Hilfe für alleinstehende Frauen mit Kindern. Laut Mikrozensushebung des statistischen Zentralamtes wird derzeit jede vierte Ehe geschieden. 1981 gab es 14.945 österreichische "Scheidungsweisen", allein in Wien gab es 1980 4.929 Scheidungen, wobei 2.183 Kinder unter 14 Jahren betroffen waren. Dr. Flemming sprach sich in diesem Zusammenhang u.a. für eine Aufwertung und Neugestaltung des Versöhnungsversuches, unter Einbeziehung der Familienberatungsstellen der Stadt Wien, die Schaffung von Klubs für geschiedene Frauen, die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen und flexiblere Öffnungszeiten bei Kindergärten und Horten, aus. (Schluß)

zi/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 3. Jänner 1983

Blatt 13

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Bausperre im 7. Bezirk
(rosa) Robert Prosel - Chefredakteur des PID

Lokal: 256 Invalidenzonen in Wien
(orange)

Nur
über FS: 3.1. Stromstörungen im 3. und 4. Bezirk

Bausperre im 7. Bezirk

=++++

1 #Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Für das Plangebiet Lindengasse, Zieglergasse, Westbahnstraße, Bandgasse, Seidengasse, Ahornergasse, Neubaugasse soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. In diesem Bereich befinden sich jene Liegenschaften, die derzeit zum Teil noch von der "KURIER Zeitungsverlag und Druckerei Aktiengesellschaft" genutzt werden. Da das Unternehmen seinen Betrieb jedoch in der nächsten Zeit teilweise in den 23. Bezirk verlegt, werden sich wesentliche Veränderungen in der Nutzung ergeben. Um städtebauliche Fehlentwicklungen zu vermeiden, ist es zweckmäßig, schon jetzt zu überlegen, wie dieser Teil des 7. Bezirkes neu strukturiert werden soll. Das erfordert jedoch eine Reihe von Untersuchungen im Hinblick auf die Belange dieses innerstädtischen Bereichs. Um diese Planungsarbeiten nicht durch zwischenzeitliche Bauführungen zu gefährden, soll über dieses Gebiet eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. #

Der Planentwurf für diese Bausperre (Plannummer 5758) liegt vom 7. Jänner bis 4. Februar 1983 während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) sc/rb

NNNN

256 Invalidenzonen in Wien

=++++

2 #Wien, 4.1. (RK-LOKAL) In Wien gibt es derzeit insgesamt 256 sogenannte Invalidenzonen vor öffentlichen Gebäuden beziehungsweise vor Wohn- und Arbeitsplätzen von Behinderten. Diese Straßenflächen stehen - entweder ständig oder zu bestimmten Zeiten - ausschließlich gehbehinderten Personen zum Abstellen ihrer Fahrzeuge zur Verfügung. Die Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) hat ein detailliertes Verzeichnis sämtlicher Standorte angelegt (Auskünfte telefonisch unter der Nummer 83 66 16/431 oder persönlich in der MA 46, Wien 12, Niederhofstraße 23).#

Die Straßenverkehrsordnung bietet die Möglichkeit, gehbehinderten Personen Erleichterungen beim Halten und Parken zu verschaffen. Voraussetzung dafür ist die Ausstellung eines Ausweises durch die zuständige Behörde (in Wien Magistratsabteilung 46). Inhaber eines solchen Ausweises dürfen in Bereichen, wo das Halten und Parken an sich verboten ist, zum Aus- oder Einsteigen halten. In Kurzparkzonen gilt für sie keine zeitliche Beschränkung. Außerdem können auf Antrag eines Behinderten an bestimmten Straßenstellen - zum Beispiel vor dessen Wohnhaus - Invalidenzonen festgelegt werden. Diese Parkplätze stehen dann ausschließlich den Inhabern von Behindertenausweisen zur Verfügung. (Schluß) ger/ap

NNNN

Robert Prosel - Chefredakteur des PID

=++++

3 #Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Dienstag in Gegenwart von Stadtrat Peter SCHIEDER und des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Gemeinderat Rudolf PÖDER den neuen Leiter der MA 53 (Presse- und Informationsdienst) Chefredakteur Robert PROSEL offiziell in sein Amt ein.#

Gewerkschaftsvorsitzender PÖDER erinnerte daran, daß Prosel bereits seit mehr als 36 Jahren im Dienste der Stadt Wien steht, verwies auf die gute Zusammenarbeit in dieser Zeit und sagte: "Die Gewerkschaft weiß, daß der PID in Ihren Händen in guten Händen ist."

Stadtrat SCHIEDER erinnerte daran, daß er vor nahezu zehn Jahren die politische Verantwortung für den PID übernommen hat. Bis dahin war der PID ein Teil der Magistratsdirektion, damals wurde er zur eigenen Magistratsabteilung. Es erwies sich als notwendig, nicht nur die traditionellen Aufgaben in verstärktem Ausmaß durchzuführen, sondern auch in neue Dimensionen der Öffentlichkeitsarbeit vorzudringen.

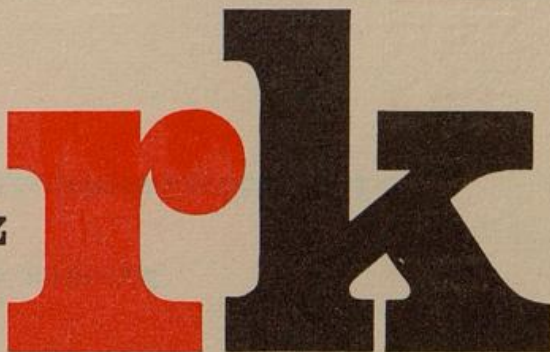
Magistratsdirektor Dr. BANDION sprach über die Bedeutung einer richtigen Information der Öffentlichkeit - und über ihre Schwierigkeit angesichts der Tatsache, daß es zum Beispiel einem unter schwerem Korruptionsverdacht stehenden Mann gelingt, durch geschickte Manipulation der Presse korrekte Beamte zu diffamieren.

Chefredakteur PROSEL dankte für seine Ernennung und schilderte, daß er bereits unter dem fünften Wiener Bürgermeister tätig ist. Robert PROSEL wurde 1924 in Wien geboren. Bereits sein Vater war in der Kommunalpublizistik tätig. 1946 begann er seine Tätigkeit in der damaligen Pressestelle der Stadt wien, seit 1948 war er stellvertretender Chefredakteur. (Schluß) sti/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 5. Jänner 1983

Blatt 17

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal: Neuer Flächenwidmungsplan in Liesing
(rosa) Ausstellung über Siedlerbewegung
- Lokal: Anmeldungen für die Aktion "Fahrt zum Schnee"
(orange) Bibliothek im Krankenhaus - Beitrag zur Therapie
- Kultur: Zilk: Vermehrtes kulturelles Angebot wird
(gelb) angenommen
- Termine: Ballkalender
(weiß)
- Nur
über FS: Freitag, 7. Jänner - Journaldienste

Neuer Flächenwidmungsplan in Liesing

=++++

2 #Wien, 5.1. (RK-KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für Liesing wurde nun der Entwurf für den Teilbereich zwischen Endresstraße, Canavesegasse, Knotzenbachgasse und Lastenstraße fertiggestellt. An der Baulinie der Endresstraße liegen mehrere Althäuser, die sich in einem guten Bauzustand befinden. Die Verwirklichung der derzeit festgesetzten 5 Meter breiten Vorgärten ist daher in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Es ist gerechtfertigt, auf diese Widmung zu verzichten, weil dadurch verkehrsabgewandte Gartenflächen im Süden der Gebäude erhalten bleiben können. Es sind einige weitere Änderungen der bisher geltenden Bestimmungen vorgesehen, darunter eine Widmung für einen Gasthausbetrieb mit Garten und die Verringerung der zulässigen Bauhöhe in einem Wohngebiet. Im Bereich des Sportplatzes soll durch besondere Bestimmungen verhindert werden, daß diese Flächen zur Gänze überbaut werden. #

Der Planentwurf (Plannummer 5733) liegt vom 7. Jänner bis 4. Februar 1983 während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 Uhr und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht Stellungnahme auf. (Schluß)
sc/ap

NNNN

Ausstellung über Siedlerbewegung

=++++

3 #Wien, 5.1. (RK-KOMMUNAL) Eine große Ausstellung "Die Wiener Siedlerbewegung 1919-1934" wird derzeit vorbereitet. Sie wird am 17. Jänner in der Siedlung Hoffingergasse im 12. Bezirk eröffnet und anschließend noch in sechs weiteren Siedlungen gezeigt. Anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung laden die beiden Stadträte Ing. Fritz HOFMANN und Johann HATZL gemeinsam mit Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER am 17. Jänner um 10.30 Uhr zu einem Pressegespräch in das Siedlerheim Hoffingergasse ein.#

Parallel zu den großen städtischen Wohnhausanlagen der Ersten Republik entstanden genossenschaftlich unterstützte Siedlungen, die meist von ihren Bewohnern - Arbeitern oder kleinen Angestellten - selbst geschaffen wurden. Im Mittelpunkt der Planungen, bei denen prominente Architekten wie Loos, Frank und Schuster mitwirkten, stand nicht das einzelne Haus, sondern die Siedlung selbst. Gemeinschafts- und Nahversorgungseinrichtungen wurden von Anfang an mitgebaut und gaben den Siedlungen ebenso wie die großen Gemeindebauten den Charakter einer autarken "Kleinstadt". Werkstätten, die von den Siedlern betrieben wurden, funktionierten auf genossenschaftlicher Basis. Auch zwischen den einzelnen Siedlungen gab es solidarische Beziehungen. So halfen zum Beispiel Siedler vom Rosenhügel beim Bau der benachbarten "Künstlersiedlung", diese wiederum schufen große Wandfresken im Genossenschaftssaal der Rosenhügel-Siedlung.

Mit den Wanderausstellungen soll an die wertvollen Ideen der Siedlerbewegung erinnert werden. Veranstalter sind der Verein für moderne Kommunalpolitik, die österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik mit Unterstützung von Wien-Kultur. (Schluß) ba/ap

NNNN

Anmeldungen für die Aktion "Fahrt zum Schnee" (1)

=++++

4 #Wien, 5.1. (RK-LOKAL) Ab 16. Jänner 1983, und zwar an acht aufeinanderfolgenden Sonntagen bis einschließlich 6. März, führt das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis die diesjährige Wintersportaktion "Fahrt zum Schnee" durch. Die Fahrten erfolgen mit Autobussen. Als Ziel wurden die schönsten Schigebiete Niederösterreichs in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt gewählt. Teilnahmeberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 16 Jahren sowie deren Eltern und Begleitpersonen. Kinder im Alter zwischen 6 und 8 Jahren sind nur in Begleitung eines Erwachsenen teilnahmeberechtigt. #

Anmeldungen für die acht Sonntagsfahrten sind bereits am 10. und 11. Jänner in der Zeit von 14 bis 19 Uhr im Sportamt der Stadt Wien, 1, Ebendorferstraße 4, 1. Stock, möglich. Eventuelle Restkarten werden dann am 12. Jänner zwischen 8 und 11 Uhr ausgegeben. Die Teilnahmekosten für die Jugendlichen betragen 60 Schilling, für Begleitpersonen 80 Schilling. Im Preis von 60 Schilling ist die kursmäßige Betreuung und die Autobusfahrt inbegriffen. Kinder unter sechs Jahren können kostenlos mitreisen, soferne sie keinen eigenen Sitzplatz beanspruchen.

Zwtl.: Faschingslauf und Abschiedsrennen

Wie schon in den vergangenen Jahren wird auch heuer ein Faschingslauf und ein Abschlußschirennen durchgeführt.
Programm: 16. Jänner: Gruppeneinteilung - 23. Jänner: Übung in Gruppen - 30. Jänner: Übung in Gruppen - 6. Februar: Übung in Gruppen - 13. Februar: Faschingslauf - 20. Februar: Übung in Gruppen - 27. Februar: Übung in Gruppen - 6. März: Abschlußschirennen.
(Forts.) hof/ap

NNNN

Anmeldungen für die Aktion "Fahrt zum Schnee" (2)

=++++

5 Wien, 5.1. (RK-LOKAL) An folgenden Abfahrtstellen ist ein Zusteigen in den Bus möglich.

- 1, Rathausplatz (Hauptaufgang zum Rathaus): 7.30 Uhr
- 10, Hansson-Zentrum, Favoritenstraße, Ecke Alaudag., 7.30 Uhr
- 11, Enkplatz: 7.15 Uhr
- 14, Hütteldorfer Straße, Ecke Breitenseer Straße: 7.45 Uhr
- 21, Großfeldsiedlung, Kürschnergasse (Parkplatz Ekazent): 7 Uhr
- 21, Schnellbahnhof Floridsdorf: 7.15 Uhr
- 22, Schrödingerplatz (Bezirkszentrum): 7 Uhr
- 23, Steinsee-Kreuzung, Altmannsdorfer Straße/Anton Baumgartner Straße: 7.45 Uhr

Die Rückkehr ist um etwa 18 Uhr vorgesehen. Nähere Auskünfte über die Wintersportaktion "Fahrt zum Schnee" erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter der Telefonnummer 42 800/2799 oder 27 33 Dw. (Schluß) hof/ap

NNNN

Bibliothek im Krankenhaus - Beitrag zur Therapie

Utl.: "Büchertante" betreut kranke Kinder

=++++

6 #Wien, 5.1. (RK-LOKAL) Unter dem Titel "Bibliothek im Krankenhaus" haben die Wiener Städtischen Büchereien in Zusammenarbeit mit den Ärzten der Kinderklinik des Allgemeinen Krankenhauses (Vorstand: Prof. Zweymüller) ein Projekt entwickelt, das eine wegweisende Form der Bibliothotherapie erprobt und bereits erste positive Ergebnisse gezeigt hat.

Der Wirkungsbereich der im Krankenhaus tätigen Kinderbibliothekarin reicht weit über deren übliche Funktion in vergleichbaren Patientenbüchereien hinaus, weil sie vollständig in die Therapie einbezogen wird und die ärztliche Behandlung ergänzt.#

Indem sich die "Büchertante" um das seelische Wohlbefinden der kleinen Patienten gezielt bemüht, gelingt es ihr, Teile der Therapie zu werden und den Gesundungsprozeß zu fördern.

Das Modell Bibliothotherapie, das zur Zeit in Wien läuft, wird nun von einem Forschungsteam bestehend aus Ärzten, Psychotherapeuten, Architekten und der Kinderbibliothekarin untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden in einer Studie festgehalten, die Ausgangspunkte für die Weiterentwicklung der Bibliothotherapie sein wird. (Schluß) emw/ap

NNNN

Zilk: vermehrtes kulturelles Angebot wird angenommen (1)

=++++

7 Wien, 5.1. (RK-KULTUR) Die Daten des Statistischen Zentralamtes der Stadt Wien zum Wiener Kulturleben zeigen, daß die Bevölkerung das vermehrte kulturelle Angebot annimmt, sagte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK zu den im Statistischen Jahrbuch veröffentlichten Besucherzahlen verschiedener kultureller Einrichtungen. Besonder freue er sich über die Steigerungen beim Museums- und Konzertbesuch, aber auch die zunehmende Tendenz zu literarischen Veranstaltungen und Veranstaltungen der Bildenden Kunst müsse erwähnt werden. (Forts. gab/ap

NNNN

Zilk: vermehrtes kulturelles Angebot wird angenommen (2)

Utl.: Wesentlich breitere Theaterszene

=++++

8 Wien, 5.1. (RK-KULTUR) Daß Statistik allerdings auch trügerisch sein könne, zeige die mit 18 Prozent angegebene Abnahme der Besucherzahl der großen Wiener Bühnen von 3,2 auf 2,7 Millionen im Zeitraum von 1976/77 bis 1980/81. Hier müsse zunächst berücksichtigt werden, daß in der Saison 1980/81 das Theater an der Wien wegen Renovierungsarbeiten von September bis Jänner geschlossen war und das Volkstheater aus dem gleichen Grund die Saison in Ausweichquartieren bestreiten mußte. Die dadurch entstandenen Besucherverluste der beiden Bühnen seien mit rund 350.000 Besuchern anzunehmen, womit die Zahl von 1976/77 bereits annähernd erreicht sei. Zusätzlich müsse jedoch noch in Rechnung gestellt werden, daß seit diesem Jahr eine Reihe von Bühnen, freien Gruppen und "Kulturbeiseln" entstanden seien, die von der Statistik nicht erfaßt werden. Dazu seien das Schauspielhaus (1980/81 33.000 Besucher), das Serapionstheater (1980/81 25.000 Besucher), das Metropol mit ca. 100.000 und die Kulisse mit ca. 25.000 Besuchern jährlich, sowie der Treffpunkt Petersplatz mit 28.000 Besuchern seit seiner Eröffnung im Jänner 1982 zu zählen. Auch Festwochenveranstaltungen wie das Festival der Clowns (1981: 19.000, 1982: 20.000 Besucher in den Zeltvorstellungen, 80.000 bzw. 180.000 Menschen kamen auf die Jesuitenwiese) und "Flic-Flac" (1981: 17.000, 1982: 30.000 Besucher) müßten in diesem Zusammenhang genannt werden. Wie man also sehe, könne man für die gesamte Wiener Theaterszene sogar von einer gesteigerten Attraktivität für das Publikum sprechen. Man müsse dabei noch gar nicht in Rechnung stellen, daß Wien in vergangenen Jahren Einwohner verloren habe und die Zahl der Übertragungen von Theaterabenden im Fernsehen gestiegen sei. Wie bei den anderen Kunstgattungen zeige sich auch beim Theater die Tendenz, daß ein erweitertes, vielfältiges Angebot vom Publikum in seiner vollen Breite angenommen werde. (Schluß) gab/ap

NNNN

Ballkalender

=++++

9. Wien, 5.1. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

SAMSTAG, 8. Jänner:

Ball des Kegelsportclubs

Lozza Großfeld

Haus der Begegnung Floridsdorf

Ball der Vereinigung der

Wiener Jungmaler

Parkhotel Schönbrunn

Niederösterreichischer

Bauernbundball

Sofiensäle

SONNTAG, 9. Jänner:

Kinderfaschingsfest des Wiener

Kinderrettungswerkes

Sofiensäle

MITTWOCH, 12. Jänner:

Gastgewerbeball

Sofiensäle

DONNERSTAG, 13. Jänner:

Ball der Gartenbauschule

Schönbrunn

Hotel Hilton

Ball des Vereins der Vorarlberger

in Wien

Kursalon

Ball der Alt-Schotten

Palais Auersperg

Ball der Bundeskriminalbeamten

Sofiensäle

FREITAG, 14. Jänner:

Ball der MA 44 (SV Bäder)

Albert-Sever-Saal

Ball des Oberlandesgerichtes Wien

Haus der Begegnung Rudolfsheim

Ball der Freunde der Floridsdorfer

Realgymnasien

Hotel Inter-Continental

15. Kolping-Redoute

Kolpinghaus Wien - Zentral

Alt-Kalksburger-Ball

Palais Auersperg

Ball des Fachverbandes der

Installateure

Kursalon

Ball der Studentenverbindung

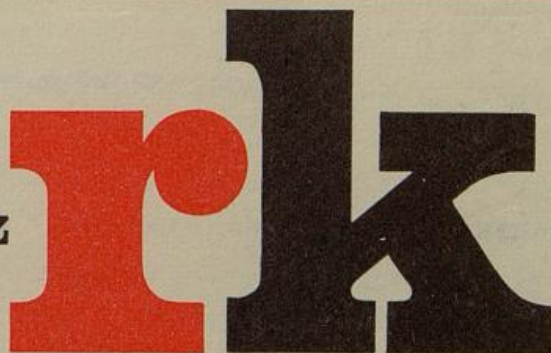
"Amelungia" Violette Redoute

Parkhotel Schönbrunn

Blumenball der Stadtgärtner

Sofiensäle

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Freitag, 7. Jänner 1983

Blatt 26

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa)

Fernsehen berichtet über Wiener
Stadtentwicklungsplan
Magister Seitlinger - Stellvertretender
Chefredakteur

Lokal:
(orange)

Verbesserungen im Straßenbahn- und Autobusnetz
Beginn der zweiten Polioimpfwelle

Nur
über FS:

6.1. 100. Geburtstag in der Leopoldau
7.1. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Gemischte Sauna in Währing

.....
Bereits am 6. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Sozialnotruf: In 13.834 Fällen geholfen

=++++

2 Wien, 6.1. (RK-KOMMUNAL) Die für plötzlich entstandene Notsituationen geschaffene Einrichtung des Notrufes für Soziales und Gesundheit, der unter der Telefonnummer 63 77 77 erreichbar ist, erfreut sich, wie Gesundheits- und Sozialstadtrat sstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, ständig steigenden Interesses und wird seitens der Bevölkerung von Jahr zu Jahr immer stärker in Anspruch genommen. So wurde die für plötzlich eintretende Notsituationen geschaffene Servicestelle, die täglich von 8 bis 20 Uhr (Nachts läuft ein Tonbanddienst) zur Verfügung steht, im vergangenen Jahr von 15.443 Anrufen (1981 waren es 12.559 Anrufe) frequentiert. Insgesamt konnte dabei 13.834 Personen geholfen werden.

Zu den wesentlichen Problemen und Anfragen zählten:

- o Information über und Vermittlung von sozialen Diensten
- o Information über und Vermittlung von medizinischer Hilfe und
und Versorgung
- o Vermittlung finanzieller Hilfen
- o Ehe- und Familienprobleme
- o Aufnahme in städtische Pflegeheime
- o Rechtsauskünfte
- o Beratung bei diversen Krisensituationen und
- o Wohnungsprobleme

(Schluß) zi/ap

NNNN

Verbesserungen im Straßenbahn- und Autobusnetz

=++++

2 Wien, 7.1. (RK-LOKAL) In den nächsten Tagen treten auf einigen Straßenbahn- und Autobuslinien Verbesserungen in Kraft.

Die Betriebszeit der Straßenbahnlinie 64 wird ab Sonntag, dem 9. Jänner, verlängert. Der letzte Zug fährt nunmehr von der Mariahilfer Straße nach Siebenhirten um 23.16 Uhr (bisher 22.59 Uhr), von Siebenhirten zum Bahnhof Favoriten um 23.46 Uhr (bisher 23.32 Uhr).

Um den U-Bahn-Anschluß zu verbessern, wird ab Montag, den 10. Jänner, der erste Zug der Straßenbahnlinie 6 ab Gräßlplatz an Werktagen bereits um 5.10 Uhr (bisher 5.16 Uhr) geführt.

Um die Umsteigemöglichkeit nach Floridsdorf zu verbessern, verkehrt die Autobuslinie 24 A ab Montag, den 10. Jänner, auf einer teilweise geänderten Strecke. Die Route führt nunmehr ab der Breitenleer Straße statt über Siebenbürgerstraße und Steigenteschgasse über Kagraner Platz und Wagramer Straße zur U-Bahn-Station Zentrum Kagran (und zurück). (Schluß) ger/rb

NNNN

Beginn der zweiten Polioimpfwelle

=++++

3 #Wien, 7.1. (RK-LOKAL) Kommenden Montag, den 10. Jänner wird die Kinderlähmungsimpfaktion in Wien mit einem 2. Impfgang fortgesetzt. Geimpft wird bis einschließlich 22. Jänner in allen Bezirksgesundheitsämtern Montag, Dienstag und Freitag von 8.30 bis 11 Uhr sowie Mittwoch von 13 bis 15 Uhr. Darüber hinaus wird es in den Bezirksgesundheitsämtern für den 2., 10., 13./14. und 18. Bezirk auch an Samstagen in der Zeit von 9 bis 11 Uhr sowie an Donnerstagen von 17 bis 19 Uhr Impfmöglichkeiten geben. Geimpft wird außerdem noch in den Mutterberatungsstellen und Kinderambulatorien sowie in der 1. und 8. Schulstufe der Volks-, Haupt- und Sonderschulen und allgemeinbildenden höheren Schulen.#

Die Gesundheitsbehörden appellieren an die Wiener Bevölkerung von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und weisen gleichzeitig auf die rückläufige Frequenz der Impfaktion im vergangenen Herbst hin. So wurden etwa in den Bezirksgesundheitsämtern insgesamt 10.825 Personen (im vorhergehenden Jahr waren es 19.025) - das waren um 43 Prozent weniger als 1981 - gezählt. Bedauerlicherweise wird noch immer von vielen Eltern die Gefahr dieser Krankheit unterschätzt. So sind gerade Säuglinge ab dem vollendeten dritten Lebensmonat sowie Kleinkinder besonders gefährdet. Ferner sollten aber auch alle jene Personen, die noch nie an einer Schluckimpfung teilgenommen haben, im Rahmen dieser zweiten Teilimpfung von der Möglichkeit dieser kostenlosen Impfung Gebrauch machen. Die Impfung ist einfach und erfolgt bekanntlich durch das Schlucken eines Würfelzuckers, auf dem sich drei Tropfen Impfflüssigkeit befinden. (Schluß) zi/rb

NNNN

Fernsehen berichtet über Wiener Stadtentwicklungsplan (1)

Utl.: Bürgermeister Gratz: Jeder soll miltun!

=++++

4 Wien, 7.1. (RK-KOMMUNAL) "Wien - eine Stadt diskutiert ihre Zukunft" ist der Titel der Fernsehendung "österreichbild am Sonntag", die von Christiane WAGNER und Jörg RUMINAK vom Landesstudio Wien gestaltet wurde und am 9. Jänner um 19.00 Uhr im 1. Fernsehprogramm ausgestrahlt wird. Grundlage der Sendung ist der Entwurf zum Wiener Stadtentwicklungsplan, der die Richtlinien für die Entwicklung der Bundeshauptstadt in den nächsten Jahrzehnten festlegen soll. Bürgermeister Leopold GRATZ betont in einem Interview, daß möglichst viele Wiener Bürger den Stadtentwicklungsplan mitgestalten sollen. Und weiter wörtlich: "Ich kann nur jeden auffordern, miltutun. Das ist keine Proforma-Sache, denn der ganze Stadtentwicklungsplan, der bleibt ein Stück Papier, wenn man nicht spürt, daß die Menschen engagiert sind!"

(Forts.) sc/rb

NNNN

Fernsehen berichtet über Wiener Stadtentwicklungsplan (2)

Utl.: Bürgermeister Gratz: Jeder soll mittun!

5 Wien, 7.1. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage, wie Wien im Jahr 2000 aussehen soll, nehmen Prominente, wie die Sänger Georg Danzer und Rainhard Fendrich, "Major Kottan" Lukas Resetarits und der Architekt "Ironimus" Gustav Peichl, ebenso Stellung wie Wienerinnen und Wiener, die die Reporter in den Straßen Wiens, am Naschmarkt und in Wohnsiedlungen befragt haben. Auch der Stadtentwicklungsplan kann den Wunsch, in einem Einfamilienhaus am Stephansplatz zu wohnen, nicht erfüllen. Was er jedoch anstrebt, sind gleiche Lebensbedingungen für alle Wiener. Daß dieses Ziel nicht utopisch sein muß, zeigt der Fernsehfilm an Hand einiger Beispiele.

Interessante Erfahrung des Reporterteams: Die Wiener "raunzen" nicht, sondern sie diskutieren sachlich über die Zukunft ihrer Stadt. Eine Erfahrung, die auch Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER bei allen Diskussionen über den Entwurf zum Stadtentwicklungsplan gemacht hat: "Wir haben eine Menge von wertvollen Anregungen und Vorschlägen erhalten, die so weit wie möglich in der endgültigen Fassung des Wiener Stadtentwicklungsplans berücksichtigt werden sollen." (Schluß) sc/rb

NNNN

Magister Seitlinger - Stellvertretender Chefredakteur

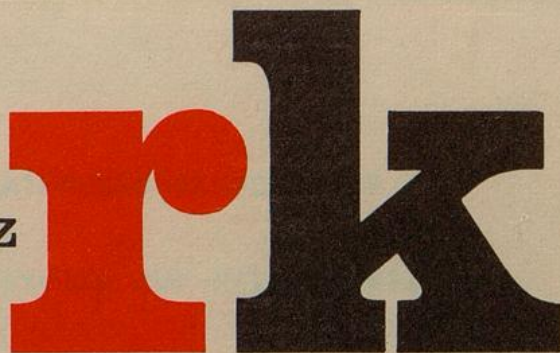
=++++

8 #Wien, 7.1. (RK-KOMMUNAL) Der Leiter des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien hat Magister Karl SEITLINGER zu seinem Stellvertreter ernannt. Chefredakteur-Stellvertreter Seitlinger behält weiterhin die Betreuung von Finanzstadtrat Hans MAYR und der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik. # (Schluß) pr/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 8. Jänner 1983

Blatt 33

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Grundverkäufe an Betriebe
(rosa)

Lokal: Jugendamt eröffnet Beratungsstelle für
(orange) Pflegefamilien

Jugendamt eröffnet Beratungsstelle für Pflegefamilien

=++++

1 #Wien, 8.1. (RK-LOKAL) Ab 13. Jänner steht den Wiener Pflegefamilien eine Beratungsstelle des Jugendamtes zur Verfügung, in der Sozialarbeiter, Psychologen und Psychiater, die auf Pflegefamilienfragen spezialisiert sind, Rat und Hilfe anbieten. Die neue Beratungsstelle befindet sich in Wien 9, Lustkandlgasse 50. Beratungszeit ist jeden Donnerstag von 16.30 bis 18.30 Uhr. Pflegeeltern können sich bei Erziehungsschwierigkeiten beraten lassen, aber auch leibliche Eltern oder Sozialarbeiter, die Pflegefamilien betreuen. #

Mit der Errichtung dieser neuen Beratungsstelle trägt das Jugendamt der Tatsache Rechnung, daß Pflegefamilien in der Sozialarbeit eine immer bedeutendere Rolle zukommt.

1982 konnte das Jugendamt im Bereich der Pflegefamilien eine außerordentlich günstige Entwicklung feststellen. Werbemaßnahmen waren erfolgreich und so konnten 1982 90 Kinder mehr als 1981 bei Pflegefamilien untergebracht werden. Es ist auch gelungen, Kinder unter drei Jahren fast durchwegs bei Pflegeeltern unterzubringen. Ausnahmen bilden behinderte Pflegekinder und Geschwister, die man nicht trennen möchte und die daher schwieriger zu vermitteln sind.

Die Zahl der Kinder in den Heimen sinkt weiter. In den letzten 12 Jahren konnte ihre Zahl um mehr als die Hälfte auf unter 2000 verringert werden. Die Zahl der Pflegekinder, für die das Jugendamt der Stadt Wien verantwortlich ist, beträgt 2.317, davon befinden sich 1.369 Kinder bei Pflegefamilien in den Bundesländern. (Schluß)
emw/fe

NNNN

Grundverkäufe an Betriebe

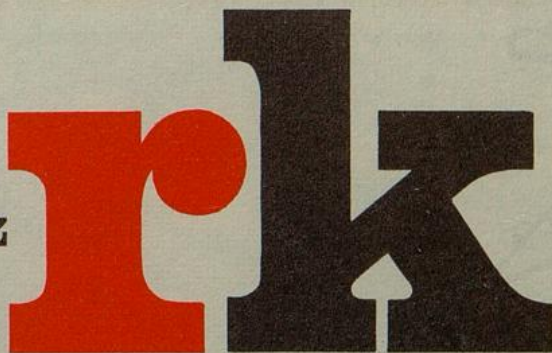
=++++

2 Wien, 8.1. (RK-KOMMUNAL) Das ständige Bestreben der Stadtverwaltung, Betriebsansiedlungen und -erweiterungen durch die Bereitstellung geeigneter Grundstücke nach Möglichkeit zu fördern und so zur Sicherung oder Vermehrung von Arbeitsplätzen im Wiener Raum beizutragen, fand in zwei Grundtransaktionen Ausdruck, die vom Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigt wurden. Beide Grundstücke sind für Betriebsansiedlungen vorgesehen und liegen im 3. Bezirk. Auf einer 2.370 Quadratmeter großen Liegenschaft in der Baumgasse in St. Marx wird eine Lebens- und Genußmittel-Import- und Vertriebs-Gesellschaft Lagerräume errichten; 2.132 Quadratmeter groß ist das Grundstück in der Modecenterstraße, wo eine Großhandelsfirma für Textil-, Kurz- und Papierwaren Betriebsräumlichkeiten zu bauen beabsichtigt. (Schluß) we/fe

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 10. Jänner 1983

Blatt 36

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Bronzegreif auf der Salztorbrücke
Längere Betriebszeiten für Autobuslinien 90 A und
94 A
Gratz schlägt vor: Gemeinderatswahl am 24. April
Zum drittenmal seit 1945: Gemeinsame Wahlen in Wien
Busek begrüßt Vorverlegung der Gemeinderatswahl
Stadtrat a. D. Franz Glaserer gestorben

Kommunal:
(rosa) Neuer Flächenwidmungsplan für die Nordbahngründe
Gute Fortschritte bei Wasserleitungsbau im
21. und 22. Bezirk
öVP-Wien: Unabhängige Datenschutzbeauftragte
einsetzen
Neue Oberin in der Rudolfstiftung

Politik:
(rosa) Vorverlegte Wahlen

Nur
über FS: 5.1. Lagerhallenbrand im 20. Bezirk
7.1. Toter in Wassergraben
8.1. Feuerwehr barg lecke Fässer
10.1. Blumenquarelle in der Villa Wertheimstein
Ehrenringe für Gold, Wessely und Weigel
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Wiener Christbaum wird ein zweitesmal "gefällt"

.....
Bereits am 6. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Bronzegreif auf der Salztorbrücke

Utl.: Altes Wahrzeichen wiederaufgestellt

=++++

3 #Wien, 6.1. (RK-KULTUR) Ein Greifvogel schmückt seit kurzem die Salztorbrücke, die über den Donaukanal führt. Damit ist einer der ursprünglich vier Bronzevögel, die der Brücke bis zu ihrer Zerstörung im zweiten Weltkrieg ihr charakteristisches Aussehen verliehen, auf seinen angestammten Platz zurückgeführt. Die zwei Meter hohe Plastik steht nun am stadtseitigen Ende der Brücke auf einer 3,5 Meter hohen Säule.

Der auf der Salztorbrücke aufgestellte Greif ist einer von zweien, die wiedergefunden wurden. Der erste steht seit Jahren als Wappenvogel auf dem Hauptplatz des Kärntner Städtchens Greifenburg. Dieser Greif, der völlig unbeschädigt war, machte erst die historisch getreue Restaurierung des neuen und zugleich alten Kennzeichens der Salztorbrücke möglich - die fehlenden Teile konnten stilgetreu nachgegossen werden.#

Der Greif auf der Salztorbrücke stellt einen ersten Schritt dazu dar, den Donaukanalbrücken ihr gleichförmiges Aussehen und ihre Anonymität zu nehmen. Im kommenden Sommer wird die Marienbrücke wieder ihre zugehörige Marienfigur erhalten und auch die Rossauer Brücke erhält mit einer Nepomuk-Figur ein besonderes Kennzeichen. (Schluß) gab/ap

NNNN

.....
Bereits am 7. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Längere Betriebszeiten für Autobuslinien 90 A und 94 A

=++++

9 Wien, 7.1. (RK-LOKAL) Ab Montag, den 10. Jänner, werden die Betriebszeiten der Autobuslinien 90 A und 94 A im 22. Bezirk verlängert. Um den ersten U-Bahn-Zug in Kaisermühlen zu erreichen, fährt der erste Bus der Linie 90 A ab Schüttauplatz nunmehr schon um 4.55 Uhr (bisher 4.59 Uhr).

Der erste Bus der Linie 94 A verkehrt an Werktagen in Zukunft um 4.50 Uhr ab Zentrum Kagran (bisher um 5.10 Uhr), der letzte um 23 Uhr (bisher 20.25 Uhr).

Außerdem werden ab Samstag, den 8. Dezember, die Haltestelle der Autobuslinie 26 A bei der U-Bahn-Endstation Kagran zur Haltestelle der Straßenbahnlinie 26 und die Haltestelle der Autobuslinie 31 A von der äußeren in die innere Busspur beim Zentrum Kagran verlegt.
(Schluß) ger/ap

NNNN

.....
Bereits am 7. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz schlägt vor: Gemeinderatswahl am 24. April (1)

=++++

10 Wien, 7.1. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ
Übermittelte der "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Erklärung:

"Ich werde am Montag den zu ständigen Gremien der SPÖ
vorschlagen, die Gemeinderatswahlen gemeinsam mit der
Nationalratswahl am 24. April 1983 durchzuführen. Ich habe darüber
am Freitag auch die beiden Oppositionsparteien im Wiener Rathaus
informiert. (Forts.) sti/ap

NNNN

.....
Bereits am 7. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz schlägt vor: Gemeinderatswahl am 24. April (2)

=++++

11 Wien, 7.1. (RK-POLITIK) Noch im Sommer vergangenen Jahres war ich der Meinung, daß angesichts der Eigenständigkeit der Wiener Probleme und zur Fortführung der erfolgreichen Politik bis zum Ende der Wahlperiode die Gemeinderatswahl erst am letztmöglichen Termin im Oktober abgehalten werden sollte. Seither traten jedoch Überlegungen in den Vordergrund, die vor allem darauf zurückzuführen sind, daß die wirtschaftlichen Probleme Westeuropas immer deutlicher auch in Österreich spürbar werden. Angesichts dieser Tatsache sprechen vor allem folgende Gründe für die Zusammenlegung der beiden heuer fälligen Wahlen:

Erstens: Es bedeutet eine Einsparung von vielen Millionen Schilling, wenn der Personal- und Sachaufwand für eine Wahl in Wien nur einmal und nicht zweimal erforderlich ist.

Zweitens: Die Wienerinnen und Wiener wollen sicher nicht neun Monate lang Wahlkampf, in dem sie mit Argumente bombardiert werden.

Drittens: Es liegt im allgemeinen Interesse, daß die Auseinandersetzung vor einer Wahl auf einen kurzen Zeitraum beschränkt werden, damit bald wieder zur gemeinsamen Arbeit gefunden wird. Gerade in schwierigen Zeiten ist es notwendig, eine möglichst breite Übereinstimmung zu finden, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. In Wien ist das in den letzten Jahren in vorbildlicher Weise gelungen, wie die Bewältigung der Lehrplatzprobleme, die erfolgreiche Betriebsansiedlung, das anhaltend hohe Beschäftigungsniveau und die gesamte gemeinsame Arbeit im Wirtschaftsbeirat für Wien beweisen. Es ist notwendig, diese gemeinsame Arbeit bald wieder fortzusetzen, statt in neun Monaten Wahlwerbung die Probleme zu zerreden. (Forts.) sti/ap

NNNN

.....
Bereits am 7. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz schlägt vor: Gemeinderatswahl am 24. April (3)

=++++

12 Wien, 7.1. (RK-POLITIK) Die Vorverlegung der Gemeinderatswahl auf den 24. April würde es ermöglichen, einen kurzen Wahlkampf zu führen und noch vor dem Sommer die konsequente Arbeit für Wien auf die Grundlage der Bemühungen um weitestgehende Übereinstimmung wieder aufzunehmen." (Schluß) sti/ap

NNNN

.....
Bereits am 7. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zum drittenmal seit 1945: Gemeinsame Wahlen in Wien

=++++

13 Wien, 7.1. (RK-KOMMUNAL) Die Wahlen zum Nationalrat und zum Wiener Gemeinderat am Sonntag, dem 24. April, werden die dritten gemeinsamen Wahlen seit 1945 sein. Am 25. November 1945 wurden die ersten freien Wahlen nach dem Krieg gemeinsam abgehalten. Damals errang die Sozialistische Partei im Gemeinderat 500.116 Stimmen, die österreichische Volkspartei 300.468 und die Kommunistische Partei 70.056 Stimmen.

Für die gemeinsamen Wahlen am 9. Oktober 1949 lautete das Ergebnis für den Wiener Gemeinderat: 567.050 Stimmen für die SPÖ, 397.888 für die ÖVP, 89.294 für den Linksblock, 77.791 für die VDU. Außerdem errangen noch die Demokratische Union 3.180 Stimmen und die sogenannte 4. Partei 2.858 Stimmen. Seit damals fanden Nationalratswahlen und Gemeinderatswahlen immer zu getrennten Terminen statt. (Schluß) red/gg

NNNN

.....
Bereits am 7. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Busek begrüßt Vorverlegung der Gemeinderatswahl

=++++

15 Wien, 7.1. (RK-POLITIK) Ich bin froh über jeden Tag, den die Mehrheitspartei früher aus der Verantwortung geht und sich den Wählern stellt", erklärte der Wiener ÖVP-Obmann Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK in einem Pressegespräch am Freitag.

Die Wiener SPÖ habe offenbar bei einem eigenen Wahltermin für Wien einen großen ÖVP-Erfolg befürchtet, meinte Busek. Sie wolle sich hinter der Bundes-SPÖ verstecken. Aber Bund und Wien seien gemeinsam für vieles verantwortlich, etwa für AKH, Konferenzzentrum und Mietengesetz.

Das Wahlziel der Wiener ÖVP sei, stärker zu werden. Von großer Bedeutung werde es sein, wie weit es gelingt, trotz gleichzeitigen Wahlkampf für Nationalrat und Gemeinderat in den Medien genügend Platz für die speziellen Wiener Fragen zu finden. Schwerpunkte der Wahlwerbung der Wiener ÖVP werden das Funktionieren der Stadt (Wasser, Kanal, Müll, Gesundheitsinfrastruktur), die Lebensqualität, Wirtschaftsprobleme und die Sicherung der Arbeitsplätze sein.

Busek kündigte an, daß die Wiener ÖVP der Wiener SPÖ eine Beschränkung der Wahlkampfkosten vorschlagen werde. Als Beispiele nannte er den Verzicht auf einen Postwurf, Beschränkung der Plakatierung und der Insertionen. Von der Stadt erwarte die ÖVP eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, mit der die Wähler über die Fakten dieser gemeinsamen Wahl - zum Beispiel über die unterschiedliche Gültigkeit von Wahlkarten - informiert werden. Er hob hervor, daß Bürgermeister Gratz im Gespräch, das er Freitag vormittag mit ihm führte, diese Öffentlichkeitsarbeit zugesagt habe. (Schluß) sti/gg

NNNN

.....
Bereits am 7. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stadtrat a. D. Franz Glaserer gestorben

=++++

16 #Wien, 7.1. (RK-KOMMUNAL) Der ehemalige Wohnungsstadtrat Franz GLASERER ist Freitag vormittag im 79. Lebensjahr im Hanuschkrankenhaus in Wien gestorben. Stadtrat GLASERER war von 1954 bis 1968 Amtsführender Stadtrat für das Wohnungswesen. Für seine Verdienste in diesem damals wohl schwierigsten Amt wurde GLASERER am 10. Dezember 1968 zum Bürger der Stadt Wien ernannt. In seine Funktionsperiode fiel unter anderem die Errichtung zahlreicher Gemeindewohnbauten, aber auch die Widmung neuer Kleingartenflächen und Baurechtsgründe. Glaserer ist es auch gelungen, die Absiedlung des ehemaligen "Brettldorfes" auf dem Gelände des heutigen Donauparkes durchzuführen.

Glaserer war nach dem Krieg zunächst seit 1946 als Bezirksrat der Sozialistischen Partei tätig und wurde 1949 in den Wiener Gemeinderat gewählt.# (Schluß) red/gg

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan für die Nordbahngründe (1)

=++++

2 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für die Leopoldstadt wurde nun der Entwurf für den Teilbereich Lassallestraße, Engerthstraße, Nordbahntrasse und Verlängerung der Walcherstraße fertiggestellt. In dem rund 16 Hektar großen Plangebiet leben knapp 1.300 Einwohner. Im Nordosten dieses Bereichs liegen zwei Baublöcke, die überwiegend Wohnnutzung aufweisen. Der zwischen diesen Bauten und dem Praterstern liegende, rund 12 Hektar große Bereich ist ein Teil des Nordbahnhofs. Lagerhallen, Kohlenrutschen usw., die sich hier befinden, werden derzeit abgesiedelt beziehungsweise abgetragen. Das Gebiet liegt an einer der Entwicklungsachsen der Stadt, an der Verbindungslinie zwischen Reichsbrücke und Stephansdom. Seine städtebaulichen Möglichkeiten wurden im Hinblick auf eine Cityerweiterung mehrfach untersucht. Der Grundeigentümer, die österreichischen Bundesbahnen, hat einen Teil des Geländes an der Lassallestraße in einer Tiefe von rund 160 Metern für bauliche Nutzungen freigegeben - der verbleibende Bahnhofsbereich soll als moderner Frachtenbahnhof ausgestaltet werden.

Die Stadt Wien hat deshalb für dieses Gebiet einen gesamtösterreichischen Architektenwettbewerb durchgeführt, dessen Ergebnisse nun zu einer Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes führen. Der Entwurf sieht eine Ausgestaltung der Lassallestraße vor, die ihrem Boulevardcharakter entspricht. Die Verkehrserschließung des Geländes soll über Anliegerstraßen erfolgen, deren Lage sich auf Grund einer für das Projekt erstellten Verkehrsuntersuchung ergab. # (Forts.) sc/gg

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan für die Nordbahngründe (2)

=++++

3 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Die Baumassen sollen so verteilt werden, daß der Kopfbereich nächst dem Praterstern (Bauklasse VI: 26 - 40 Meter hoch) betont wird. Die in diesem Kopfbereich und an der Lassallestraße liegenden Baukörper sollen als Gemischtes Baugebiet/Geschäftsviertel gewidmet werden. Das Ausmaß der Bebauung wird mit maximal 1,020.000 Kubikmeter festgelegt. Die bestehenden Baublöcke an der Radingerstraße und an der Engerthstraße sollen als Wohngebiet, Bauklasse IV (16 - 21 Meter hoch), geschlossene Bauweise, an der Lassallestraße als Wohngebiet/Geschäftsviertel gewidmet werden. Innerhalb der künftigen Bebauung sollen große zusammenhängende Flächen gärtnerisch ausgestaltet werden. Der Planentwurf (Plannummer 5730) liegt vom 7. Jänner bis 4. Februar 1983 während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Um den Bewohnern des 2. Bezirks die Information über diesen Plan zu erleichtern, stehen am 13., 20., 27. Jänner und am 3. Februar 1983 jeweils von 14.00 bis 17.30 Mitarbeiter der zuständigen Fachabteilung im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung Leopoldstadt, Wien 2, Karmelitergasse 9, 2. Stock, zur Verfügung. (Schluß) sc/ko

NNNN

Gute Fortschritte beim Wasserleitungsbau im 21. und 22. Bezirk
=++++

4 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Gute Fortschritte macht der Wasserleitungsbau in den Bereichen des 21., 22. und 23. Bezirks, in denen nach Untersuchungen mit modernsten Geräten Grundwasserverunreinigungen festgestellt worden waren. Von insgesamt rund 22 Kilometer geplant gewesenen Rohrlegungen sind etwa zwei Drittel bereits durchgeführt, der Rest der Arbeiten wird bis zum kommenden Frühjahr abgeschlossen sein. Das gab Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt. #

Erst neueste Untersuchungsgeräte und -methoden hatten es möglich gemacht, die relativ geringen Mengen an Verunreinigungen im Grundwasser festzustellen. Die Feststellung der Grundwasserverunreinigungen hatte sofort zur Sperre der Brunnen geführt, aus denen sich etliche Siedler bisher selbst versorgt hatten. Von der Stadt Wien wurden sofort zusätzliche Mittel zur Aufschließung dieser Gebiete bereitgestellt. Die Wasserwerke ergänzen das Netz in den betreffenden Stadtteilen nach den Kriterien eines sinnvollen Ausbaues des Wasserleitungsnetzes und entsprechend Bewohnerwünschen, sodaß insgesamt etwas mehr als 22 Kilometer neue Rohrleitungen in diesen drei Bezirken verlegt werden. In der Siedlung Schwarzlackenau zum Beispiel sind alle Wünsche nach Anschlüssen an das öffentliche Wasserleitungsnetz, die von Besitzern verunreinigter Brunnen geäußert wurden, bereits erfüllt. Im Bereich von Stammersdorf, in der Siedlung Zwerchäckerweg, in der Stadtrandsiedlung Breitenlee und in der Pax-Siedlung sind alle geplanten Rohrverlegungen bereits durchgeführt, ebenso in der Rihosekgasse, der Spundagasse und der Taggergasse. Alle anderen Vorhaben sind bereits begonnen und werden voraussichtlich zwischen Jänner und März abgeschlossen werden. Im 23. Bezirk sind die Arbeiten in der Dernjagasse beendet, in der Ellmingergasse laufen sie gegenwärtig noch.

Derzeit erhalten mehr als 98 Prozent der Wiener Bevölkerung Wasser aus dem öffentlichen Netz. (Schluß) and/rb

ÖVP-Wien: Unabhängige Datenschutzbeauftragte einsetzen

=++++

9 Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Die Einsetzung eines unabhängigen Datenschutzbeauftragten nach dem Modell des Landes Hessen forderte GR. Mag. Mag. Robert KAUER am Montag in einer Pressekonferenz.

Wie Kauer feststellte, wird derzeit von der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung ein Hyperchannel installiert.

Mit diesem Gerät wird es möglich, 46 zur Zeit dezentral arbeitende Computersysteme der Gemeinde Wien zu einem Verbund zusammenzuschließen. Das bedeutet nach Kauer, daß die in einem System gespeicherten Daten über den Verbund abfragbar und mit anderen Daten dieser Person verknüpfbar werden. Zum Schutz der Bürger vor einem möglichen Mißbrauch sollen daher von allen Gebietskörperschaften Datenschutzbeauftragte eingesetzt werden, die von der Verwaltung völlig unabhängig sind, verlangte Kauer. (Schluß)
en/ap

NNNN

Vorverlegte Wahlen

Utl.: ÖVP für Wahlübereinkommen

=++++

10 Wien, 10.1. (RK-POLITIK) Zu der beabsichtigten Zusammenlegung der Nationalratswahlen mit den Wiener Gemeinderatswahlen am 24. April hat der Wiener Landesparteisekretär der ÖVP, GR. Anton FÜRST, am Montag in einer Pressekonferenz Stellung genommen und ein Wahlübereinkommen gefordert. Wie Fürst betonte, könnte es bei den Wahlen Verwirrungen geben, da zwei Wahlkarten ausgestellt werden: Die Wahlkarte für die Nationalratswahl, die in ganz Österreich zur Stimmabgabe berechtigt sowie die Wahlkarte für die Landtagswahlen, mit der die Stimmabgabe nur in allen Wahllokalen innerhalb der Grenzen Wiens möglich ist. Aus diesem Grund verlangte Fürst erneut die Einführung der Briefwahl, um allen jenen, die gebrechlich sind oder im Ausland unterwegs sind, die Beteiligung an der Wahl zu ermöglichen.

Fürst forderte weiter den raschen Abschluß eines Wahlübereinkommens für die Gemeinderatswahl. Fürst gab bekannt, daß er bereits am Wochenende einen Brief an den SPÖ-Landesparteisekretär, GR. Günter SALLABERGER, gerichtet habe, um ein derartiges Abkommen rasch abzuschließen. Vor allem solle ein Fairneß-Abkommen, die Koordinierung technischer Details sowie ein Abkommen über die freiwillige Selbstbeschränkung bei Wahlkampfkosten vereinbart werden. (Schluß) en/gg

NNNN

Neue Oberin in der Rudolfstiftung

=++++

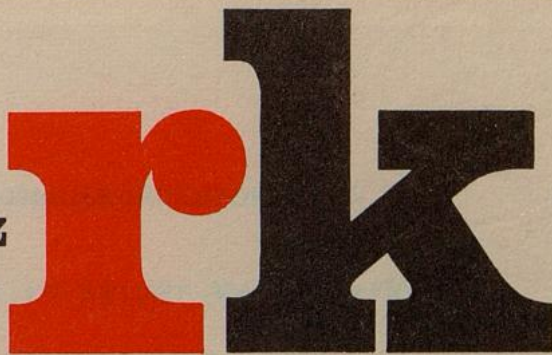
11 #Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) In der Krankenanstalt Rudolfstiftung führte Montag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Frau Helga MAYER als neue Oberin in ihre Funktion ein. Die neue Oberin tritt damit die Nachfolge von Hilda BIZIK an, die in den Ruhestand trat. Oberin Mayer, die unter 11 Bewerberinnen von einer eigenen Kommission ausgewählt wurde, war bisher als Oberschwester im Mautner Markhof'schen Kinderspital tätig.

Univ.-Prof. Dr. Stacher unterstrich im Rahmen der Amtseinführung, daß gerade der Oberin einer Krankenanstalt eine sehr wichtige Funktion innerhalb der kollegialen Führung zukommt. Nur eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen ärztlicher Leitung, Verwaltung und Pflegedienst wäre eine Basis für die optimale Führung einer Krankenanstalt. Gerade die Rudolfstiftung sei ein positives Beispiel dafür. So konnten gerade in diesem Spital trotz modernster Technik neben diversen organisatorischen, auch verschiedene patientenbezogene Maßnahmen im Sinne einer stärkeren Humanisierung, wie z. B. die Installierung des "Radio Rudolfstiftung" und Wiens erster Krankenhaus-Galerie für Patienten, Bedienstete und Besucher eingeführt werden. (Schuß) zi/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 11. Jänner 1983

Blatt 51

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Besucher des Radstadions sind in keiner Weise gefährdet
(rosa) Landesregierung gedachte Stadtrat Glaserers
Anträge für Heizkostenzuschüsse bis 31. Jänner
Pressekonferenz des Bürgermeisters
Begräbnis von Stadtrat Glaserer

Lokal: Noch Anmeldungen für "Fahrt zum Schnee" möglich
(orange)

Nur über FS: Eisrevue-Sondervorstellung für 7.000 betagte Wiener
Ausstellung: Wiener Sagen und Legenden

Besucher des Radstadions sind in keiner Weise gefährdet

=++++

1 #Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Zu der Behauptung des VP-Gemeinderats Josef ARTHOLD, das Radstadion im Wiener Prater sei so desolat, daß es dringend saniert werden müsse, um eine Gefährdung der Besucher auszuschließen, erklärte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Es kann keine Rede davon sein, daß die Besucher des Wiener Radstadions in irgendeiner Weise gefährdet sind - weder von der Konstruktion noch von der Baulage her. Das Hallenstadion wird von der Magistratsabteilung 35 regelmäßig kontrolliert und kann als absolut sicher bezeichnet werden.#

Gemeinderat Arthold, der ja Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Stadtplanung ist, hätte sich durch einen Anruf bei der Baupolizei jederzeit überzeugen können, daß im Radstadion keine Sanierung durchgeführt werden muß."

Abschließend stellte Stadtrat Wurzer fest, er hoffe, daß es sich nur um einen Irrtum gehandelt habe und daß der beginnende Wahlkampf nicht dazu führen werde, die Bevölkerung bewußt falsch zu informieren. (Schluß) sc/ap

NNNN

Noch Anmeldungen für "Fahrt zum Schnee" möglich

=++++

4 Wien, 11.1. (RK-LOKAL) Um allen skibegeisterten Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 16 Jahren und deren Eltern oder Begleitpersonen die Gelegenheit zu geben, an der Aktion "Fahrt zum Schnee" teilzunehmen, sind Anmeldungen auch noch am 12. Jänner 1983 und zwar ab 8 Uhr im Sportamt der Stadt Wien, Ebendorferstraße 4, 1010 Wien, möglich.

Insgesamt sind ab 16. Jänner bis einschließlich 6. März 1983 acht Sonntagsfahrten vorgesehen, die in die schönsten Skigebiete in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt führen. Die Teilnahmekosten betragen für Jugendliche 60 Schilling, für Begleitpersonen 80 Schilling. Im Preis der Jugendlichen ist neben der Autobusfahrt auch die kursmäßige Betreuung enthalten.

An folgenden Abfahrtsstellen ist ein Zusteigen in den Bus möglich.

- 1, Rathausplatz (Hauptaufgang zum Rathaus): 7.30 Uhr
- 10, Hansson-Zentrum, Favoritenstraße, Ecke Alaudag., 7.30 Uhr
- 11, Enkplatz: 7.15 Uhr
- 14, Hütteldorfer Straße, Ecke Breitenseer Straße: 7.45 Uhr
- 21, Großfeldsiedlung, Kürschnergasse (Parkplatz Ekazent): 7 Uhr
- 21, Schnellbahnhof Floridsdorf: 7.15 Uhr
- 22, Schrödingerplatz (Bezirkszentrum): 7 Uhr
- 23, Steinsee-Kreuzung, Altmannsdorfer Straße/Anton Baumgartner Straße: 7.45 Uhr

Die Rückkehr ist um etwa 18 Uhr vorgesehen. Nähere Auskünfte über die Wintersportaktion "Fahrt zum Schnee" erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter der Telefonnummer 42 800/2799 oder 27 33 Dw.

(Schluß) hof/ko

NNNN

Landesregierung gedachte Stadtrat Glaserers

=++++

5 #Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) In einer Schweigeminute gedachte Dienstag die Wiener Landesregierung unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Leopold GRATZ des kürzlich verstorbenen ehemaligen Wohnungsstadtrates und Bürgers von Wien Stadtrat Franz GLASERER. Gratz würdigte die Verdienste Glaserers in dessen schwierigen Aufgabenbereich, den er durch 14 Jahre, von 1954 bis 1968, zu bewältigen hatte.#

(Schluß) pr/ap

NNNN

Anträge für Heizkostenzuschüsse bis 31. Jänner

=++++

6 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ erinnerte Dienstag daran, daß bis Ende Jänner bei den Bezirkssozialämtern die Anträge auf Gewährung eines Heizkostenzuschusses eingebracht werden können. Anspruchsberechtigt sind Bezieher von Ausgleichszulagen, Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe. Mitzubringen sind der Meldezettel und ein Einkommensnachweis (z. B. Pensionsabschnitt). Der Heizkostenzuschuß beträgt 500 Schilling. Gratz appellierte an die Medien, auf den Heizkostenzuschuß hinzuweisen. "Die Stadt Wien will sich kein Geld dadurch ersparen, daß vielleicht jemand nichts davon weiß, daß er einen Heizkostenzuschuß beanspruchen kann", sagte Gratz. (Schluß) sti/gg

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (1)

Utl.: Auflösungsantrag am 28. Jänner

=++++

7 #Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) In seiner Pressekonferenz am Dienstag kündigte Bürgermeister Leopold GRATZ an, daß er im Gemeinderat am 28. Jänner den Auflösungsantrag stellen werde. Da der Zweck der vorverlegten Wahl aber auch in der Kontinuität der Arbeit liege, werden die beiden folgenden Gemeinderatssitzungen stattfinden.

Zwtl.: Eigene Pressekonferenz der SPÖ

Er werde auch bei den kommenden Pressekonferenzen keine politischen Fragen unbeantwortet lassen, erklärte GRATZ, werde aber im Wahlkampf wöchentlich an einem eigenen Tag und an einem anderen Ort gemeinsam mit Mandataren der SPÖ zusätzlich zur Verfügung stehen.

Zwtl.: Wahlkampfabkommen

Zum möglichen Wahlkampfabkommen meinte der Bürgermeister, er strebe keine summenmäßige Begrenzung an, sondern eine Begrenzung nach Anzahl und Art der Medien. Natürlich müßten alle Werbeaktionen, die einer Partei nützen, gezählt werden. Sonst hätte sicherlich jede Partei genügend formal unabhängige Vereine, die Werbung betreiben könnten. Ein Wahlkampfabkommen müßte laut GRATZ auch einen Wahlkampf ohne persönliche Angriffe und Beleidigungen umfassen. GRATZ gab bekannt, daß bereits durch die Zusammenlegung der Wahlen 20 Millionen in Wien gespart werden können.

Zwtl.: Längere Wahlzeit

Da es Zweitwohnbesitzern in der Umgebung Wiens nicht möglich sein wird, mit der Wahlkarte auch den Gemeinderat zu wählen, beabsichtigt der Bürgermeister ein Übereinkommen, nach dem die Wahllokale bereits um 7 Uhr öffnen und erst um 19 Uhr schließen sollen. so könnte man vor oder nach dem Sonntagsausflug in Wien wählen. # (Forts.) rö/ap

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (2)

Utl.: Arbeitsprogramm der SPÖ

=++++

8 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Das Arbeitsprogramm der Wiener SPÖ wird am 16. Februar auf einer Wiener Konferenz das Programm von 1978 mit den getroffenen Maßnahmen gegenüberstellen, um zu zeigen, daß auch in einer verkürzten Arbeitsperiode alle Ziele erreicht werden konnten. Vor allem geht es darum, daß es der Wiener SPÖ mit Hilfe aller Wiener gelungen ist, Verkehr, Industrie und Wohnen moderner zu gestalten und trotzdem auf dem Freizeitsektor mehr bieten zu können, als vor fünf Jahren. So wurde Wien zu einer Großstadt mit menschlichem Charakter.

Grundkonzept des Wahlkampfes wird die Einleitung zum Stadtentwicklungsplan sein: Die Sicherung der wirtschaftlichen Basis der Stadt. Das Schwergewicht wird dabei bei Freizeiterholungsflächen und dem Schutz der Gesundheit und der Umwelt liegen; vor allem, weil Erholungsflächen und gesunde Umwelt in einer Großstadt nicht unangetastete Natur bedeuten könnten. Unangetastete Natur wäre am Laaer Berg eine Steppe, in Oberlaa eine Mülldeponie und beim Kanalisationswesen eine braune Donau statt einer geklärten Donau. Umweltschutz bedeute daher für eine Stadt auch Großinvestitionen und eine gesicherte Wirtschaft. Weiterer Schwerpunkt des Wahlkampfes wird das Sozialwesen sein.

Zwtl.: Wahlziel

Als Wahlziel und auch als persönliches Ziel bezeichnete GRATZ die Bestätigung der Arbeit und ein zumindest gleichbleibendes Vertrauen. Er wolle sein Wahlziel aber nicht in Prozenten und Mandaten festlegen. (Forts.) rü/gg

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (3)

Utl.: Koalitionsfrage

=++++

9 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Zu möglichen Koalitionen nach der Wahl meinte der Bürgermeister, diese Frage sei zu Beginn jeder Arbeitsperiode offen. Die Forderung der öVP nach einer Verankerung in der Verfassung würde aber bedeuten, daß man erst diese Verankerung verlange, und dann behauptete, man sei durch die Verfassung in die Koalition hineingezwungen worden. Es werde jedenfalls, wie noch nach jeder Wahl, mit der öVP ein Grundsatzgespräch geben. Wenn man bedenke, wieviele der tausenden Einzelentscheidungen im Stadtsenat einstimmig beschlossen werden, müsse man zur Auffassung gelangen, daß im kommunalen Bereich das Spiel Regierung und Opposition nicht das Erfolgreichste sei, weil die Opposition Kontroversen geradezu erfinden müßte.

Zur Frage einer möglichen Koalition mit der FPÖ meinte GRATZ, hier sei die Entscheidung unterschiedlich von der Bundesebene, da die FPÖ für einen Amtsführenden Stadtrat erst einmal stark genug sein müsse, um nach dem Proporz überhaupt einen Stadtrat stellen zu können. (Schluß) rö/ko

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (4)

Utl.: Schieder zur gemeinsamen Wahl

=++++

10 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage der Zusammenlegung von Nationalrats-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen in Wien nahm Stadtrat Peter SCHIEDER, der derzeit den zuständigen Stadtrat Franz NEKULA vertritt, im Pressekonferenz des Bürgermeisters Stellung.

Wie Schieder dazu betonte, ergeben sich aus der Nationalrats- wie auch aus der Gemeinderatswahlordnung - die beide die Möglichkeit gemeinsamer Wahlen vorsehen - bereits von vornherein einige Regelungen:

- o Das Wählerverzeichnis für die Nationalratswahl gilt gleichzeitig auch für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen in Wien
- o Es gibt nur ein Wahlkuvert, in das alle drei Stimmzettel gelegt werden
- o Bei den Wiener Kommunalwahlen gab es bisher verschiedenfarbige Kuverts für Männer und Frauen. Eine derartige Regelung ist bei Nationalratswahlen nicht vorgesehen. Bei den Wahlen am 24. April darf daher laut Gesetz diese Unterscheidung auch in Wien nicht vorgenommen werden. Es wird also ein einheitliches Kuvert geben. Die drei Stimmzettel werden zur Unterscheidung in verschiedenen Farben ausgegeben: der Stimmzettel für die Nationalratswahl ist weiß, für den Stimmzettel für die Gemeinderatswahl sowie für den dritten Stimmzettel für die Bezirksvertretungswahl werden die Farben vom Stadtsenat festgelegt werden.
- o Die Sprengelwahlbehörde wird für NR- und GR-Wahl identisch sein
- o Der Stichtag für die Gemeinderatswahl wird mit dem Stichtag für die Nationalratswahl zusammenfallen (wahrscheinlich 25. Februar).

Zwtl.: Wahlkarten

Zur Frage der Wahlkarten betonte Schieder, daß es bei gleichzeitigen Wahlen nur EINE Wahlkarte geben kann, die für einen bestimmten Wähler ausgestellt wird. (Forts.) hs/gg

Pressekonferenz des Bürgermeisters (5)

=++++

11 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Wird eine Wahlkarte für einen im Wiener Wahlkreisverzeichnis enthaltenen Wähler ausgestellt, so kann dieser damit grundsätzlich in allen Wahlkarten-Wahllokalen österreichs wählen. Ein Wiener Wähler kann jedoch nur in Wiener Wahlkarten-Wahllokalen außer der Stimme für den Nationalrat auch die Stimme für die Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl abgeben. Bei der Stimmabgabe in einem Wahlkarten-Wahllokal außerhalb Wiens ist lediglich die Stimmabgabe zur Nationalratswahl möglich. Umgekehrt können Wähler aus den Bundesländern auch in Wien natürlich nur für die Nationalratswahl ihre Stimme abgeben. (nicht aber für die GR- und Bezirksvertretungswahl). Entsprechende Informationen wird es bei der Ausstellung der Wahlkarten geben. Eine Änderung dieser Bestimmungen ist, wie Schieder erklärte, lediglich theoretisch, aber praktisch nicht möglich, da sonst die Wahlordnungen der übrigen Bundesländer ebenso wie die Nationalratswahlordnung geändert werden müßten.

Das Ermittlungsverfahren zur Auszählung der Stimmen wird, wie Schieder betonte, bei der Wahl am 24. April natürlich länger dauern als sonst. (Schluß) hs/ap

NNNN

Begräbnis von Stadtrat Glaserer

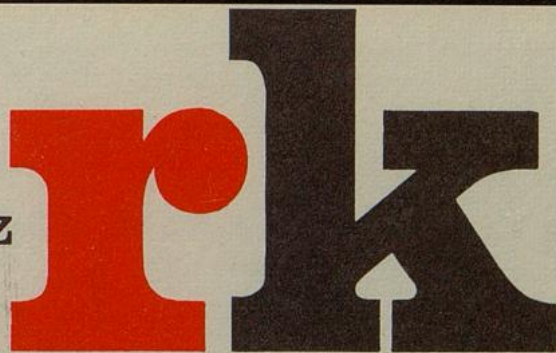
=++++

12 Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Der vergangene Woche verstorbene ehemalige Wohnungsstadtrat und Bürger von Wien Franz Glaserer wird am Donnerstag, den 13. Jänner um 16 Uhr im Baumgartner Friedhof beerdigt. (Schluß) je/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 12. Jänner 1983

Blatt 62

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Protestversammlung am Konservatorium der Stadt Wien
ausgesendet: Josef-Kainz-Medaillen 1982 überreicht
(grau)

Kommunal: Wohnbauförderungsbeirat: Neues Mitglied
(rosa) Zwei neue Obersenatsräte

Lokal: Zweitälteste Wienerin feiert 105. Geburtstag
(orange) Verlängerung der Autobuslinie "52 B"
Reichhaltiges Freizeitangebot für Wiens Jugend

Nur
über FS: 11.1. Radetzkystraße vorübergehend Einbahn
12.1. Sanitäter als Hebamme
"Wiener Sagen" im Bezirksmuseum Landstraße
Zu viel Wasser im Geiselbergbad

.....
Bereits am 11. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Protestversammlung am Konservatorium der Stadt Wien (1)

=++++

14 Wien, 11.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Eine Protestversammlung fand Dienstag im überfüllten Großen Saal des Konservatoriums der Stadt Wien statt. Schüler und Lehrer des Konservatoriums protestierten gegen die Regierungsvorlage zum Kunsthochschul-Studiengesetz und machten die Öffentlichkeit mit Nachdruck auf die damit verbundene Diskriminierung der Lehrer und Studenten der Konservatorien aufmerksam.

Unter dem Vorsitz von Prof. Walter BARYLLI, dem ehemaligen Vorstand und Konzertmeister der Wiener Philharmoniker, und in Anwesenheit zahlreicher prominenter Konservatoriumslehrkräfte machten Lehrer und Studenten auf die gravierende Veränderung im österreichischen Musikleben aufmerksam, die durch das Kunsthochschulstudiengesetz drohe. Das Gesetz schaffe bei durchaus vergleichbaren Studiengängen und vergleichbarer Ausbildungsqualität zwei Klassen von Schülern, Lehrern und - in der Folge - Musikern. Es wurde kritisiert, daß bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage die Betroffenen nicht gefragt und deren Bedenken nicht berücksichtigt worden seien. (Forts.) emw/gg

NNNN

.....
Bereits am 11. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Protestversammlung am Konservatorium der Stadt Wien (2)

=++++

15 Wien, 11.1. (RK-KULTUR/LOKAL) DDr. RÜSSEL-MAJDAN äußerte als Vertreter der Gewerkschaft "Kunst, Medien, freie Berufe" heftige Kritik an der Gesetzesvorlage und sprach von einer unglückseligen Entwicklung, die von Staats wegen Unterschiede zwischen Künstlern machen wolle. Er betonte die spezielle Eigenart des Künstlers, dessen Qualifikation sich nicht in Titeln oder akademischen Graden ausdrücken lasse. Rüssel-Majdan gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Gesetzesvorlage zwar Institutionen, nicht aber Menschen berücksichtige. Er bedauerte, daß in dieser so wichtigen Frage die zuständige Gewerkschaft nicht zu Beratungen zugezogen worden sei.

Die Abgeordnete zum Nationalrat, Dr. Hilde HAWLICEK, die dem parlamentarischen Unterausschuß angehört, der die Regierungsvorlage behandeln wird, verteidigte das Graduierungsrecht der Musikhochschulen, gestand den Konservatorien aber zu, daß sie eine gleichwertige, musikalische Ausbildung vermitteln. Sie kündigte an, daß es nach dem für morgen, Mittwoch, angesetzten Hearing, zu dem auch Konservatoriumsdirektor Josef M. MÜLLER (der auch als gewählter Sprecher der Landeskonservatorien fungiert) geladen ist, einen weiteren Termin für Unterausschußberatungen Ende Februar geben werde. Die Landeskonservatorien von Tirol, Kärnten, Vorarlberg und Oberösterreich hatten anläßlich der Protestversammlung Solidaritätstelegramme an das Wiener Konservatorium gesandt.
(Forts.) emw/ko

NNNN

.....
Bereits am 11. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Protestversammlung am Konservatorium der Stadt Wien (3)

=++++

16 Wien, 11.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Anschluß an die zweistündige Protestversammlung verabschiedeten die Anwesenden einstimmig die folgende Resolution:

Die Lehrer und Studierenden am Konservatorium der Stadt Wien protestieren hiemit in aller Schärfe gegen die beabsichtigte Erlassung des Kunsthochschul-Studiengesetzes nach der Regierungsvorlage des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 29. September 1982.

Die Studierenden der Konservatorien erfahren eine soziale Behinderung und Benachteiligung.

Die Lehrer dieser Institute sind einer fachlichen Diskreminierung ausgesetzt.

4.500 Studienplätze würden zerstört und in der Folge hunderte von Arbeitsplätzen gefährdet.

Die Lehrer und Studierenden des Konservatoriums der Stadt Wien ersuchen hiemit jene Politiker, welche als Volksvertreter die Belange aller Bundesländer Österreichs wahrzunehmen haben, die Rücknahme dieser Regierungsvorlage aus der parlamentarischen Diskussion zu bewirken und eine Neubehandlung des gesamten Fragenkomplexes unter Einbeziehung der Delegierten der Bundesländer, der Konservatorien, der Gewerkschaft, der Orchester und der österreichischen Musikschulwerke ohne Zeitdruck möglich zu machen.

(Schluß) emw/ap

NNNN

.....
Bereits am 11. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Josef-Kainz-Medaillen 1982 überreicht (1)

=++++

18 #Wien, 11.1. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag im Wappensaal des Wiener Rathauses die Josef-Kainz-Medaillen 1982 und die Förderungspreise zur Kainz-Medaille. Mit der Kainz-Medaille wurden Wilfried BAASNER, Maria BILL, Benno BESSON und Ezio TOFFOLUTTI ausgezeichnet, die Förderungspreise erhielten Ottwald JOHN, Nika BRETTSCHEIDER, Helmut WIESNER und Lena ILGISONIS.#

Die Kainz-Medaille für besondere schauspielerische Leistungen sowie Regie- und Bühnenbildarbeiten wurden 1958 anlässlich des 100. Geburtstages von Josef Kainz von der Stadt Wien gestiftet, die Förderungspreise für junge Theaterschaffende wurden erstmals 1969 vergeben.

Kulturstadtrat Zilk wies bei der Überreichung auf das immer breiter werdende Spektrum der Theaterstadt Wien hin. Er betonte dabei auch, daß statistische Aussagen, die einen Rückgang der Theaterbesucher für Wien ausweisen, die Zunahme der Anzahl der Theater ebensowenig berücksichtigen wie die Tatsache, daß gerade in der Vergleichssaison 1980/81 sowohl das Theater an der Wien, wie auch das Volkstheater renoviert wurden und dadurch nicht ihre gewohnte Besucheranzahl erreichten. Alles in allem könne man sagen, so Zilk, daß der Theaterbesuch in den letzten Jahren sogar noch gestiegen sei. (Forts.) gab/gg

NNNN

.....
Bereits am 11. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Josef-Kainz-Medaillen 1982 überreicht (2)

=++++

19 Wien, 11.1. (RK-KULTUR) Die Kainz-Medaillen 1982 und die Förderungspreise zur Kainz-Medaille wurden für folgende Leistungen vergeben:

KAINZ-MEDAILLEN:

Wilfried Baasner für die Titelrolle in "Der Elefantenmensch" von Bernard Pomerance im Schauspielhaus.

Maria Bill für die Titelrolle von Pam Gems Stück "Piaf" im Schauspielhaus.

Benno Besson für die Inszenierung der Komödie "Der neue Menoza oder Geschichte des cumbanischen Prinzen Tandi" von Jakob Michael Lenz im Burgtheater.

Ezio Toffolutti für die Bühnenausstattung zu der Komödie "Der neue Menoza oder Geschichte des cumbanischen Prinzen Tandi" im Burgtheater.

FÖRDERUNGSPREISE:

Ottwald John für die Darstellung des Melchior in "Einen Jux will er sich machen" von Johann Nestroy (Gruppe 80 in der Kulisse).

Nika Brettschneider für die Darstellung des Sancho Pansa in "Don Quijote in Wien" von Nika Brettschneider und Ludvik Kavín (Theaterbrett).

Helmut Wiesner für die Inszenierung von "Der jüngste Tag" von Ödön von Horvath (Gruppe 80 in der Kulisse).

Lena Ilgisonis für die Bühnenausstattung zu dem Stück "Susn" von Herbert Achternbusch (Drachengasse zwei).

Der Feier wohnten neben zahlreichen Theaterschaffenden Wiens auch Zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN und Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE bei. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wohnbauförderungsbeirat: Neues Mitglied

=++++

4 #Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung beschloß Dienstag einstimmig, auf Vorschlag der ÖVP, als neues Mitglied des Wohnbauförderungsbeirates für Wien LAbg. Dr. Peter MAYR zu entsenden. Als Ersatzmitglied wurde LAbg. Dr. Wolfgang PETRIK gewählt. Die Wahl wurde durch das Ausscheiden von LAbg. Dr. Gerhard AMMANN erforderlich. #

(Schluß) pr/gg

NNNN

Zweitälteste Wienerin feiert 105. Geburtstag

=++++

5 Wien, 12.1. (RK-LOKAL) Frau Amalia ZARFEL aus der Wagramer Straße 95 in Donaustadt feiert am Mittwoch ihren 105. Geburtstag. Frau Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER überbrachte in Beileitung von Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ am Dienstag die Glückwünsche der Stadt Wien. Frau Zarfel wurde 1878 in Platten (CSSR) geboren und ist seit 1954 verwitwet. Frau Zarfel, die bei ihrer Tochter lebt, ist noch rüstig und erfreut sich der besten Gesundheit. Bis vor kurzem, als die älteste Österreicherin, die 107-jährige Aloisia Weghofer, nach Wien übersiedelte, war sie die älteste Wienerin, jetzt ist sie nur mehr die "zweitälteste".
(Schluß) je/ap

NNNN

Verlängerung der Autobuslinie "52 B"

Utl.: Bessere Verbindung zur Kordonsiedlung

=++++

6 Wien, 12.1. (RK-LOKAL) Zur besseren Erschließung der Kordonsiedlung im 14. Bezirk wurde die Streckenführung der von der Post in Tarifgemeinschaft mit den Wiener Verkehrsbetrieben geführten Autobuslinie "52 B" (bisher U-Bahn-Station Hütteldorf - "Ochsenkopf") erweitert. An Werktagen (Montag bis Freitag) von 5 bis 19 Uhr und an Samstagen von 5 bis 14 Uhr fahren Autobusse dieser Linie seit Anfang dieser Woche nunmehr ab der Hüttelbergstraße auch über die Ulmenstraße zur Kordonsiedlung. Außerdem wenden die Busse der Linie "52 B" in dieser Zeit nun nicht mehr beim "Ochsenkopf", sondern fahren auf einer verlängerten Strecke über die Schuhbrechergasse, die Nikolaus-Pytty-Gasse und die Knödelhüttenstraße zurück zur Hüttelbergstraße. Werktags nach 19 Uhr, an Samstagen ab 14 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen ganztägig fahren sämtliche Busse auf der alten Route (Bahnhof Hütteldorf - Hüttelbergstraße - Karl-Bekehrty-Straße - "Ochsenkopf"). Wie Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN dazu der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wurde diese zwischen den Verkehrsbetrieben und der Post vereinbarte Erweiterung der Autobuslinie "52 B" schon vom ersten Tag von den Fahrgästen gut "angenommen". (Schluß) ger/gg

NNNN

Zwei neue Obersenatsräte

=++++

8 #Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Auf Beschluß des Stadtsenats wurden der Leiter der MA 35, SR Dipl.Ing. Alfred SCHAFFER, und der Leiter der MA 56, SR Dr. Wilhelm SCHINK, zu Obersenatsräten befördert. Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion überreichte die Beförderungsdekrete.#

Die von Dipl.Ing. Schaffer geleitete Abteilung ist für Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten zuständig, Dr. Schink leitet die Städtische Schulverwaltung. (Schluß) smo/ko

NNNN

Reichhaltiges Freizeitangebot für Wiens Jugend

=++++

10 Wien, 12.1. (RK-LOKAL) Um auch für 1983 ein reichhaltiges Freizeitangebot für Wiens Jugend sicherzustellen, bewilligte der Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie am Mittwoch einstimmig die Jahressubventionen für den Verein Jugendzentren der Stadt Wien (42,5 Millionen) und den Verein Wiener Jugendkreis (16 Millionen).

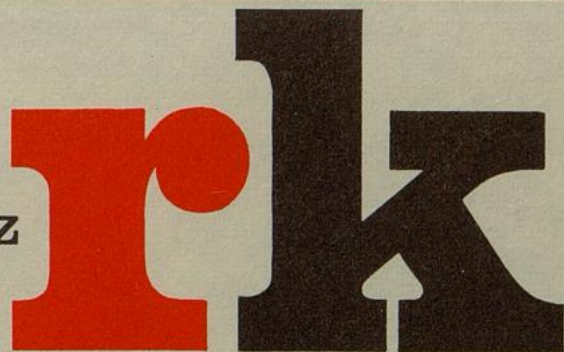
Außerdem wurden die entsprechenden Mittel für die Adaptierung und Einrichtung neuer Jugendzentren bewilligt. Neue Jugendzentren entstehen zur Zeit in Favoriten (Neulreichgasse/Sahulkastraße), Döbling (Grinzinger Straße), Meidling (Aichholzgasse), Simmering (Hoefftgasse) und Donaustadt (Friedrich-Engels-Platz). Im Umbau befindet sich das Jugendzentrum Josefstadt (Zeltgasse). Das bereits in Probetrieb gegangene Jugendzentrum "Treffpunkt Marco Polo" wird 1983 eröffnet. Die Jugendzentren der Stadt Wien, die wochentags sinnvolle und aktive Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche anbieten, werden in Zukunft verstärkt auch am Wochendende Veranstaltungen und Aktivitäten anbieten.

Der Verein Wiener Jugendkreis und das Landesjugendreferat werden 1983 zum 9. Mal den Bandbewerb "Pop-odrom" veranstalten, zum 6. Mal die Internationalen Jugendtheatertage und zum 10. Mal das Wiener Schultheaterfestival. Die Semesterferienaktion, das 11. Wiener Ferienspiel, der ganzjährig geführte Wiener Ferienclub, die Aktion Familiensonntag und Freizeitaktivitäten in Schulen sind ebenso vorgesehen wie die Weiterführung so wichtiger und bewährter Einrichtungen wie Medienzentrum und Jugendleiterschule. (Schluß)
emw/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 13. Jänner 1983

Blatt 73

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Keine Gewinne bei Wiener Wassergebühr
Heizkostenzuschuß bis Ende Jänner einreichen
Beileid Kreiskys zum Tod von StR. a. D. Glaserer
Ehrenringe für Gold, Wessely und Weigel

Kommunal:
(rosa) Neuer Mist-Rekord zu den Feiertagen
Diagnosestraße als Gesundheitstest
Abschied von Franz Glaserer

Lokal:
(orange) Erweiterung der Linie 26 A am Wochenende

Kultur:
(gelb) 4,36 Millionen für Kleinbühnen

Termine:
(weiß) Ballkalender
Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur
über FS: Ausstellung: Straßenbahnen in Floridsdorf
Straßenbahnunfall im 3. Bezirk

.....
Bereits am 12. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Keine Gewinne bei Wiener Wassergebühr

Utl.: Berechnung folgt Vorschlägen des Rechnungshofes

=++++

11 #Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Mit der Wiener Wassergebühr - derzeit 9,80 Schilling pro Kubikmeter Wasser - werden keine Gewinne gemacht, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Mittwoch zu einer in einer Wiener Tageszeitung erscheinenden Artikelserie. Die Einrechnung von kalkulatorischen Zinsen für das Anlage- und Betriebsvermögen entspricht einer Forderung des Rechnungshofes aus dem Jahre 1980. Mit diesen Geldern soll gemeinsam mit der Abschreibung die Erneuerung der umfangreichen Anlagen der Wiener Wasserwerke finanziert werden. Daraus Gewinne der Wasserwerke zu konstruieren, ist einfach falsch und unwahr.#

Die bedeutende Kostensteigerung für das Wiener Wasser geht darauf zurück, daß seinerzeit nach den damaligen politischen Vorstellungen die Gebühren nicht kostendeckend eingehoben wurden. Heute ist eine volle Kostendeckung - keinesfalls eine Überdeckung - gegeben. Heute bezahlen die Benützer die voll anlaufenden Kosten, während früher aus allgemeinen Budgetmitteln große Beträge den Wasserwerken zugeschossen werden mußten.

Die Frage, ob die Wiener Wasserwerke kostendeckend arbeiten und ob eine Überdeckung gegeben ist, wird laufend vom Wiener Kontrollamt geprüft und führte zu keinen Beanstandungen. (Schluß) sei/ko

NNNN

.....
Bereits am 12. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz: Heizkostenzuschuß bis Ende Jänner einreichen

=++++

12 Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der "Holiday on Ice" - Aufführung für die Sozialhilfebezieher wies Mittwoch Bürgermeister Leopold GRATZ neuerlich darauf hin, daß die Anträge auf Heizkostenzuschuß für die Bezieher von Sozialhilfe und Pensionisten mit Ausgleichszulage bis Ende Jänner beantragt werden müssen. Niemand, der Anspruch auf Heizkostenzuschuß habe, solle sich genieren, meinte der Bürgermeister und niemand brauche sich vor einem Formularkrieg fürchten. Die Anträge würden rasch und unbürokratisch erledigt.

Der Bürgermeister meinte überdies, gerade die ältere Generation, die nach dem Krieg in einem ausgebrannten Land unserer Stadt wieder aufgebaut habe, könne den jungen Menschen ein Beispiel sein, gerade jetzt bei wesentlich geringeren Sorgen optimistisch zu sein.
(Schluß) rö/spa

NNNN

.....
Bereits am 12. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Beileid Kreiskys zum Tod von Stadtrat a.D. Glaserer

=++++

13 Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Bundeskanzler Dr. Bruno KREISKY hat
anlässlich des Todes von Stadtrat a.D. Franz GLASERER ein
Beileidstelegramm an Bürgermeister Leopold GRATZ und den Wiener
Gemeinderat gerichtet, in dem es heißt: "Dem Verstorbenen, der sich
beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Bundeshauptstadt in den von
ihm ausgeübten öffentlichen Funktionen große Verdienste erworben hat,
bleibt ein ehrendes Andenken gewiß." (Schluß) sti/spa

NNNN

.....
Bereits am 12. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrenringe für Gold, Wessely und Weigel

=++++

14 #Wien, 12.1. (RK-KULTUR) Bürgermeister Leopold GRATZ überreichte am Mittwoch an Kammerschauspielerin Käthe GOLD, Kammerschauspielerin Paula WESSELY und Hans WEIGEL den Ehrenring der Stadt Wien.

Dieser Ring sei ein demonstatives "Dankeschön" für all das, was die Ausgezeichneten im Lauf der Jahrzehnte den Wienerinnen und Wienern durch ihr Schaffen gegeben haben, sagte Gratz.#

Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der die Laudatio hielt, verwies auch auf die Parallelitäten im Lebenslauf von Käthe Gold und Paula Wessely. Beide absolvierten zugleich ihr Schauspielstudium, beide waren bei Max Reinhardt an der Josefstadt engagiert, beide sind nun schon seit Jahrzehnten Mitglieder des Burgtheaters und beide haben unzählige Frauengestalten des Welttheaters von der Klassik bis zur Moderne verkörpert. Hans Weigel würdigte Zilk - neben seinem Werk als Kritiker, Feuilletonist, Schriftsteller und Moliere-Übersetzer - besonders auch als Liebhaber des Wiener Kaffeehauses und als Förderer der jungen österreichischen Literatur.

In seiner Dankrede legte Hans Weigel ein persönliches Bekenntnis zu Wien und seiner Bevölkerung ab.

Der Feier wohnten neben zahlreicher Prominenz aus dem Wiener Kulturleben auch Justizminister Dr. Christian BRODA, Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, Erster Landtagspräsident Hubert PFOCH, Zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN und Stadtrat Dr. JÖRG MAUTHE bei.
(Schluß) gab/ap

NNNN

Erweiterung der Linie 26 A am Wochenende

=++++

3 Wien, 13.1. (RK-LOKAL) Bei der Autobuslinie 26 A im 22. Bezirk tritt am kommenden Wochenende eine Streckenerweiterung in Kraft. An Samstagen in der Zeit von ca. 14.30 Uhr bis 22.15 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen ab Betriebsbeginn bis ca. 22.15 Uhr wird nun jeder zur Englisch-Feld-Gasse fahrende Bus ab der Erzherzog-Karl-Straße über Salbeigasse - Zschokkegasse - Plankenmaisstraße - Aspernstraße - Plankenmaisstraße zur Erzherzog-Karl-Straße geführt. Damit wird für dieses Gebiet ein Ersatz für die am Wochenende nicht verkehrende Linie 22 A geschaffen. (Schluß) ger/ap

NNNN

Neuer Mist-Rekord zu den Feiertagen

Utl.: 2.500 Tonnen Müll pro Tag

=++++

4 #Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Während der vergangenen Festtage hat die Wiener Bevölkerung soviel Mist wie nie zuvor weggeschmissen: Vom 27. Dezember bis zum 10. Jänner wurden von den "Müllauflegern", wie die dafür zuständigen Bediensteten der MA 48 offiziell heißen, pro Tag bis zu 2.500 Tonnen Abfall eingesammelt und in die Müllfahrzeuge geleert.

Zum Vergleich: Während im Jahresdurchschnitt täglich 1.600 Tonnen Müll eingesammelt werden, an "starken" Tagen, also nach verlängerten Wochenenden, der Abfall knapp über 2.000 Tonnen beträgt, stieg der Müllanfall in diesen Tagen um 30 bis 40 Prozent.#

"Wir sind froh darüber, daß es nirgends zu Engpässen gekommen ist", betont Dipl.-Ing. Franz ARNFELSER, der für die Müllbeseitigung verantwortlich ist. "Daß alles vorbildlich geklappt hat, verdanken wir dem Einsatz aller Mitarbeiter, die bereitwillig Überstunden gemacht haben und täglich länger als zehn Stunden unterwegs waren sowie dem günstigen Wetter. Bei Schneelage wäre die wesentliche Mehrarbeit kaum so reibungslos abgelaufen." (Schluß) ull/gg

NNNN

Diagnosestraße als Gesundheitstest

Utl.: Gesundheit auf dem Prüfstand

=++++

6 #Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesheer und Gesundheitsamt der Stadt Wien soll es künftighin auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin geben. Dies schlug Gesundheitsstadtrat Univ. Prof. Dr. Alois STACHER anlässlich eines Besuches der in der Albrechtskaserne installierten Diagnosestraße zur Untersuchung der stellungspflichtigen Präsenzdiener vor. Nach Meinung des Stadtrates ist diese Einrichtung von großer gesundheitspolitischer Bedeutung und stellt eine wesentliche Ergänzung der diversen gesundheitsprophylaktischen Einrichtungen des Gesundheitsamtes dar.#

Im Rahmen ihrer Stellungspflicht werden sich heuer rund 9.500 Wiener einem Gesundheits- bzw. Eignungstest in dieser Diagnosestraße unterziehen. Jährlich werden insgesamt ca. 14.000 bis 16.000 Untersuchungen durchgeführt. Die Untersuchungen dauern jeweils eineinhalb Tage, wobei der Stellungspflichtige die verschiedensten medizinischen Stationen, angefangen von Blut-, Harn- und Lungenuntersuchungen, Augen- und Gehörttests, Ergometrie und Isometrie bis zu psychologischen Tests durchwandert. Im Durchschnitt ergibt sich pro Jahrgang eine Untauglichkeitsquote von 10 bis 12 Prozent, wobei die häufigsten Ursachen bei psychischen Erkrankungen und Erkrankungen bei Augen sowie des Herz-Kreislaufes und der Wirbelsäule liegen.

An der Besichtigung nahmen unter anderem der Militärkommandant für Wien, Divisionär MAJCEN, der Landessanitätsdirektor von Wien und Leiter des Gesundheitsamtes, Hofrat Dr. JUNKER, und Branddirektor Dipl.-Ing. ABULESZ teil. (Schluß) zi/ko

NNNN

SPERRFRIST 16 UHR!

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Abschied von Franz Glaserer

=++++

7 #Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Die sozialdemokratische Bewegung Wiens nimmt heute in Franz Glaserer von einem engagierten Kommunalpolitiker, einem leidenschaftlichen Demokraten und einem aufrechten Sozialisten Abschied, erklärte Donnerstag Bürgermeister Leopold GRATZ beim Begräbnis des ehemaligen Wiener Wohnbaustadtrates.#

Der gelernte Schriftsetzer, der die Tätigkeit für die Arbeiterbewegung auch in der Illegalität nicht unterbrochen hatte, wurde 1949 erstmals in den Wiener Gemeinderat gewählt und 1954 amtsführender Stadtrat für Wohnungswesen. Gerade in einer Zeit, in der Zehntausende auf Hilfe vom Wohnungsamt warteten, gelang Franz Glaserer das nahezu Unmögliche, meinte Gratz: Das Wohnungsamt aus dem Streit der Parteien herauszuführen. Als Glaserer 1968 abtrat, war die ärgste Wohnungsnot in Wien gemildert. Glaserer sei es auch gewesen, der die ersten Weichen in Richtung Stadterneuerung gestellt habe.

Gratz abschließend: Wir neigen uns in Trauer und Ehrfurcht vor einem Mann, der das große politische, wirtschaftliche und kommunale Aufbauwerk nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend mitgestaltet hat. (Schluß) rd/gg

NNNN

4,36 Millionen für Kleinbühnen

=++++

8 #Wien, 13.1. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß Donnerstag die Vergabe von Subventionen in der Gesamthöhe von 4,36 Millionen S zur Förderung der Wiener Kleinbühnen.#

Insgesamt werden mit diesem Betrag 16 Theater unterstützt. Neben der Grundsubvention, die bis zu 270.000 S jährlich pro Bühne beträgt, werden an die Kleinbühnen auch Qualitätsprämien für besonders gelungene Aufführungen vergeben. Diese Prämien - sie werden dreimal jährlich von der aus sechs Theaterkritikern bestehenden Kleinbühnen-Jury verliehen - betragen insgesamt 750.000 S. Für fallweise auftretende Kleinbühnengruppen steht schließlich ein zusätzlicher Betrag von 159.000 S zur Verfügung. (Schluß) gab/ko

NNNN

Ballkalender

=++++

Wien, 13.1. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

SAMSTAG, 15. Jänner:

Ball des Turnvereins "Sokol"	Albert-Sever-Saal
Ball der Pfarre Baumgarten	Baumgartner Casino
Ball des Freien Wirtschaftsverbandes	Haus der Begegnung Rudolfsheim
Ball der Landesinnung Wien der Spengler und Kupferschmiede	Hotel Hilton
Ball des Markthandels	Hotel Wimberger
Bürgerball der ÖVP-Alsergrund	Kolpinghaus Alsergrund
Ball des Clubs Kreuzenstein	Palais Auersperg
Ball der ÖVP-Hietzing	Parkhotel Schönbrunn
Kinderball der Ballettschule Nader (nachmittag)	Schwechaterhof
Ball der Vereinigung der Tschechen und Slovaken in Österreich	Hotel Bohemia
Ball der Oberösterreicher	Sofiensäle

SONNTAG, 16. Jänner:

Ball der Landsmannschaft der Südmährer	Hotel Wimberger
---	-----------------

MITTWOCH, 19. Jänner:

Ball der Vereinigung der christlichen Lehrer an Höheren Schulen	Kursalon
--	----------

DONNERSTAG, 20. Jänner:

Ball der Junggärtner Kagran	Haus der Begegnung Floridsdorf
Ball der Tanzschule Dorner	Hotel Hilton
Ball des BG + BRG XIV	Parkhotel Schönbrunn
Wiener Polizeiball	Sofiensäle
Ball der Wiener Philharmoniker	Musikverein

FREITAG, 21. Jänner:

Ball der Anhängervereinigung des Wiener Sportklubs	Albert-Sever-Saal
Ski-Ball der Naturfreunde Wien	Haus der Begegnung Döbling
Ball der Pfarre Floridsdorf	Haus der Begegnung Floridsdorf
Ball der Offiziere des Bundesheeres	Hofburg
Ball des Sportvereins Waagner-Biro	Hotel Bohemia
Ball des Graphischen Juniorenclubs	Hotel Hilton
Ball der Landesinnung der Sanitär- und Heizungsinstallateure	Inter-Continental
Ball des Verbandes der Zollwachebeamten	Hotel Wimberger
Ball des Touristenvereins	Kolpinghaus Alsergrund
Ball der Höheren Technischen Lehr- und Versuchsanstalt	Konzerthaus
Ball der Niederösterreichischen Landesregierung	Kursalon
Ball der Absolventen des BHAK/BHAS	Parkhotel Schönbrunn
Ball Chemie und Wirtschaft	Palais Pallavicini
Kränzchen des Verbandes ländlicher Genossenschaften in Niederösterr.	Sofiensäle

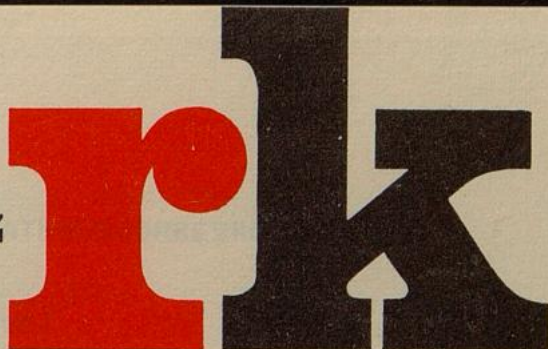
Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 13.1. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Freitag, 14. Jänner 1983

Blatt 84

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Veleta: Weiterentwicklung des Siedlungswesens
(rosa)

Politik: FPÖ befürchtet "Burgenländische Verhältnisse" in Wien
(rosa)

Lokal: Operationen führen zu Muskelschwund
(orange)

Kultur: Karl Popper-Symposion Ende Juni
(gelb)

Nur
über FS: 13.1. Schulschikurse: Alle genehmigt
14.1. In U-Bahn-Türe eingeklemmt
ADV als Planungs- und Informationsinstrument
Gratz spricht im Rundfunk über die Vorverlegung
der Wahl
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

Karl Popper-Symposion Ende Juni

=++++

1 #Wien, 14.1. (RK-KULTUR) Ende Juni wird an der Universität Wien ein Internationales Popper-Symposion als gemeinsame Veranstaltung des Kulturredes der Stadt Wien, des ORF und des Institutes für Philosophie an der Universität Wien stattfinden. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß die Gewährung eines Förderungszuschusses in Form einer Ausfallhaftung bis zur Höhe von 200.000 S. #

Das Symposion wird sich mit Karl Poppers Rolle in der Philosophie, seinen Leistungen für die Wissenschaftstheorie der Gegenwart, seiner Bedeutung für das Verständnis der Entwicklung von Physik und Biologie sowie seinen gerade heute so wichtigen Erläuterungen für das soziale Zusammenleben in einer demokratische Gesellschaft befasse.

Das Symposion wird auch durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gefördert. (Schluß) gab/ko

NNNN

Operationen führen zu Muskelschwund

=++++

3 Wien, 14.1. (RK-LOKAL) Nach einer größeren Operation, nach einer schweren Verbrennung oder während einer Blutvergiftung verlieren Patienten bis zu 30 Gramm Stickstoff pro Tag. Das entspricht einem täglichen Muskelschwund von 750 Gramm. Diese Feststellung wurde in der 1. Chirurgischen Universitätsklinik von einem Team im neugeschaffenen Stoffwechselforschungslabor gemacht, das unter Leitung von Univ.-Prof. FUNOVICS und Dipl.-Ing. Dr. ROTH steht. Die Verringerung des Eiweißgehalts im Körper vermindert die Abwehr von Infektionen und vergrößert dadurch die Gefahr von Komplikationen nach einer Operation. Wenn die Stickstoffverluste länger dauern, führt die Eiweißverarmung zum Tod.

Auf Grund dieses Forschungsergebnisses wurde auf der Klinik eine entsprechende Ernährungstherapie eingeführt, die eine Normalisierung des Stoffwechsels, etwa nach Operationen, unterstützt.

Weitere Forschungen des Stoffwechsellabors galten dem gestörten Eiweißstoffwechsel bei nekrotisierender Pankreatitis (Entzündung der Bauspeicheldrüse) und dem Stoffwechsel bei Leberschädigungen.
(Schluß) ull/ap

NNNN

Veleta: Weiterentwicklung des Siedlungswesens

=++++

5 #Wien, 14.1. (RK-KOMMUNAL) Als einen bedeutsamen Beitrag zur Weiterentwicklung des Siedlungswesens in Wien bezeichnete Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA die Schaffung der Baulandkategorie "Gartensiedlung" im Zusammenhang mit der Bauordnungsnovelle 1976. Seither haben, so Stadtrat Veleta, bereits hunderte ehemalige Kleingärtner ihre Grundstücke von der Stadt Wien erworben. Nun beschloß der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz den Verkauf von insgesamt 66 Grundstücken im Gartensiedlungsgebiet "Neugebäude" in Simmering.#

Wie Stadtrat Veleta weiter ausführte, können sich damit immer mehr Kleingärtner den Traum vom eigenen Stück Grund erfüllen. Die Bauordnungsnovelle 1976 hat die neue Widmungskategorie "Gartensiedlung", ein Baulandwidmung, eingeführt. Sie macht es möglich, frühere Kleingärten in Bauland umzuwidmen. Damit werden etliche bisher kleingärtnerisch genutzte Areale nun zu echten Siedlungsgebieten.

Die ersten Verkäufe von Baulosen an die Siedler erfolgten im Sommer 1981 in der Gartensiedlung "Am Mühlhäufel" in Aspern. Nach der Umwidmung der Kleingartenanlage "Neugebäude" in Simmering, zu der 360 Lose gehören, hatten auch die Unterpächter dieser Anlage die Möglichkeit, Kaufansuchen zu stellen. Jenen Pächtern, die zwar ein Siedlungshaus auf ihrem Baulos errichten wollen, sich aber nicht zum Kauf des Grundstückes entschließen können, bietet die Stadt Wien Baurechtsverträge zu günstigen Bedingungen an.

Mit dem nun vom Ausschuß beschlossenen Verkauf konnten in der Siedlung "Neugebäude" bereits 240 Eigengründe geschaffen werden, mit 92 Siedlern wurden Baurechtsverträge abgeschlossen. Auf dem "Mühlhäufel" haben 181 Siedler ihre Gründe von der Stadt Wien durch Kauf erworben, Baurechtsverträge wurden mit 75 Siedlern abgeschlossen. (Schluß) and/ko

NNNN

FPÖ befürchtet "Burgenländische Verhältnisse" in Wien
Utl.: Hirnschall hofft auf Stimmen und Mandatszuwachs
=++++

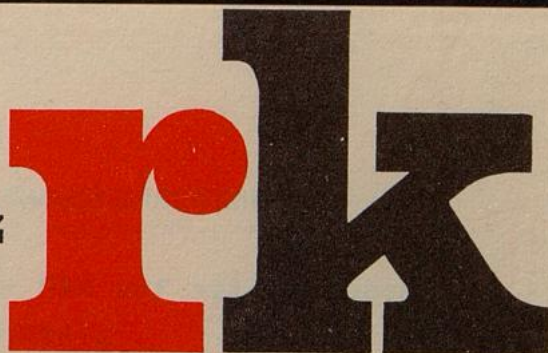
8 Wien, 14.1. (RK-POLITIK) Die Zusammenlegung der Wiener Gemeinderatswahlen mit den Nationalratswahlen und die wiederholten Koalitionsangebote von Bürgermeister GRATZ an die Wiener ÖVP wertete der Klubobmann der FPÖ im Wiener Rathaus, GR. Dr. Erwin HIRNSCHALL, Freitag in einem Pressegespräch als "desolaten Zustand, in dem sich die Wiener SPÖ befindet". Offensichtlich strebe Gratz in Wien "Burgenländische Verhältnisse" an, um eine Politik des ständigen Arrangierens betreiben zu können. Die SPÖ-Aktion könnte jedoch, so Hirnschall, leicht ins Auge gehen: Wenn nämlich Kreisky-Wähler von der Möglichkeit des "Stimmen-Splittings" Gebrauch machen, und in Wien auf Gemeindeebene Hirnschall oder Busek wählen. Die Wiener FPÖ glaubt, daß die SPÖ in Wien bei den Nationalratswahlen deutlich besser abschneiden wird als bei den Gemeinderatswahlen, was, "für die Mannschaft im Wiener Rathaus innerparteilich sehr unangenehm sein wird."

Die Ausgangslage für die Wiener FPÖ habe sich durch die Zusammenlegung noch verbessert. Hirnschall: "Ich erwarte mir einen Stimmen- und Mandatszuwachs." Immer mehr zeichne sich ab, daß allein die FPÖ ohne Vorbehalte gewillt ist, die Kontrollarbeit im Wiener Rathaus fortzusetzen, während die ÖVP dem von Gratz angestrebten "Burgenländischen Modell" folgen möchte. Es komme nun darauf an, der Bevölkerung die "verheerende Mißwirtschaft" im Wiener Rathaus klar ins Bewußtsein zu bringen, denn es gab in den letzten Jahren kein Großprojekt, wo nicht fürchterliche Fehlleistungen vorgekommen sind.

Die FPÖ wird sich in den nächsten Tagen noch vehement dafür einsetzen, daß die Wahlkartenwähler auch außerhalb Wiens für die Gemeinderatswahlen eine Stimme abgeben können. Es stimme nicht, daß man dazu in allen Bundesländern und im Bund gesetzliche Änderungen durchführen müsse. Wenn man eine Lösung für den konkreten Fall am 24. April finden möchte, würde eine gesetzliche Änderung im Bund und in Wien genügen, schloß Hirnschall. (Schluß) sei/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 15. Jänner 1983

Blatt 89

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neue Fernwärmeverbindung EBS - HBW auf vollen Touren
(rosa)

Politik: Gratz: Drei Gründe für den 24. April
(rosa)

Kultur: Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung
(gelb)

Nur
über FS: Evolution und Kosmos

Neue Fernwärmeverbindung EBS - HBW auf vollen Touren

Utl.: Probetrieb bisher planmäßig

=++++

1 #Wien, 15.1. (RK-KOMMUNAL) Drei Wochen nach Beginn des Probetriebes hat die neue Fernwärmeverbindung von den Entsorgungsbetrieben Simmering zum Netz der Heizbetriebe Wien bereits die volle Leistung aufgenommen. Mittwoch konnte auch der zweite Drehrohrofen in Betrieb genommen werden, sodaß nun 40 Megawatt an das Fernwärmenetz abgegeben werden können. Der Probetrieb dauert jedoch noch an, und im Zusammenhang mit probeweisen Umschaltungen innerhalb der einzelnen Systeme wird auch der Hilfskondensator zeitweise wieder in Betrieb genommen, sodaß kurzzeitig auch wieder Wasserdampf zu sehen sein wird. #

Der Probetrieb der neuen Fernwärmeverbindung von den Entsorgungsbetrieben Simmering zum Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien war am 22. Dezember aufgenommen worden. Die seither durchgeführten Tests verliefen planmäßig, sodaß das gesamte System nun - noch innerhalb des Probetriebes - mit voller Leistung "gefahren" werden kann. Das bedeutet, daß auch der zweite Drehrohrofen, der der Verbrennung des Sondermülls dient, seinen Betrieb aufnehmen kann. Damit kann die Beseitigung von Sondermüll wesentlich verstärkt werden; somit können die noch bestehenden Lager noch rascher aufgearbeitet werden.

Die neue Fernwärmeverbindung ermöglicht jedoch nicht nur die Abgabe umweltfreundlicher Energie, sondern ermöglicht es neben dem Einsatz des zweiten Drehrohrofens auch, den Hilfskondensator außer Betrieb zu nehmen, der dann nur mehr bei Wartungsarbeiten oder in Störfällen eingesetzt werden muß. Auch kann auf die Bereitstellung und Entkalkung von großen Mengen Kühlwassers verzichtet werden.

Die Fernwärme, die von den EBS geliefert wird, soll in wenigen Wochen in die neue Fernwärme-Südleitung Arsenal - Laaer Berg eingespeist werden. An das Südnetz der HBW sind derzeit unter anderem die Per-Albin-Hansson-Siedlung und mehrere Industrie- und Gewerbebetriebe angegeschlossen. (Schluß) and/gg

NNNN

Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung

=++++

2 #Wien, 15.1. (RK-KULTUR) Auch 1983 werden wieder Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien vergeben. Die Mittel der Stiftung sind für wissenschaftliche Projekte, insbesondere der Wiener Hochschulinstitute bestimmt. Es können allerdings auch Förderungsbeiträge an andere wissenschaftliche Vereinigungen, Personengemeinschaften sowie Einzelpersonen mit entsprechender Qualifikation vergeben werden. Bewerbungen können im Sekretariat der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich Schmidt-Platz 5, 3. Stock, bis 31. März eingereicht werden.#

Die Hochschuljubiläumsstiftung wurde 1965 anlässlich des 600jährigen Bestehens der Universität Wien und des 150jährigen Bestehens der Technischen Universität gegründet.

Bisher konnten bereits siebzehnmals Förderungsmittel aus den Zinsenerträgen dieser Stiftung für die Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden. 1980 wurde das ursprüngliche Stiftungskapital verdoppelt.

In den Bewerbungen um Förderungsmittel ist der wissenschaftliche Charakter des betreffenden Projektes darzustellen. Ferner sind folgende Unterlagen notwendig: Qualifikationsnachweis des Bewerbes (bei Institutionsbewerbungen der Mitarbeiter) Begründung und Disposition des Vorhabens, Arbeitsdauer, aufgegliederter Kostenvoranschlag und Bekanntgabe sonstiger Förderungsmittel. Die Bewerber müssen ihren Sitz (Wohnsitz) in Wien haben. Es können nur Anträge berücksichtigt werden, die Forschungsaufgaben in unmittelbarem Sinn umfassen. Förderungen von Vorhaben, die mehr indirekt der Forschung dienen, wie Reisekostenbeiträge und Publikationskosten, können nur in ganz besonders gelagerten Fällen berücksichtigt werden. Die Beschlußfassung über die Zuerkennung der Förderungsmittel obliegt dem Kuratorium der Stiftung, das die Verleihung im November 1983 vornehmen wird. (Schluß) gab/ap

NNNN

SPERRFRIST 12.45 UHR!

.....

Gratz: Drei Gründe für den 24. April

=++++

4 Wien, 15.1. (RK-POLITIK) Drei Gründe führte Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner Rundfunkrede am Samstag dafür an, daß er die Vorverlegung der Gemeinderatswahl auf den 24. April vorgeschlagen hat:

Erstens ist es in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation notwendig, daß möglichst bald die sachliche Arbeit in allen Gremien wieder beginnen kann - in der Politik, in der Wirtschaft und zwischen den Sozialpartnern. In der Zeit des Wahlkampfes ist das schwierig, weil den Oppositionsparteien naturgemäß gar nichts anderes übrig bleibt, als immer neue unerfüllbare Forderungen zu stellen und gleichzeitig vernünftige Forderungen abzulehnen.

Zweitens hätte sich aus der diesmaligen Situation, daß die Nationalratswahl im April und die Gemeinderatswahl im Oktober fällig werden, ohne die Vorverlegung der Wiener Wahl praktisch zehn Monate lang Wahlkampagne ergeben. Die Wienerinnen und Wiener wollen sicher nicht zehn Monate lang mit Wahlwerbung bombardiert werden.

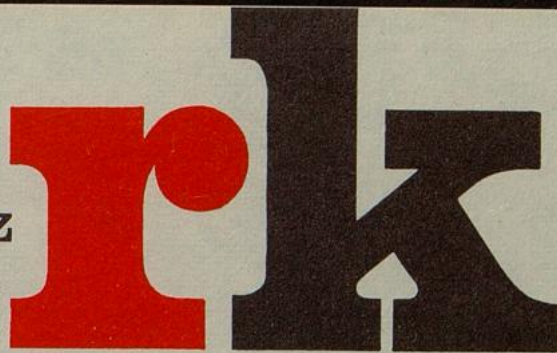
Drittens bringt die Zusammenlegung der beiden Wahlen auch erhebliche Einsparungen. Die Stadt Wien wird sich rund 20 Millionen ersparen, die Parteien werden weniger für Propaganda ausgeben.

Gratz trat dafür ein, daß die Parteien außerdem eine Vereinbarung zur Begrenzung der Wahlwerbung abschließen. "Dieser Vereinbarung sollte auch die Verpflichtung einschließen, im Wahlkampf niemand persönlich zu beleidigen", sagte Gratz. "Was mich betrifft, so wiederhole ich, was ich bereits Ende letzten Jahres versprochen habe und woran ich mit halte, seit ich politisch tätig bin: Ich werde nichts sagen oder tun, was die persönliche Ehre eines anderen schädigt." (Schluß) sti/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 17. Jänner 1983

Blatt 93

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Concordiaplatz wird verkehrsberuhigte Zone
ausgesendet: Mayr und Dittrich in Japan

Kommunal: Veleta: Rascher Bau des Bisamberg-Wasserbehälters
(rosa) Fußgängersteg über Handelskai
 "Aus Wohnraum Lebensraum machen"

Kultur: "Traumhaus" im Rathaus
(gelb)

Termine: Führungen im Februar 1983
(weiß)

Nur
über FS: Wiener Architektur um 1900
 Zweite Polioimpfwelle geht zu Ende

.....
Bereits am 16. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Concordiaplatz wird verkehrsberuhigte Zone

=++++

1 Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL) Der Concordiaplatz und der angrenzende Teil der Börsegasse zwischen Renngasse und Tiefem Graben im 1. Bezirk wird mit einem Kostenaufwand von 3,5 Millionen in eine verkehrsberuhigte Zone umgebaut. Dies beschloß am Freitag der Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie. Das Projekt sieht Gehsteigverbreiterungen, Grünscheiben und Baumpflanzungen vor. Durch eine Anhebung der Gehsteigflächen wird der Verkehr im Zuge Heinrichsgasse - Börsegasse unterbrochen. (Schluß) ger/ko

NNNN

.....
Bereits am 16. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr und Dittrich in Japan

Utl.: Umfangreiche Wien-Aktivitäten in Tokio

=++++

2 Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Finanzstadtrat Hans MAYR und der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH sind an diesem Wochenende nach Tokio geflogen, um in der kommenden Woche in der japanischen Hauptstadt für Wien und die Wiener Wirtschaft zu werben. Mayr und Dittrich werden Dienstag eine große Wien-Ausstellung des Wiener Fremdenverkehrsverbandes und eine Verkaufsausstellung mit Wiener Produkten im Kaufhaus Mitsukoshi eröffnen. Neben gesellschaftlichen Ereignissen wie einer Matinee der Mozart-Sängerknaben für Mitglieder der kaiserlichen Familie und Wiener Kulinarischen Wochen im Tokio'er Hilton Hotel werden Mayr, Dittrich und der Generaldirektor der "Z", Dr. Karl VAK, über Einladung der Bank of Tokio vor japanischen Managern für Investitionen in Wien werben.

Die umfangreichen Wien-Aktivitäten in Japan gehen auf eine vor zwei Jahren von Mayr und Vak durchgeführte Informationsreise zurück, bei der erste Kontakte geknüpft wurden. Stadtrat Mayr vor dem Abflug zur "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Wir hoffen, damit einen Schritt auf einen für Wien sehr interessanten Markt zu tun." (Schluß) sei/ko

NNNN

Veleta: Rascher Bau des Bisamberg-Wasserbehälters (1)

=++++

4 #Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Für einen raschen Bau des Wasserbehälters Bisamberg tritt Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA ein. Gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bezeichnete es Veleta als vordringlich, dieses Vorhaben zu verwirklichen, um eine bestmögliche Versorgung der Stadtteile nördlich der Donau zu gewährleisten. Die Gesamtkosten des Projektes, einschließlich der Transportleitungen und eines Grundwasserwerkes auf der Donauinsel, sind mit rund einer Milliarde veranschlagt. Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz genehmigte den Kauf eines Grundstückes auf dem Bisamberg, wo der Behälter gebaut werden soll. Konkrete Pläne für die Verwirklichung des gesamten Vorhabens liegen bereits vor.#

Der Wasserbehälter auf dem Bisamberg wird sich nahe dem Gasthaus "Rendezvousberg" westlich der Brünner Straße befinden. Sein Fassungsvermögen wird etwa 60.000 Kubikmeter betragen. Dafür werden Flächen im Ausmaß von mehr als 25.000 Quadratmeter benötigt. Die dafür erforderlichen Grundstücke werden derzeit von der Stadt Wien erworben. Die Standortwahl für diesen Wasserbehälter ist von der Höhenlage, aber auch von der Hangneigung abhängig. Um bestmögliche Wirkung zu erzielen.

Zur Versorgung des Wasserbehälters sind zwei Zuleitungen in Bau beziehungsweise in Planung: eine Zuleitung führt bereits vom Grundwasserwerk Lobau bis in den Bereich der Wagramer Straße, fertige Pläne für eine Verlängerung liegen vor. Eine zweite Zuleitung ist vom Grundwasserwerk Donauinsel-Nord geplant, das Teil des gesamten Systems ist. Daneben wird es auch möglich sein, Wasser aus den südlich der Donau liegenden Gebieten in den Bisamberg-Behälter einzuspeisen. (Forts.) and/ap

NNNN

Veleta: Rascher Bau des Bisamberg-Wasserbehälters (2)

=++++

5 Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Abgeschlossen sind auch die Planungen für das neue Grundwasserwerk "Donauinsel-Nord", das sich in der Mitte der Donauinsel im Bereich der Überfuhrstraße befinden wird. (Das Wasserschutzgebiet ist übrigens bereits im "Leitprojekt Donaubereich Wien" enthalten, an dem sich der gesamte Bau und die Ausgestaltung der Donauinsel orientieren.) Zum Grundwasserwerk werden sieben Horizontalfilterbrunnen, ein Zwischenbehälter und die üblichen Aufbereitungsanlagen gehören. Von der Donauinsel wird das Wasser durch einen Düker unter der Neuen Donau und über eine bestehende Brücke, die über die Donauuferautobahn führt, zum "Festland" geleitet werden. Von hier zum Bisamberg muß eine rund zehn Kilometer lange Leitung mit 1000 mm Durchmesser gebaut werden. In einer ersten Ausbaustufe ist es aber auch möglich, Wasser bereits durch eine schon bestehende Leitung unter der Nordbrücke über Neue Donau und Donauuferautobahn zu transportieren. (Schluß) and/gg

NNNN

Fußgängersteg über Handelskai

=++++

6 #Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Um für Fußgänger und Radfahrer einen sicheren Zugang zum Erholungsgebiet des Rechten Donaudammes zu schaffen, wird bei der Kafkastraße im 2. Bezirk ein Steg über den Handelskai und die Donauuferbahn gebaut. Dies beschloß der Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie. Die Bauarbeiten sollen in den nächsten Wochen beginnen. Die Bauzeit beträgt rund zehn Monate. Die Gesamtkosten belaufen sich auf acht Millionen S. #

Der Kafkasteg - ein Stahlbetontragwerk - beginnt in der Kafkastraße auf Höhe der Wehlistraße mit einer vierzig Meter langen Rampe, überquert den Handelskai und die Donauuferbahn und endet auf der Dammkrone des Rechten Donaudammes. Der Steg selbst ist 85 Meter lang. Durch die Rampen ist er auch für Fußgänger mit Kinderwagen, für Behinderte und Radfahrer bequem benützbar. (Schluß) ger/ko

NNNN

"Traumhaus" im Rathaus

Utl.: Ideen für "Utopia" gesucht

=++++

8 #Wien, 17.1. (RK-KULTUR) Das Modell eines "Traumhauses" ist zur Zeit in der Stadtinformation im Wiener Rathaus zu sehen. Zweieinhalb mal zweieinhalb Meter groß, soll dieses Haus die Initialzündung für weitere phantastische, unglaubliche und utopische Ideen der Wiener Bevölkerung zur "geträumten Stadt" sein. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK stellte am Montag das Projekt der Presse vor und erklärte, das Projekt "Traumhaus - Die geträumte Stadt" richte sich vor allem an die schöpferische Phantasie der Bewohner unserer Stadt.#

Im "Traumhaus" haben die Initiatoren des Projekts, das gemeinsam mit den Wiener Festwochen verwirklicht werden soll, die beiden Architekten Eduard und Gerd NEVERSAL, sowie Alf KRAULIZ, ihre persönlichen Ideen zu diesem Thema eingebracht. Dazu zählen Wohnzellen, die "auf Reisen gehen können", ein aufblasbarer Fußboden, ein Röhrensystem zur Bewältigung des Verkehrs oder ein schwereloser Raum für Erholungszwecke.

Die Ideen, die nun von der Wiener Bevölkerung zu diesem Projekt einlangen, werden zunächst gesammelt und ausgewertet und sollen schließlich - während der Festwochen 1984 - im echten Traumhaus gezeigt werden. Dieses "Wiener Traumhaus" soll als multifunktionelles Objekt errichtet werden und sowohl als Ausstellungsort und Lebensraum wie auch als Werkstatt und Bühnenhaus dienen.

Einsendungen zu dem Projekt können unter dem Stichwort "Wiener Traumhaus" an die Stadtinformation, Rathaus, 1082 Wien, oder an das Büro Neversal, 1238 Wien, Kroissberggasse 2, geschickt werden, das auch für telefonische Auskünfte zur Verfügung steht (Tel. 88 12 04 oder 88 52 08). Jeden Freitag steht von 17 bis 18 Uhr ein Mitarbeiter des Projektes "Die geträumte Stadt" in der Stadtinformation für persönliche Auskünfte zur Verfügung. (Schluß)
gab/gg

NNNN

"Aus Wohnraum Lebensraum machen"

Utl.: Ausstellung über Wiener Siedlungsbewegung 1918 - 1934

=++++

10 #Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Ausstellung über die Wiener Siedlungsbewegung der Jahre 1918 - 1934 wurde Montag im Siedlerheim der Siedlung Hoffingergasse im 12. Bezirk eröffnet. Sie wird bis zum 5. Februar in der Hoffingergasse zu sehen sein und anschließend "auf Wanderschaft" in fünf weitere Siedlungen gehen. Sie soll als "wachsende Ausstellung" durch die Siedler selbst schrittweise ergänzt werden. Für Mitte des Jahres ist eine große gemeinsame Ausstellung geplant. #

"Die Ausstellung demonstriert, wie Vieles man für seinen Wohnbereich schaffen kann, wenn man selbst tätig wird", stellte Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER anlässlich der Ausstellungseröffnung fest. Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN wies auf die Bedeutung der Siedlerbewegung in der Ersten Republik hin, die gerade in letzter Zeit wieder starkes internationales Interesse findet. Sie kann als konsequentestes Beispiel einer wohnungswirtschaftlichen Selbsthilfe angesehen werden. Stadtrat Johann HATZL betonte, daß der verdichtete Flachbau in der Gegenwart wieder mehr Bedeutung gewinnt. Mit der Weiterentwicklung des Siedlungswesen in die Baulandkategorie "Gartenstadt" wurde zunächst ein Anfang gemacht. Allerdings sei es in Wien schwieriger, den verdichteten Flachbau in großem Umfang durchzuführen, da es nur begrenzte Flächen gibt, die bebaut werden können.

Bei der Siedlerbewegung stand nicht das einzelne Haus im Mittelpunkt der Planung, sondern die Siedlung selbst. Zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen wurden von Anfang an miteingeplant. Die Architekten sollten durch einfache Gestaltung die Einheitlichkeit der Siedlung betonen. Zahlreiche prominente Architekten wie Loos, Frank oder Schuster waren an den Planungen beteiligt. (Schluß)
ba/gg

NNNN

Führungen im Februar 1983

=++++

Wien, 17.1. (RK-TERMINE)

HISTORISCHES MUSEUM DER STADT WIEN, WIEN 4, KARLSPLATZ

- Donnerstag, 3.2. 16 Uhr Seniorenführung: "Spaziergang durch die Geschichte Wiens" (Dr. Karl Weinberger)
- Samstag, 5.2. 15 Uhr "Großes Glück im Kleinen - Alltag und Fest im Wiener Biedermeier" (Dr. Reingard Witzmann)
- Sonntag, 6.2. 10 Uhr "Sagen und Geschichten um den Stephansdom", FÜHRUNG FÜR KINDER von 8-12 Jahren. (Dr. Reingard Witzmann)
- 15 Uhr "Lebendige Vergangenheit - Wien im 19. Jahrhundert" (Dr. Reingard Witzmann)
- Donnerstag, 10.2. 16 Uhr SENIORENFÜHRUNG: "Großes Glück im Kleinen - Alltag und Fest im Wiener Biedermeier" (Dr. Reingard Witzmann)
- Samstag, 12.2. 15 Uhr Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer - Zum 100. Geburtstag am 19.3.1983" (Robert Weiß)
- Sonntag, 13.2. 10 Uhr Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer - Zum 100. Geburtstag am 19.3.1983" (Robert Weiß)
- Sonntag, 13.2. 15 Uhr Übersichtsführung durch die Schausammlung (Dr. Hans Bisanz)
- Donnerstag, 17.2. 16 Uhr SENIORENFÜHRUNG: Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer - Zum 100. Geburtstag am 19.3.1983" (Robert Weiß)
- Samstag, 19.2. 15 Uhr "Wie Wien früher aussah" FÜHRUNGEN FÜR KINDER von 8-12 Jahren (Dr. Wilhelm Deutschmann)
- Sonntag, 20.2. 10 Uhr "Als die Türken Wien belagerten" FÜHRUNGEN FÜR KINDER von 8-12 Jahren (Dr. Wilhelm Deutschmann)
- Sonntag, 20.2. 15 Uhr Übersichtsführung durch die Schausammlung (Dr. Wilhelm Deutschmann)
- Sonntag, 20.2. 16 Uhr Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer - Zum 100. Geburtstag am 19.3.1983" (Ingeborg Weißenböck-Sokolowski)
- Donnerstag, 24.2. 16 Uhr SENIORENFÜHRUNG: Übersichtsführung durch die Schausammlung (Dr. Wilhelm Deutschmann)
- Samstag, 26.2. 15 Uhr "Wien bis ans Ende des Mittelalters" (Dr. Günther Düriegl)
- Sonntag, 27.2. 10 Uhr "Anmerkungen zur Geschichte Wiens - Eine Auswahl aus der Schausammlung" (Dr. Günther Düriegl)
- Sonntag, 27.2. 15 Uhr "Vom Planriß des Augustin Hirschvogel zur Scenographie des Joseph Daniel Huber" (Dr. Günther Düriegl)
- Sonntag, 27.2. 16 Uhr Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer - Zum 100. Geburtstag am 19.3.1983" (Robert Weiß)

UHRENMUSEUM, WIEN 1, SCHULHOF 2

- Sonntag, 6.2. 10 Uhr "Biedermeieruhren, eine Wiener Spezialität" (Franz Scharinger)
- Sonntag, 6.2. 11 Uhr "Bilderuhren und ihre Spielwerke" (Franz Scharinger)
- Sonntag, 20.2. 10 Uhr "600 Jahre öffentliche Zeitmessung zu St. Stephan" (Franz Scharinger)
- Sonntag, 20.2. 11 Uhr "Automaten und Flötenuhren" (Franz Scharinger)
- Samstag, 26.2. 15 Uhr Übersichtsführung (Otto Kamleithner)
- ALLE FÜHRUNGEN MIT VORFÜHRUNGEN!

SCHUBERT-MUSEUM, WIEN 9, NUSSDORFER STRASSE 54
Sonntag, 27.2. 10.30 Uhr Übersichtsführung (Dr. Adelbert Schusser)

RÖMISCHE RUINEN UNTER DEM HOHEN MARKT, WIEN 1, HOHER MARKT 3
Dr. Ortolf Harl führt am Dienstag, dem 1., 8. und 15.2. um 16 Uhr.

NEIDHART-FRESKEN, WIEN 1, TUCHLAUBEN 19
Dr. Ortolf Harl führt am Dienstag, dem 1., 8. und 15.2. um 17 Uhr.

VIRGIL-KAPELLE, WIEN 1, U-BAHN-STATION STEPHANSPLATZ
Dr. Ortolf Harl führt am Mittwoch, dem 2., 9. und 16.2. um 16.30 Uhr.

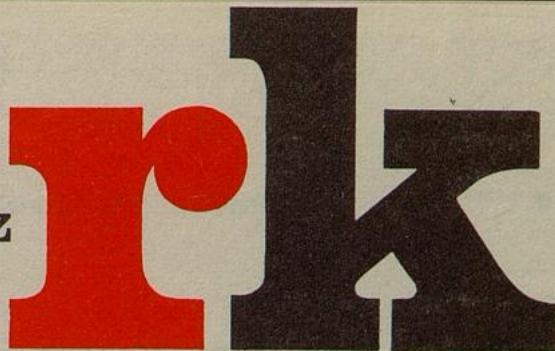
Für geschlossene Gruppen ab acht Personen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung für das Uhrenmuseum unter der Nummer 63 22 65, für das Historische Museum und die übrigen Museen und Gedenkstätten der Stadt Wien unter der Nummer 42 804/741 Kl. 49. Für Führungen durch die Sonderausstellung "Josef Matthias Hauer" stehen nur die Nachmittage an jedem Mittwoch im Februar zur Verfügung.

DIE FÜHRUNGEN SIND KOSTENLOS!

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 18. Jänner 1983

Blatt 103

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: Wr. Gemeinderat: Auflösungsbeschluß am 18. Februar
(grau)

Kommunal:
(rosa) Stadtentwicklungsplan in der Endredaktion
Soziale Dienste statt Nachbarschaftshilfe
Pressekonferenz des Bürgermeisters
Veleta: 2000 neue Kleingärten für Wien
"Wer weiß, gewinnt" - Bildungsquiz für
Junggebliebene
Kleingärten: Stundung der Aufschließungskosten
möglich

Kultur:
(gelb) 36,9 Millionen für Altstadt
Zwei Millionen für die Kinder im Libanon

Nur 17.1. Zimmerbrand im 7. Bezirk
über FS: 18.1. Klavierabend in der Villa Wertheimstein
Geburtstagsfeier im Pflegeheim Lainz

.....
Bereits am 17. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Wiener Gemeinderat: Auflösungsbeschluß am 18. Februar

=++++

11 #Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat wird in einer Geschäftssitzung am 18. Februar seine Auflösung beschließen. Doch bleiben die Gemeinderatsmitglieder auf Grund der Stadtverfassung (Paragraph 13, Abs. 2) bis zur Angelobung der neu gewählten Gemeinderäte im Amt. Es ist daher damit zu rechnen, daß die für 18. März vorgesehen gewesene Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates stattfinden wird.

Die nächste Sitzung des Wiener Gemeinderates findet Freitag, den 28. Jänner, statt. Vorher wird der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammentreten. Eine weitere Landtagssitzung ist für Freitag, den 4. Februar, in Aussicht genommen. (Schluß) pr/gg

NNNN

Stadtentwicklungsplan in der Endredaktion (1)

=++++

2 #Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung berichtete Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER Montag über den Stand der Bearbeitung jener Stellungnahmen, die zum Entwurf des Wiener Stadtentwicklungsplans eingetroffen sind. Die Stellungnahmen der Zentralstellen, der Interessenvertretungen, Körperschaften, Religionsgemeinschaften, der Bundesländer Niederösterreich und Burgenland und der Bezirksvertretungen wurden nach Sachbereichen geteilt und den jeweils zuständigen Magistratsabteilungen übergeben. Dasselbe geschah mit den Vorschlägen und Anregungen, die rund 1.300 interessierte Bürger der Stadtverwaltung übermittelt haben.

Die Vorschläge und die entsprechenden Stellungnahmen des Magistrats werden jetzt bereits von der Abteilung Stadtstrukturplanung bearbeitet und soweit wie möglich in die endgültige Fassung des Stadtentwicklungsplans aufgenommen, der dann dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Stellungnahmen, die sich auf Bezirksprobleme beschränken, werden in einem zweiten Arbeitsgang behandelt und später bei der Erstellung der Bezirksentwicklungspläne berücksichtigt werden. # (Forts.) sc/gg

NNNN

Stadtentwicklungsplan in der Endredaktion (2)

Zwtl.: Aufzüge für die neuen U-Bahnstationen

=++++

3 Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Der Ausschuß befaßte sich auch mit einem Antrag der SPÖ im Wiener Gemeinderat, die im Interesse von älteren und behinderten Menschen forderten, in Hinkunft bei den neuen U-Bahnstationen in erster Linie Aufzüge vorzusehen. Stadtrat Wurzer erklärte dazu, daß bei den Planungsarbeiten für die U-Bahnlinien U 3 und U 6 dem Einbau von Aufzügen bereits die Priorität zuerkannt wurde. Darüber hinaus ist bei Stationen mit vielen Fahrgästen und größeren zu überwindenden Höhenunterschieden auch der Einbau von Fahrtreppen vorgesehen. Die zuständige Magistratsabteilung wurde außerdem beauftragt, auf Grund der entsprechenden Erfahrungen im bisherigen U-Bahnbetrieb konkrete Richtlinien für die Zukunft zu erarbeiten. Der Bericht von Stadtrat Wurzer wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung erteilte ferner einstimmig die Bewilligung zum Einbau eines Behinderten-Schrägaufzuges im Amtshaus Schlesinger Platz 4-6 im 8. Bezirk. Ein weiterer Schrägaufzug wurde für die Wohnhausanlage Marco Polo-Platz bewilligt. Er wird es etwa 20 Schwerbehinderten ermöglichen, mit ihren Rollstühlen von der Dachterrasse zum Schwimmbecken auf dem Dach der Anlage zu gelangen. (Schluß) sc/ko

NNNN

Soziale Dienste statt Nachbarschaftshilfe

Utl.: Bezahlte Nachbarschaftshilfe auch in Wien

=++++

5 Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Das in Burgenland angewandte Modell einer "bezahlten Nachbarschaftshilfe" gibt es in Wien bereits seit etwa 30 Jahren. Auf Grund des in der Bundeshauptstadt vorhandenen gut ausgebauten Netzes an sozialen Diensten ist der Bedarf dafür allerdings nur sehr gering. Dies erklärte Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheit und Soziales. Anlaß dafür war ein von FPÖ-Gemeinderäten eingebrachter Antrag, dieses "burgenländische Modell" auch in Wien versuchsweise einzuführen.

Ausgangspunkt für diese Aktion - in deren Rahmen der Betreuer einen sogenannten Anerkennungsbeitrag des Landes erhält - war vor allem die Tatsache, daß es im Burgenland kaum noch soziale Dienste und auch sehr wenig Alters- und Pflegeheim gibt. Insgesamt werden derzeit 300 Personen mit einem Gesamtaufwand von 2,5 Millionen Schilling durch diese Form der Nachbarschaftshilfe betreut. Dazu kommt noch, daß dieses Modell nur im beschränkten Ausmaß angewendet werden kann: So stehen dafür einerseits nicht immer geeignete Mitarbeiter zur Verfügung, andererseits kann diese Betreuungsform bei pflegebedürftigen und chronisch kranken Personen nicht angewendet werden. In Wien gibt es nur noch einige 100 Fälle, in denen dauerunterstützten Personen Zuwendungen für fremde Hilfe gewährt werden. Der Großteil der hilfe- und pflegebedürftigen Personen wird in Wien durch die Mitarbeiter der diversen sozialen Dienste betreut. Allein im Rahmen der Heimhilfe sind dies gegenwärtig rund 9.600 ältere Wienerinnen und Wiener. (Schluß) zi/gg

NNNN

36,9 Millionen für Altstadt

=++++

6 #Wien, 18.1. (RK-KULTUR) Der Altstadterhaltungsbeirat beschloß in seiner letzten Sitzung die Vergabe von insgesamt 36,9 Millionen S für denkmalpflegerische Arbeiten. Prominentestes Gebäude, dessen stilgetreue Renovierung unterstützt wird, ist das Palais Ferstel, wo auch an der Fertigstellung des Cafe Central gearbeitet wird.#

(Schluß) gab/ap

NNNN

Zwei Millionen für die Kinder im Libanon

=++++

8 #Wien, 18.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Die drei Friedenskonzerte der Wiener Symphoniker Anfang dieses Jahres in Beirut erbrachten ein Einspielergebnis von zwei Millionen Schilling. Dienstag übergaben der Direktor der RIF-Bank, Dr. Willy RELLECKE, und der Generalsekretär der Wiener Symphoniker, Dr. Lutz LÜDEMANN, dem Präsidenten der Symphoniker, Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, einen Scheck über zwei Millionen. Das Geld wird sozialen Einrichtungen im Libanon, unter anderen den SOS-Kinderdörfern zugute kommen.#
(Schluß) gab/gg

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (1)

Utl.: Gratz: Noch kein Wahlkampf

=++++

9 #Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Für ihn sei jetzt noch nicht Wahlkampf, erklärte Dienstag Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner wöchentlichen Pressekonferenz. Er habe die Gemeinderatswahl ja vorverlegt, um einen kurzen Wahlkampf zu erreichen und sehe daher keinen Anlaß den Wahlkampf jetzt schon zu eröffnen. Am 16. Februar wird die Wiener SPÖ auf einer Wiener Konferenz ihr Arbeitsprogramm beschließen und es dann der Öffentlichkeit vorstellen. Die regelmäßigen Pressekonferenzen würden weitergehen, um zu zeigen, daß die Stadt wien nicht zugesperrt wird. Zu den Wahlkampfthemen wird Bürgermeister GRATZ aber ab Ende Februar gesonderte Pressekonferenzen in der SPÖ-Zentrale abhalten.#

Zwtl.: Wahlkarten

Zu dem Streit um Gesetzesänderungen betreffend die Nichtgültigkeit von Gemeinderatswahlkarten außerhalb Wiens meinte der Bürgermeister, es gebe da sicherlich Überlegungen für die Zukunft. Derzeit allerdings sei eine Änderung der gesetzlichen Lage nach Überzeugung der Rathausjuristen nicht möglich.

Zwtl.: Gaspreis

Bürgermeister GRATZ meinte auf eine Frage, von einer Verbilligung des Russengases sei ihm derzeit nichts bekannt. Er könne sich aber vorstellen, bei den Gaswerken in Zukunft eine Art Jahresausgleich einzuführen, um schwankende Gaspreise nicht dauernd verändern zu müssen. Energie solle nicht subventioniert sein, aber auch keinen Gewinn bringen. (Forts.) rö/ap

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters (2)

Utl.: Spekulationen um Grüne

=++++

13 Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Zu der von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK Montag aufgestellten Behauptung, das Antreten einer grünen Liste würde der SPÖ schaden, meinte der Bürgermeister, das gehe alles in die Bereiche von Spekulationen oder Wunschdenken. Es sei jetzt der Zeitpunkt, Meinungsumfragen eher weniger ernst zu nehmen und dafür die eigene Politik zu präsentieren.

Zwtl.: Staustufe Wien

Zu der Forderung des Gesundheitsministers Kurt Steyrer, die Staustufe Wien der Staustufe Hainburg vorzuziehen, meinte der Bürgermeister, für Wien wäre das grundsätzlich nicht uninteressant. Da aber noch keinerlei Planungen und Vorarbeiten vorhanden wären, würde ein Vorziehen der Staustufe Wien den Gesamtausbau der Donau verzögern. Damit aber würde das Kraftwerk Korneuburg nicht in Reserve gehen können, wodurch die Zusagen für das Kraftwerk Dürnrohr nicht eingehalten werden können. (Schluß) rö/ap

NNNN

Veleta: 2.000 neue Kleingärten für Wien (1)

=++++

10 #Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) In den nächsten fünf Jahren sollen 2.000 neue Kleingärten in Wien geschaffen werden, um einen Großteil der vorliegenden Ansuchen erfüllen zu können, erklärte Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, an dem auch der Vorsitzende des Kleingartenbeirates, GR. Ing. Karl SVOBODA, teilnahm. In Wien liegen derzeit insgesamt rund 2.500 Anmeldungen für Kleingärten vor. Diese Wünsche hätten nach der bisherigen Regelung kaum in absehbarer Zeit erfüllt werden können. #

Abgesehen davon gehen auch jetzt schon jährlich etwa 1.700 Kleingärten in neue Hände, größtenteils Eintrittsberechtigte wie zum Beispiel Familienangehörige, über. Die Zahl der offenen Anmeldungen blieb dennoch im wesentlichen gleich.

Die Stadt Wien hat daher in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Kleingärtner und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien eine neue Aktion ins Leben gerufen, die es möglich macht, innerhalb von fünf Jahren 2.000 neue Kleingärten in mehreren Stadtteilen Wiens zu schaffen. Dies bedeutet nicht nur die Erfüllung von Wünschen nach Kleingärten, sondern auch eine beträchtliche Vergrößerung des städtischen Erholungsraumes, da die Kleingartenanlagen tagsüber zumindest im Bereich der Hauptwege frei zugänglich sein müssen. Gleichzeitig kann auch erreicht werden, daß künftig hochgerechnet für jeweils 25, später 20 Wohnungen ein Kleingarten zur Verfügung steht. Derzeit sind es bis zu 30 Wohnungen, die auf jeden Kleingarten entfallen.

Um Spekulationen zu begegnen, soll die genaue Lage der Kleingärten derzeit noch nicht bekanntgegeben werden. Auf der Pötzleinsdorfer Höhe, wo jedoch bereits die Umwidmung auf "Erholungsgebiet/Kleingarten" vorgenommen wurde, läßt sich schon sicher sagen, daß dort auf einem 8.600 Quadratmeter Grundstück etwa 30 Kleingärten geschaffen werden sollen. Die für die Aktion erforderlichen Grundstücke werden im Kleingartenbeirat beraten und von der Stadt Wien gekauft werden. (Forts.) and/gg

Veleta: 2.000 neue Kleingärten für Wien (2)

=++++

11 #Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung von jährlich 400 Kleingärten wird Aufwendungen in Höhe von rund 40 Millionen Schilling erforderlich machen. Dabei wird von einer Kleingartengröße zwischen 300 und 350 Quadratmeter ausgegangen. Die Finanzierung ist im wesentlichen so geplant, daß etwa ein Drittel der jährlichen Einnahmen bestehender oder noch abzuschließender Kleingarten-Pachtverträge von der Stadt Wien für den Grundkauf neuer Kleingärten im Rahmen dieser Aktion verwendet werden. Ein weiterer Teilbetrag von rund elf Millionen soll durch einen Zuschlag zum Pachtschilling (2 Schilling pro Quadratmeter und Jahr) finanziert werden. Die EIGENLEISTUNG der neuen Nutzungsberechtigten wird sich am Jahrespachtzins orientieren und beträgt derzeit etwa 40.000 Schilling. Dazu kommt noch die Mehrwertsteuer. Bei Vertragsauflösung vor Ablauf von 20 Jahren würde die Pachtvorauszahlung unter Abzug einer jährlichen Quote von 5 Prozent zurückerstattet.

Um die im Rahmen dieser Aktion geschaffenen Kleingärten leichter finanzierbar zu machen, werden von der Stadt Wien gemeinsam mit der Zentralsparkasse zwei KREDITAKTIONEN mit Bürgschaft der Stadt Wien zu besonders günstigen Konditionen angeboten. Eine der beiden Kreditaktionen betrifft die AUFSCHLIESSUNGSKOSTEN. Für diesen Zweck wird ein Kredit bis maximal 100.000 Schilling und mit einer Laufzeit von zehn Jahren gewährt. Die Stadt Wien trägt die Ausfallhaftung. Die Verzinsung erfolgt zu einem Viertel Prozent unter der Wohnbaukondition der Stadt Wien, das sind also derzeit 8,75 Prozent. Die Kreditaktion wird in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs abgewickelt. Die Auszahlung erfolgt ausschließlich über den Verband. Wer ein KLEINGARTENHÄUSCHEN errichten möchte, kann dafür einen Kredit von maximal 200.000 Schilling erhalten. Auch hier beträgt die Laufzeit bis zu zehn Jahren, die Ausfallhaftung trägt die Stadt Wien, die Verzinsung liegt um ein halbes Prozent über der Wohnbaukondition der Stadt Wien, derzeit als 9,5 Prozent. (Schluß)
and/gg

"Wer weiß, gewinnt" - Bildungsquiz für Junggebliebene

=++++

12 #Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisterstellers stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eine neue Bildungsinitiative vor, die auf Anregung der für Bildung zuständigen Magistratsabteilung 13 vom Verband Wiener Volksbildung in Zusammenarbeit mit dem ORF sowie verschiedenen Bildungs- und Senioreneinrichtungen veranstaltet wird. Unter dem Titel "Wer weiß, gewinnt" startet im März ein unterhaltsames Bildungsquiz für Senioren, das Personen ab dem 55. Lebensjahr Gelegenheit geben soll, ihr im Laufe eines Lebens erworbenes Wissen anzuwenden. #

Das Quiz, dessen Konzept von Günter TOLAR stammt, der auch die Moderation übernehmen wird, wird in öffentlichen Veranstaltungen ablaufen, die vom ORF aufgezeichnet werden. Zuseher und Radiohörer sollen dazu motiviert werden, sich mit Bildung zu beschäftigen.

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER stellte fest, daß ältere Menschen beträchtliche Intelligenzreserven besitzen, die oft nicht genutzt werden. Das Quiz soll dazu anregen, Bildungsmöglichkeiten zu nutzen und so die Lebensqualität zu heben.

Anmeldeformulare für Kandidaten liegen ab kommender Woche bei folgenden Institutionen auf:

Stadtinformation, Volkshochschulen, Städtische Büchereien, Städtische Pensionistenheime und Pensionistenclubs, sowie den Zweigstellen der Zentralsparkasse.

Nähere Auskünfte erteilt die MA 13 unter der Telefonnummer 42 800/4297 Durchwahl. (Schluß) emw/ko

NNNN

Kleingärten: Stundung der Aufschließungskosten möglich

=++++

14 #Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs wird die Aufschließungskosten in "wilden" Kleingartenanlagen wie etwa auf dem Wienerberg stunden, wenn es keine Eintrittsberechtigten gibt. Das gab der Verband Dienstag in einer Sitzung des Kleingartenbeirates, dem Vertreter der Kleingärtner, Beamte der Stadtverwaltung und Mandatare angehören bekannt. #

Auf den Wienerberggründen waren von Jahrzehnten Grabeland-Siedlungen auf nicht gewidmeten Flächen entstanden. Nun will der Kleingartenverband eine Sanierung der Situation. Dies bedeutet unter anderem nicht nur eine entsprechende Parzellengröße, sondern auch die Herstellung einer geeigneten Infrastruktur. Für die Aufschließung dieser Kleingärten ist nach Schätzungen des Kleingartenverbandes pro Parzelle mit etwa 100.000 Schilling zu rechnen. Um jedoch soziale Härtefälle zu vermeiden, hat der Verband zugesagt, diese Aufschließungskosten für den Fall zu stunden, daß keine Eintrittsberechtigten, also zum Beispiel Verwandte, die später den Kleingarten übernehmen wollen, vorhanden sind. Dieser Kleingarten würde dann wieder dem Kleingartenverband zufallen.

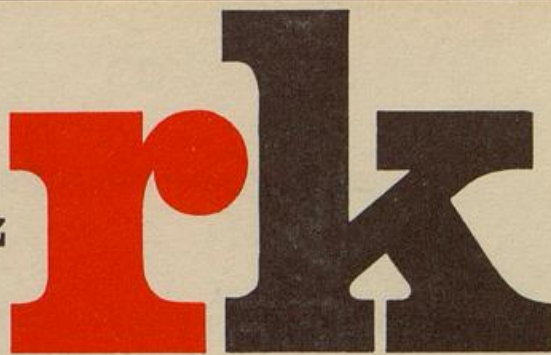
Um jedoch auch jenen Kleingärtnern, die wohl ihr kleines Fleckerl Grün haben wollen, aber nicht mehr in der Lage sind, ein eigenes Grundstück zu bewirtschaften, die Möglichkeit zu geben, sich im Grünen zu betätigen, sollen nach den Vorstellungen des Kleingärtnerverbandes in neu gewidmeten Anlagen vom Verband Hobbygärten angelegt werden, wobei sogar Werkzeughütten zur Verfügung gestellt werden.

Der Bericht über diese Vorgangsweise wurde vom Kleingartenbeirat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Beim konkreten Fall, der Dienstag in einer Wiener Tageszeitung dargestellt wurde, handelt es sich um eine nicht als Kleingarten gewidmete Fläche, auf der ohne Bewilligung ein Gebäude errichtet wurde. Obwohl dies bekannt gewesen sein muß, ging das Grundstück vor einigen Jahren in neue Hände über. Stadtrat Josef VELETA hatte bereits vor längerem den Verband beauftragt, bestehende Objekte möglichst zu erhalten. Der Kleingartenbeirat hat diese Aufforderung dem Verband in Erinnerung gebracht. (Schluß) and/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 19. Jänner 1983

Blatt 116

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Franz Hruby gestorben
ausgesendet: Wiener Wochen in Tokio eröffnet
(grau)

Kommunal: Veleta: Rascher Einbau der Staplerabdeckung bei EBS
(rosa) Wien - eine Stadt in Zahlen
Atypisches Wetter: Spitäler überfüllt
Wiener Wirtschaftstreibende diskutierten Stadtent-
wicklungsplan

Lokal: Heizkostenzuschuß rechtzeitig beantragen
(orange) Schulservice bietet Entscheidungshilfen

Kultur: Ausstellungsprogramm 1983 der Stadtbibliothek
(gelb)

Termine: Bezirksvertretungssitzungen
(weiß)

Nur Silbernes Ehrenzeichen für Dr. Werner Marzin
über FS: Konzerte für Spitalspatienten
Zwei Menschen in Künette verschüttet

.....
Bereits am 18. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Franz Hruby gestorben

=++++

16 Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) In der Nacht auf Montag, dem
17. Jänner, verstarb der 77jährige ehemalige öVP-Bezirksvorsteher-
Stellvertreter von Ottakring, Franz HRUBY. Der gelernte
Kleidermachermeister war von 1954 bis 1959 als Bezirksvorsteher-
Stellvertreter tätig. Hruby war Mitglied des österreichischen
Wirtschaftsbundes und stand bis zuletzt einem Pensionistenclub der
Selbständigen als Obmann vor. (Schluß) lei/gg

NNNN

.....
Bereits am 18. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Wiener Wochen in Tokio eröffnet (1)

Utl.: Bisher größte Auslandsveranstaltung Wiens

=++++

17 Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Im Mitsukoshi-Kaufhaus in Tokio eröffneten heute, Dienstag, Finanzstadtrat Hans MAYR und Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH die "Wien-Fair", die größte Werbeaktion, die von der Wiener Stadtverwaltung jemals im Ausland veranstaltet wurde. Geworben wird dabei um den japanischen Touristen, der mehr als bisher in die Musikstadt Wien "gelockt" werden soll, und um den japanischen Konsumenten, für den bei Mitsukoshi Produkte "Made in Vienna" zum Einkauf ausgestellt sind (von der Mozartkugel bis zum Bösendorfer-Flügel). Für die Aktion wurden aus dem Stadtbudget fast zehn Millionen Schilling bereitgestellt.

Zentrum der Präsentation ist die vom Wiener Fremdenverkehrsverband gestaltete Ausstellung "Wien - Tradition und Übergang", die letzten Herbst bereits erfolgreich in Los Angeles gezeigt worden ist. Für das auf Originalobjekte versessene japanische Publikum wurde diese Ausstellung um einige "Gustostückerln" angereichert. So wurde etwa in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum der Stadt Wien die gesamte Einrichtung des Johann-Strauß-Wohnzimmers aus der Praterstraße nach Tokio transferiert. Prof. Hans HANN, in Japan bestens bekannt, stellte ein über 200 Jahre altes Klavier zur Verfügung und nahm ein weiteres, einen echten Schubert-Flügel, für mehrere Konzerte mit, die er im Rahmen der Wien-Aktion spielt. Autographen von Haydn, Mozart und Beethoven, die Brille Schuberts, eine originale Mahler-Partitur und eine Notenskizze von Alban Berg sind weitere Kostbarkeiten unter den 136 Musikexponaten, die zum Großteil aus den Museen der Stadt Wien und der Wiener Stadt- und Landesbibliothek stammen. (Forts.) fvv/gg

NNNN

.....
Bereits am 18. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Wiener Wochen in Tokio eröffnet (2)

Utl.: "Mozart Choir Boys" und Wiener Küche

=++++

18 Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Besonderes Aufsehen bei den zahlreichen TV-Teams, die Reportagen über die Wien-Aktion drehten, erregten die Mozart-Sängerknaben, in ihren historischen Kostümen, die bei der Eröffnung den Donauwalzer sangen und tags zuvor dem japanischen Kulturminister vorgestellt wurden. Die Besucher des Mitsukoshi-Kaufhauses - es ist mehrmals größer als die größten Kaufhäuser in Wien - können einer Wiener Glasschleiferin zusehen, einen Wiener Konditor bei der Zubereitung von Mehlspeisen beobachten und Wiener Küche verkosten, die es gleichzeitig auch in Tokio Hilton-Hotel gibt. In den einzelnen Abteilungen des Kaufhauses werden österreichische, vor allem Wiener Produkte angeboten, die von einer eigenen "Einkaufsmission" - betreut von der Wiener Handelskammer - in Wien ausgesucht worden sind.

Die Zusammenarbeit mit dem Mitsukoshi-Konzern, von Stadtrat Mayr und Präsident Dittrich bereits 1981 initiiert, geht nach der Aktion in Tokio weiter. Als nächste Orte für Wien-Präsentationen sind die Konzernfilialen in Nagoya (18. bis 23. Februar) und Osaka (12. bis 17. April) bereits fixiert. (Schluß) fvv/gg

NNNN

Heizkostenzuschuß rechtzeitig beantragen

Utl.: Anmeldung für Gehbehinderte beim sozialen Notruf

=++++

1 Wien, 19.1. (RK-LOKAL) Gehbehinderte Personen, die Anspruch auf einen Heizkostenzuschuß haben, können auf Grund einer Weisung von Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER diesen ab sofort auch beim Notruf für Soziales und Gesundheit (63 77 77) anmelden. Damit soll jenen Personen, die sich nicht vertreten lassen können und die keine Angehörigen haben - der Antrag muß bekanntlich nicht persönlich gestellt werden - geholfen werden. Darüber hinaus besteht aber auch die Möglichkeit, diesen Antrag auch schriftlich per Post an das Sozialamt 1010 Wien, Schottenring 24, zu schicken. In der Folge wird der Antragsteller von einem Mitarbeiter des zuständigen sozialen Stützpunktes besucht, der ihm bei der Antragstellung hilft und den Antrag auch weiterleitet.

Das Sozialamt der Stadt Wien appelliert an alle Wienerinnen und Wiener, die anspruchsberechtigt sind, den notwendigen Antrag dafür möglichst bald zu stellen. In den Sozialreferaten der einzelnen Bezirke wurden in den ersten beiden Wochen bisher insgesamt 8.644 Anträge gestellt. Da offenbar viele Mindestpensionisten und Dauersozialhilfebezieher, aber auch Arbeitslose ihre Besuche beim Sozialreferat des Wohnbezirkes aufschieben, wird nochmals daran erinnert, daß die Antragsfrist dafür mit 31. Jänner 1983 endet. Um längere Wartezeiten in den letzten Tagen zu vermeiden, wird ersucht, bereits jetzt das Sozialreferat aufzusuchen. Mitzubringen sind der Meldezettel und ein Einkommensnachweis. Die Einkommensgrenze richtet sich nach den Richtsätzen der Sozialversicherung, das heißt, daß bei einem Nettoeinkommen von 4.078 S für einen Alleinstehenden und 5.839 S für ein Ehepaar - eine erhöhte Miete wird ebenfalls berücksichtigt - ein Heizkostenzuschuß von 500 S gewährt wird. (Schluß) zi/gg

NNNN

Veleta: Rascher Einbau der Staplerabdeckung bei EBS

Utl.: Pönaleforderungen an Lieferfirma 150.000 Schilling

=++++

2 #Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Auf einen raschen Einbau der Staplerabdeckung bei den Entsorgungsbetrieben Simmering drängt Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA die Lieferfirma, ein deutsches Unternehmen. Die Firma hat nach zahlreichen Urganzen nun zugesagt, mit der Montage Ende Jänner zu beginnen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden Pönaleforderungen der Stadt Wien in Höhe von rund 150.000 Schilling aufgelaufen sein, die die Lieferfirma zu zahlen hat. Die Eindeckung der Schlammstapler wird zu einer Verringerung der Geruchsbelästigung in Simmering führen.#

Wie Stadtrat Veleta weiter ausführte, hatte das deutsche Unternehmen nach öffentlicher Ausschreibung und Prüfung der Bonität den Auftrag zur Errichtung der Staplereindeckung erhalten. Die Arbeiten hätten bereits Ende November abgeschlossen sein sollen, doch verwies die Firma angesichts von Urganzen durch die Stadt Wien mehrmals auf Lieferschwierigkeiten. Seit einiger Zeit liegen nun die Bestandteile für die Klärschlammstaplereindeckung auf dem Gelände der Entsorgungsbetriebe, während das beauftragte Unternehmen erklärte, es fehlten noch einige Montagebestandteile, die in nächster Zeit nachgeliefert werden sollen. Definitiv hat die Firma zuletzt erklärt, mit den Arbeiten Ende Jänner zu beginnen und dafür insgesamt einen Monat (zwei Wochen pro Staplereindeckung) zu benötigen, da die Anbringung der Abdeckung technisch relativ schwierig ist.

Durch die Abdeckung werden die beiden Stapler bei den Entsorgungsbetrieben Simmering gasdicht verschlossen werden. Die Luft wird dann über Aktivkohlefilter - ähnlich wie in den Dunstabzugshauben in Küchen - abgesaugt. (Schluß) and/ap

NNNN

Wien - eine Stadt in Zahlen (1)

Zwtl.: Statistisches Jahrbuch 1981 erschienen

=++++

3 Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) "Die Stadt Wien in Zahlen" könnte man das soeben erschienene Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1981 nennen: Unzählige Daten über Bevölkerung, Gesundheit und Umwelt, Sozialwesen, Wirtschaft, Wohnungswesen, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Unterricht, Kultur, Sport usw. sind in dem rund 400 Seiten starken Band in Tabellen und graphischen Darstellungen zusammengefaßt.

Dazu Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER zur "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Die Arbeit des Statistischen Amtes der Stadt Wien ist eine wesentliche Voraussetzung sowohl für die generelle Stadtplanung wie auch für die detaillierten Stadtteilplanungen. Die regelmäßig durchgeführten Erhebungen ermöglichen es, Entwicklungstendenzen abzuschätzen und bei der Planungsarbeit zu berücksichtigen. Besonders wichtig sind dabei die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, die Verteilung der Betriebsstätten und der Beschäftigten im Stadtgebiet, die Wohnungsdaten und die Erhebungen über das Verkehrsaufkommen. Eine erfolgreiche und realisierbare Stadtentwicklungsplanung wäre ohne dieses Zahlenmaterial gar nicht denkbar".

Einige interessante Daten aus dem Jahr 1981:

- In Wien wohnten nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 12. Mai 1981 1,515.666 Menschen (tatsächlich sind es um etwa 30.000 mehr, da sich damals bekanntlich viele Wiener, die den "Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen" zweifellos in Wien haben, an ihrem Zweitwohnsitz registrieren ließen). Die wenigsten Einwohner hatte die Innere Stadt (19.191), die meisten Favoriten (145.443). In der Bundeshauptstadt waren 152.802 Ausländer polizeilich gemeldet.

(Forts.) sc/ko

NNNN

Wien - eine Stadt in Zahlen (2)

=++++

4 Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL)

- In Wien gab es 69.077 Arbeitsstätten und 769.225 Beschäftigte; die meisten im 1. Bezirk (6.994 Arbeitsstätten, 142.123 Beschäftigte), die wenigsten Arbeitsstätten im 11. Bezirk (1.594), die wenigsten Beschäftigten im 18. Bezirk (14.252).
- Es wurden 34.957 Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit 512.175 Beschäftigten registriert (234.785 Arbeiter, 277.390 Angestellte). 10.074 Betriebe hatten nur einen Beschäftigten, 38 Betriebe mehr als 1.000 Beschäftigte.
- Wien hatte 816.317 Wohnungen, entsprechend der Bevölkerungszahl am wenigsten im 1. Bezirk (11.575), am meisten im 10. Bezirk (78.706). 246.000 Wohnungen waren bereits mit Bad, Toilette und Zentralheizung ausgestattet, aber immer noch 35.000 waren ohne Wasser und Toilette in der Wohnung.
- Die öffentlich zugänglichen Parkanlagen haben eine Ausdehnung von fast 17 Millionen Quadratmetern; es stehen 83.000 Sitzplätze auf Bänken und Sesseln zur Verfügung.
- An Sportstätten gab es 1981 148 Freianlagen, 646 Sporthallen einschließlich Schulturnsäle, 23 Hallenbäder, 123 Tennisanlagen und 419 Kinderspielplätze.

In Wien braucht man weder zu verhungern, noch zu verdursten, denn es wurden 1981 nicht weniger als 6.893 Gastgewerbebetriebe gezählt, 699 allein in der Inneren Stadt. In den 1.407 Trafiken wurden rund 4 Milliarden Zigaretten und fast 11 Millionen Zigarren verkauft. Es gab in diesem Jahr in Wien 19 Eistage (Höchsttemperatur unter 0 Grad), 11 Hitzetage (Höchsttemperatur mindestens 30 Grad), 20 Nebeltage und 27 Sturmtage. Und bei jedem Wetter wurden 58.226 Hunde äußerlich geführt. (Forts.) sc/gg

Wien - eine Stadt in Zahlen (3)

=++++

5 Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1981 wurde vom Statistischen Amt der Stadt Wien herausgegeben. Es ist um 350 Schilling im Kommissionsverlag Jugend und Volk, 1010 Wien, Tiefer Graben 7-9, und im Buchhandel erhältlich. (Schluß)
sc/ap

Ausstellungsprogramm 1983 der Stadtbibliothek

=++++

7 #Wien, 19.1. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek veranstaltet auch 1983 wieder zahlreiche Ausstellungen. An weiteren Ausstellungsprojekten ist die Bibliothek durch Leihgaben und Mitarbeit beteiligt. Besonders hervorzuheben ist die Ausstellung "200 Jahre Musik in Wien", die die Stadtbibliothek im Rahmen von Wien-Wochen vom Jänner bis Ende Februar 1983 in Tokio und Nagoya zeigt. #

Im Ausstellungsgang der Bibliothek werden folgende Wechselausstellungen gezeigt:

- Jänner bis März: "Alfons Petzold - Zum 100. Geburtstag"
Gedenkausstellung
- April bis September: "österreich und der Orient" als Beitrag der
Bibliothek zum Türkenjahr 1983
- Oktober bis Dezember: "Musikalische Notenblätter" - eine Auswahl
aus dem reichen Fundus künstlerisch
gestalteter Titelblätter verschiedener
Wiener Notendrucke vom Biedermeier bis zur
Gegenwart.

Ausstellung, an denen die Bibliothek beteiligt ist:

1. "200 Jahre Tageszeitungen in Österreich" - Wien
2. "Auf Ehre und Kredit - Mozart und das Geld seiner Zeit" -
Salzburg
3. "Faust und Musik" - Wien
4. "Peru durch die Jahrtausende" - Schallaburg, Essen und weitere
deutsche Städte
5. "Lueger-Gedenkausstellung" - Wien
6. "Tausend Jahre österreichisches Judentum" - Eisenstadt
7. "Was von den Türken blieb" - St. Pölten
8. "Johannes Brahms" - Karlsruhe und Baden-Baden
9. "Josef Matthias Hauer - Zum 100. Geburtstag" - Wien

Erfahrungsgemäß wird sich die Zahl der Ausstellungen noch
wesentlich erhöhen. (Schluß) gab/gg

NNNN

Atypisches Wetter: Spitäler überfüllt

=++++

9 #Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Das atypische Wetter der letzten Wochen ist Schuld daran, daß die Internen Abteilungen von Wiens Spitälern zur Zeit überfüllt sind und die Rettung Hochbetrieb hat. Dienstag erreichten die Hilfeleistungen bei Herz- und Kreislaufkranken in Wien ihren Höhepunkt: So verzeichnete der Rettungsdienst mit 177 Einsätzen - das ist nahezu um ein Drittel mehr als im sonstigen Tagesdurchschnitt - einen Rekordtag. Davon waren 101 Interventionen in Wohnungen, wobei 53 Personen mit akuten Herz- und Kreislaufbeschwerden und elf Personen mit Herzinfarkten in ein Spital gebracht werden mußten.#

Auf Grund der zahlreichen Herz-Kreislaufpatienten, die in den letzten Tagen in ein Spital aufgenommen werden mußten, sind gegenwärtig die Internen Abteilungen in den Wiener Spitälern, wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, überfüllt. Neben der Aufstellung von Notbetten in den diversen Spitälern sind die Krankenanstalt Rudolfstiftung und das Floridsdorfer Krankenhaus seit Dienstag für jede Aufnahme gesperrt. Laut Stadtrat Stacher ist diese angespannte Situation auf dem Bettensektor aber gleichzeitig ein Beweis dafür, daß die Behauptung, in Wien gäbe es um 3.000 Betten zu viel, falsch ist. (Schluß) zi/gg

NNNN

Schulservice bietet Entscheidungshilfen

=++++

11 Wien, 19.1. (RK-LOKAL) Die Anmeldung in die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen erfolgt in der Zeit vom 14. Februar bis 5. März. Die häufigen Anfragen im Wiener Schulservice nach Schulart bzw. Schulplätzen an solchen Schulen in den letzten Jahren haben gezeigt, daß gerade in diesem Bereich der Entscheidung über die Schullaufbahn eine intensive Beratung der Schüler und Eltern notwendig ist.

Deshalb bietet das Wiener Schulservice den Eltern und Schülern Entscheidungshilfen bei eigenen Bezirkssprechtagen an folgenden Tagen an:

Mittwoch,	26. Jänner	14-18 Uhr	Hauptschule 8, Pfeilgasse 42 b
Donnerstag,	27. Jänner	14-18 Uhr	Hauptschule 10, Georg-Wilhelm-Pabst-Gasse 2 a
Freitag,	28. Jänner	14-18 Uhr	Integrierte Ganztags Gesamtschule 22, Anton-Sattler-Gasse 93
Samstag,	29. Jänner	9-12 Uhr	Hauptschule 18, Schopenhauerstraße 79.

(Schluß) red/gg

NNNN

Wiener Wirtschaftstreibende diskutierten Stadtentwicklungsplan (1)
=++++

12 #Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Rund 200 Mitglieder der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien nahmen Dienstag abend an einer Diskussion über den Entwurf des Stadtentwicklungsplans für Wien im Wiener Rathaus teil. Es kam zu einer sehr fairen und sachlichen Debatte über die Entwicklung Wiens in den nächsten Jahrzehnten. Zur Beantwortung der Fragen, die in der dreistündigen Veranstaltung aufgeworfen wurden, stellte sich Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl. Ing. Dr. Rudolf WURZER mit leitenden Mitarbeitern seines Ressorts und der Finanzverwaltung.#

An der Diskussion nahm auch ÖVP-Stadtrat Kommerzialrat Wilhelm NEUSSER teil.

Von den Kammermitgliedern wurden unter anderem folgende Vorschläge gemacht:

- In den Betriebsansiedlungsgebieten soll ausreichend Platz für Betriebserweiterungen vorhanden sein. Wohngebiete sollten nicht unmittelbar an die Betriebsgebiete heranreichen.
- Auch im dicht bebauten Gebiet müssen Gewerbebetriebe in den Höfen bestehen bleiben. Die Mischung von Betrieben und Wohnstätten sichert die Nahversorgung der Bevölkerung und bietet außerdem Arbeitsplätze in Wohngebieten. Flächenwidmungs- und Bebauungspläne müßten mindestens 20 Jahre gelten, um Fehlinvestitionen der Betriebsinhaber zu vermeiden.
- In Fußgeher- und in verkehrsberuhigten Zonen kommt es zu Schwierigkeiten bei der Zulieferung von Waren. Eine Verlängerung der erlaubten Lieferzeiten könnte eine Erleichterung bringen.

(Forts.) sc/ap

NNNN

Wiener Wirtschaftstreibende diskutierten Stadtentwicklungsplan (2)

=++++

13 Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL)

- Um die Abwanderung aus Wien zu bremsen, sollte man überlegen, ob man nicht doch auch gewisse, sehr aufgelockerte Bauten im Grüngürtel zulassen sollte. Auch sollten aus diesem Grund mehr Kleingärten geschaffen werden, zum Beispiel auf den Flächen nicht mehr bewirtschafteter Weingärten.
- Bei den U-Bahn- und Schnellbahnstationen sollten ausreichend große Parkplätze geschaffen werden, um das Umsteigen auf öffentlichen Verkehrsmittel zu erleichtern und die dichtverbauten Gebiete vom Individualverkehr zu entlasten.
- Bei Neubauten sollten mehr Parkplätze vorgesehen werden.
- Es könnten Parkplätze durch Abdeckung der Stadtbahn geschaffen werden.
- In Wien fahren in 24 Stunden rund 100.000 Personen mit dem Taxi. Das Verkehrsmittel Taxi könnte aber noch besser und schneller funktionieren, wenn es öfter möglich wäre, auf den Straßenbahngleisen zu fahren.
- Bei der Planung von Fußgeherzonen soll berücksichtigt werden, daß die Taxis besser zufahren können, um ältere oder behinderte Menschen zu ihren Wohnungen zu bringen.
- In der Inneren Stadt müßten Parkplätze für etwa 100 Touristen-Autobusse geschaffen werden.
- Der Fremdenverkehr sollte im Stadtentwicklungsplan für Wien stärker berücksichtigt werden.

(Forts.) sc/gg

Wiener Wirtschaftstreibende diskutierten Stadtentwicklungsplan (3)

=++++

14 Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Wurzer dankte den Debattenrednern für viele wertvolle Anregungen. Soweit wie möglich werde man diese bei der Endfassung des Wiener Stadtentwicklungsplanes berücksichtigen. Mehrere Wirtschaftstreibende lud er zu Besprechungen in das Rathaus ein, um ihre individuellen Probleme nach Möglichkeit zu lösen. Zur Frage der Abwanderung aus Wien betonte der Stadtrat, daß sich im Ausland, in den Vereinigten Staaten, aber zum Beispiel auch in Paris, bereits eine Trendumkehr abzeichne. Bedingt durch die hohen Treibstoffpreise und die stark gestiegenen Grundkosten im Umland, ist dort schon wieder eine Rückkehr der Bürger in die Stadt festzustellen. (Schluß)

sc/gg

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen

=++++

Wien, 19.1. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende Wiener Bezirksvertretungssitzungen statt:

DONNERSTAG, 27. JÄNNER:

Donaustadt, 22, 15 Uhr, Bezirksvorsteherung 22

Ottakring, 16, 16 Uhr, Bezirksvorsteherung 16

NNNN

TELEFONNUMMERN: 73 40

Donnerstag, 19. Jänner 1983

Blatt 129

Werte in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Wirtschaft: Sozialversicherung Nr. 40 000
1. Februar
Wirtschaft: Kontrollauswertungen
Auswertungen Nr. 100, 1000 und 10000
Hauptstadt
Symposium über "Offene Sozialpädagogik" in der
Therapie - Betreuung - Rehabilitation

Kinder- und Jugendbuchpreis 1982

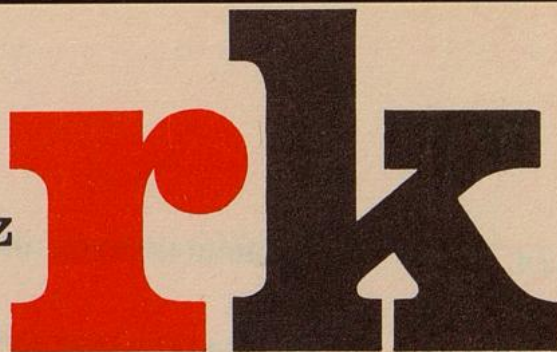
Wohnung für japanische Investoren

Wahlkalender
Führungen durch das Wiener Rathaus

19.1. Zinsveränderung im 3. Quartal
20.1. Während Ausfahrt verschoben

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 20. Jänner 1983

Blatt 130

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Gehaltserhöhung für 60.000 Gemeindebedienstete ab
(rosa) 1. Februar
Hirnschall: Kontrollausschuß arbeitet konstruktiv
Auszeichnungen für Prof. Leonhardt und Arch.
Neugebauer
Symposium über "Offene Sozialpädagogik" im Rathaus
Therapie - Betreuung - Rehabilitation

Kultur: Kinder- und Jugendbuchpreise 1983
(gelb)

Wirtschaft: Wien für japanische Investoren
(blau)

Termine: Ballkalender
(weiß) Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur
über FS: 19.1. Zimmerbrand im 3. Bezirk
20.1. Während Busfahrt verstorben

Gehaltserhöhung für 60.000 Gemeindebedienstete ab 1. Februar

=++++

1 #Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Ersten wird das Lohnsackerl der 60.000 Bediensteten der Stadt Wien und der Stadtwerrke etwas schwerer wiegen. Auf Grund des Gehaltsabschlusses vom 1. Dezember wurde nunmehr berechnet, daß es durchschnittlich 4,6 Prozent sind, um die Gemeindebedienstete ab 1. Februar mehr Gehalt erhalten. Die niedrigsten Bezüge werden um 5,1 Prozent angehoben, Spitzengehälter nur um 4 Prozent. #

Dienstzulagen steigen um 4,42 Prozent, Nebengebühren sind, soweit es sich um Überstunden handelt, vom Gehalt abhängig, die anderen erhöhen sich ebenfalls um 4,42 Prozent. Auch die Bezüge der rund 33.000 Pensionisten werden nach diesem System erhöht. Die Gesamtkosten der Gehaltserhöhung betragen 883 Millionen Schilling jährlich. (Schluß) en/ap

NNNN

Kinder- und Jugendbuchpreise 1983

Utl.: Bewerbungen bis 15. Februar

=++++

2 #Wien, 20.1. (RK-KULTUR) Bis zum 15. Februar 1983 können sich Autoren oder Verleger um die "Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien" 1983 bewerben. Die Preise, die jährlich zur Förderung wertvoller Kinder- und Jugendliteratur vergeben werden, sind für die besten neuerschienenen Kinder- und Jugendbücher österreichischer Autoren bestimmt. Bewerbungen sind mit fünf Belegexemplaren an den ständigen Sitz der Jury, Kulturamt der Stadt Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, 1082 Wien, zu schicken.#

Die eingereichten Bücher sollen im Jahr der Preisverleihung oder im vorhergegangenen Jahr in Wiener Verlagen erscheinen und erstmalig eingereicht sein. Es gibt einen Kleinkinderbuchpreis, einen Kinderbuchpreis und einen Jugendbuchpreis. Dementsprechend sollen die Bücher in ihrer Konzeption und Gestaltung dem Auffassungsvermögen von Kindern bis zum 14. bzw. Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr entsprechen.

Die Preisträger werden von einer zehnköpfigen Fachjury unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates für Kultur und Bürgerdienst ernannt. Die Entscheidung des Preisrichterkollegiums erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges und ist unwiderruflich. Mit der Vergabe der Diplome ist auch ein Geldpreis verbunden. Unabhängig von der Preiszuerkennung kann auch für die Illustration eines eingereichten Werkes eine Prämie vergeben werden. Die Stadt Wien kauft auch eine Anzahl preisgekrönter Bücher auf, und der Stadtschulrat sorgt für die Einstellung der Bücher in den Schulbüchereien. (Schluß) gab/ko

NNNN

Hirnschall: Kontrollausschuß arbeitet konstruktiv

=++++

3 Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) "Der Kontrollausschuß wird von allen im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien sehr hoch bewertet", erklärte dessen Vorsitzender, der FPÖ-Klubobmann und Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, in einem Gespräch mit "Wien aktuell-Wochenblatt".

1978 wurde der Kontrollausschuß in der Stadtverfassung verankert. Er hat das Recht, Kontrollaufträge an das Kontrollamt zu vergeben. Hirnschall: "Wir haben von dieser Möglichkeit mehrmals Gebrauch gemacht, etwa beim AKH oder bei der Rinter AG. Dazu war eine Mehrheitsentscheidung notwendig, und ich möchte objektiverweise feststellen, daß es immer möglich war, den Konsens herzustellen und begründete Prüfungsanträge einhellig zu beschließen. Das spricht für das Arbeitsklima und das Verantwortungsbewußtsein aller Ausschußmitglieder. Nach vier Jahren muß ich die Tätigkeit des Kontrollausschusses, in dem die Klubobmänner aller drei Parteien vertreten sind, als konstruktiv bezeichnen."

Da in der Berichterstattung der Medien und in der Diskussion des Gemeinderates Unzukömmlichkeiten naturgemäß eher behandelt werden als Positiva, könnte ein falscher Eindruck entstehen. Dazu Hirnschall: "Wir haben auch immer wieder Berichte, die ohne Debatte zur Kenntnis genommen werden. Das heißt nichts anderes, als daß es in diesen Bereichen keine besonderen Beanstandungen gegeben hat. "Wenn allerdings sogenannte Rohberichte, in denen noch keine Stellungnahmen der Betroffenen enthalten sind, an die Öffentlichkeit gelangen, sieht der Vorsitzende des Kontrollausschusses darin eine Gefährdung seiner Arbeit und eine Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse. Erst die Endfassungen der Berichte seien nicht mehr als geheim anzusehen. Sie sind auch später im veröffentlichten Jahresbericht des Kontrollamtes zu finden. (Schluß) roh/ap

NNNN

Wien für japanische Investoren

=++++

4 Wien, 20.1. (RK-WIRTSCHAFT) 35 Vertreter wirtschaftlich potenter japanischer Unternehmen folgten Mittwoch einer Einladung der Bank of Tokyo zu einem Investorenseminar der Stadt Wien im Tokioter Hilton-Hotel, bei dem Wien als attraktiver Standort für Betriebsansiedlungen präsentiert wurde. Finanzstadtrat Hans MAYR, der Dienstag die Wien-Werbe- und Verkaufsausstellung im Mitsukoshi-Kaufhaus eröffnete, faßte die Standortvorteile Wiens in zehn griffigen Thesen zusammen, die für Betriebe moderner Technologie bei der Errichtung neuer Produktionsstätten wichtig sind. Handelskammer-Präsident Ing. Karl DITTRICH gab einen Überblick über die Struktur der Wiener Wirtschaft und hob auch die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte in Wien hervor.

Zwtl.: Präsentation des "Vienna Office"

"Z"-Generaldirektor Dr. Karl VAK betonte, daß es keinerlei Restriktionen bei Kapitaltransfers gebe und stellte das neue "Vienna Office" in Tokio vor. Dieses Verbindungsbüro soll den Außenhandel zwischen Österreich und Japan fördern und für Wien als Betriebsstandort werben.

Die bestehenden Förderungsmaßnahmen, die von der Stadt Wien Betriebsansiedlungen geboten werden, wurden aus Anlaß des Investorenseminars in einer neuen Broschüre in japanischer Sprache vorgestellt. (Schluß) fvv/gg

NNNN

Auszeichnungen für Prof. Leonhardt und Arch. Neugebauer (1)

Utl.: Landeshauptmann Gratz überreichte Ehrenzeichen

=++++

6 #Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Leopold GRATZ überreichte Donnerstag im Wiener Rathaus das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Prof. Dr. Ing. Fritz LEONHARDT und das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Ing. Mag. Kurt NEUGEBAUER.#

An der Feier nahmen auch der Erste und Zweite Landtagspräsident, Hubert PFOCH und Fritz HAHN, teil.

Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER würdigte die Verdienste von Prof. Leonhardt als international anerkannter Brückenkonstrukteur, der unzählige Entwürfe für Brücken, unter anderem in Brasilien, Argentinien, Venezuela, Österreich, der Schweiz, Pakistan, Indien und Japan, geschaffen hat. Sein vor kurzem erschienenenes Buch "Brücken" enthält einen weltweiten Überblick über den Brückenbau. Von Prof. Leonhardt stammen aber auch andere schwierige Baukonstruktionen, wie zum Beispiel die Fernsehürme von Stuttgart und Hamburg oder die Überdachungen der Sportstätten für die Olympischen Spiele 1972 in München.

Nach dem Einsturz der Wiener Reichsbrücke übernahm Prof. Leonhardt den Vorsitz in der Jury für den Projektwettbewerb. Er hatte großen Anteil daran, daß die gute Entscheidung für das Projekt "Johann Nestroy" relativ rasch fiel und daher auch bald mit dem Neubau der Reichsbrücke begonnen werden konnte. (Forts.) sc/gg

NNNN

Auszeichnungen für Prof. Leonhardt und Arch. Neugebauer (2)

=++++

7 Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Architekt Neugebauer plante in Wien viele Wohnanlagen, Einfamilienhäuser, Firmengebäude, Spitalsbauten, Restaurants usw. und war Mitverfasser der Forschungsarbeit "Assanierung von Stadtgebieten". Neben seiner beruflichen Tätigkeit widmete er sich in besonderem Maße standespolitischen Fragen. Von 1978 bis 1982 war er Vorsitzender der Sektion Architekten in der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Landeshauptmann Gratz erinnerte in einer kurzen Ansprache daran, daß das von der Reichsbrückenjury als schönstes ausgewählte Projekt auch das billigste war. Er unterstrich die Bedeutung großer Verkehrsbauwerke, die es ermöglichen, Wohngebiete vom Durchzugsverkehr weitgehend zu entlasten. Die Südost-Tangente habe wohl in den Lebensbereich weniger Menschen eingegriffen, sie habe aber für zehntausende Menschen eine bedeutende Verbesserung gebracht. Da man nun einmal in Wien mit 600.000 Autos leben müsse, sei es um so wichtiger, Verkehrsbauwerke für den Menschen und nicht gegen den Menschen zu bauen. (Schluß) sc/gg

NNNN

Symposium über "Offene Sozialpädagogik" im Rathaus

=++++

8 #Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich eines Donnerstag im Wiener Rathaus abgehaltenen Symposiums zum Thema "Offene Sozialpädagogik" erklärte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in einem Pressegespräch, sozialpädagogische Einrichtungen müssen vielfältige individuelle Angebote stellen. Das Jugendamt der Stadt Wien führt neben Heimen für Kinder und Jugendliche auch Wohngemeinschaften, Institute für Sozialtherapie, sozialpädagogische Beratungsstellen und Info-Center. Diese ambulanten Einrichtungen befinden sich in Wohnungsnähe ihrer "Klienten".#

Die Institute für Sozialtherapie betreuen Problemfamilien, die sozialpädagogischen Beratungsstellen kümmern sich hauptsächlich um Schulkinder und die Info-Center sehen ihren Schwerpunkt darin, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen über Krisensituationen hinwegzuhelfen.

Fröhlich-Sandner betonte, das Jugendamt werde seine sozialpädagogische Arbeit auch in Zukunft auf dem bisher eingeschlagenen Weg weiterführen. Nur die breite Palette des immer stärker dezentralisierten Beratungs- und Betreuungsangebots kann den Bedürfnissen der Menschen, die Probleme haben, gerecht werden.

(Schluß) emw/gg

NNNN

Therapie - Betreuung - Rehabilitation (1)

=++++

9 #Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Sozial- und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zog Donnerstag im Rahmen einer Pressekonferenz Bilanz über die Arbeitstagung "Therapie - Betreuung - Rehabilitation", die das Kuratorium für psychosoziale Dienste vom 18. bis 20. Jänner veranstaltet hatte. In Arbeitskreisen hatten rund 75 Redner über Aufgaben und Probleme der sozialen Psychiatrie diskutiert und referiert.#

Zwtl.: Weiter reformieren

Als eines der wesentlichsten Ziele der Wiener Psychiatriereform bezeichnete Stacher die weitere Reduzierung der Patientenzahl in den psychiatrischen Krankenhäusern der Stadt Wien. In diesem Zusammenhang kündigte Stacher Gespräche mit dem polizeiärztlichen Dienst an, damit die Zwangseinweisungen in Wien gesenkt werden können. Der psychosoziale Dienst wird einen Verbindungsdienst einrichten und in ständigem Kontakt mit der Polizei stehen, um bei Einsätzen Mitarbeiter zur Verfügung stellen zu können.

Zwtl.: Alkoholkranke sind Hauptproblem

Die Tagung, so Stadtrat Stacher, habe deutlich gezeigt, daß behandlungsmotivierten Alkoholkranken in Wien ausgezeichnete Möglichkeiten zur Behandlung zur Verfügung stehen. Das Problem der "Weitertrinkenden", also der zur Behandlung und Entwöhnung nicht motivierten Alkoholkranken, ist allerdings noch nicht gelöst. Eine von Stadtrat Stacher beauftragte Arbeitsgruppe wird sich der Problematik annehmen und konkrete Techniken und Methoden zur Behandlung auch dieser Kranken erarbeiten. (Forts.) je/gg

NNNN

Therapie - Betreuung - Rehabilitation (2)

Utl.: 45.000 Kontaktgespräche

=++++

10 Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Die Möglichkeiten einer modernen humanen Psychiatrie, so Stacher, zeigen die Heime des psychosozialen Dienstes, in denen Patienten, die meist Jahre im Krankenhaus verbrachten, nunmehr aktiv am Leben teilnehmen können. In den letzten drei Jahren wurden in Wien acht psychosoziale Versorgungsregionen geschaffen. Die Mitarbeiter der psychosozialen Dienste werden - so zeigen Hochrechnungen - 1983 rund 45.000 Patientengespräche führen. Davon werden etwa 10 Prozent im Rahmen von Hausbesuchen durchgeführt werden. Etwa die Hälfte der Kontaktsuchenden kommen auf persönliche Initiative zu den psychosozialen Diensten. Adressen und Telefonnummern sind beim Notruf für Soziales und Gesundheit unter der Nummer 63 77 77 zu erfragen.

Zwtl.: Vorurteile blockieren Erfolg der Reform

Professor Erwin RINGEL übte im Namen aller Tagungsteilnehmer Selbstkritik und sagte, daß vor allem die Achtung vor dem Patienten zum Erfolg verhelfen kann. Das betrifft, so Ringel, vor allem die behandelnden Ärzte. (Schluß) je/gg

NNNN

Ballkalender

=++++

Wien, 20.1. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

SAMSTAG, 22. JÄNNER:

Ball der Pfarre Hl. Geist
 Ball des ARBö-Penzing
 Naturfreunde-Kränzchen
 Floridsdorfer Jägerball
 Konsum-Kinderball
 Ball des österreichischen Vereins
 der Angestellten der Eisen- und
 Metallbranche
 Ball der Pharmazie
 Ball der Landesinnung Wien der
 Messerschmiede
 Ball der Köche
 Kolping-Pfarrball Lichtental
 Ball der Korpingsfamilie
 Wien-Favoriten
 Schwabenball
 Franco-Bayern-Redoute
 Ball des BRG XV
 Ball der Pfarre Reindorf
 Kroatenball
 Ball der Creditanstalt-Bankverein
 Ball des Österr. Wirtschaftsbundes
 Ball der Landesinnung Wien d. Bäcker
 Kärntner Ball - Edelweiß
 Ball der Industrie und Technik
 Techniker-Cercle

Albert-Sever-Saal
 Baumgartner Casino
 Haus der Begegnung Döbling
 Haus der Begegnung Floridsdorf
 Haus der Begegnung Rudolfsheim

Hotel Bohemia
 Hofburg

Hotel Hilton
 Hotel Inter-Continental
 Kolpinghaus Alsergrund

Kolpinghaus Wien-Favoriten
 Messepalast
 Palais Auersperg
 Parkhotel Schönbrunn
 Restaurant Westbahnhof
 Schwechaterhof
 Sofiensäle
 Konzerthaus
 Kursalon
 Hotel Wimberger

Musikverein

SONNTAG, 23. JÄNNER:

Ball der Calasantiner

Hotel Wimberger

MONTAG, 24. JÄNNER:

Zuckerbäckerball

Sofiensäle

DIENSTAG, 25. JÄNNER:

Althietzinger Ball

Parkhotel Schönbrunn

MITTWOCH, 26. JÄNNER:

Ball des Vereins der Absolventen der
 Hotelfachschulen Österreichs
 Ball der Technologen

Hotel Hilton
 Sofiensäle

DONNERSTAG, 27. JÄNNER:

Ball der Technik
 Ball der Tanzschule Stollhof
 Ball der Tanzschule Wagner
 Ball der Piaristen
 Ball der Touristik

Hofburg
 Hotel Hilton
 Hotel Inter-Continental
 Palais Auersperg
 Sofiensäle

FREITAG, 28. JÄNNER:

Kameradschaftsball "Radetzky"
 Döblinger Bürgerball
 Reichsbund-Ball
 Ball des WKR
 Ball der Pensionsversicherung
 der Angestellten
 Ball der Wiener Allianz
 Ball der Maturaschule Dr. Roland
 Ball der Pfarre St. Rochus
 Ball des österr. Pfadfinderbundes
 Elektrobball
 Ball der Kath. österr. Verbindung
 Pannonia

Albert-Sever-Saal
 Haus der Begegnung Döbling
 Haus der Begegnung Mariahilf
 Hofburg

Hotel Hilton
 Hotel Inter-Continental
 Hotel Wimberger
 Kursalon
 Palais Auersperg
 Sofiensäle
 Parkhotel
 Schönbrunn

Führungen durch das Wiener Rathaus

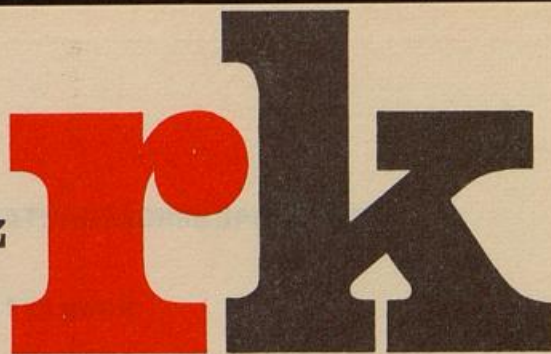
=++++

Wien, 20.1. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 21. Jänner 1983

Blatt 142

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wienfluß-Trennmauer wird saniert
(rosa) Gebührenerhöhung bei Rettung
 Nächste Woche Landtag und Gemeinderat
 Neuer Leiter für die MA 23

Lokal: Aufnahme von Schneearbeitern
(orange)

Kultur: Trend zum Theater weiter ansteigend
(gelb)

Nur Linie "60" gestört
Über FS: Störung bei der Linie "60" behoben
 Lyrik-Wettbewerb des Kulturamtes der Stadt Wien
 102. Geburtstag

Trend zum Theater weiter ansteigend

=++++

3 Wien, 21.1. (RK-KULTUR) Von Theatermüdigkeit kann unter der Wiener Bevölkerung keine Rede sein - im Gegenteil: Jüngste Bilanzen beweisen, daß die Nachfrage nach Karten immer größer wird.

Ein typisches Beispiel ist das Theater an der Wien: Im Spieljahr 1980/81 war das Haus aufgrund einer Generalrenovierung viereinhalb Monate geschlossen, daher konnten nur 213.963 Karten zum Verkauf angeboten werden. "Davon wurden 205.126 Karten abgesetzt, das bedeutet einen stolzen Prozentsatz von 95,87", betont Direktor Professor Peter Weck.

Zum Vergleich: Im Spieljahr 1976/77 betrug das Platzangebot 405.967, wovon 352.252 Karten abgesetzt wurden. Die Auslastung betrug lediglich 86,77 Prozent.

Das Theater an der Wien ist aber keineswegs eine Ausnahme. Beispielweise ist im Volkstheater die Auslastung seit dem Umbau deutlich gestiegen, wenngleich - nüchterne Zahlen können täuschen - durch das geringere Platzangebot die effektive Besucherzahl logischerweise zurückgegangen ist. (Schluß) ull/ko

NNNN

Wienfluß-Trennmauer wird saniert

=++++

4 #Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Normalerweise schlängelt sich der Wienfluß ja recht harmlos durch sein reguliertes Bett. In Hochwasserzeiten - zum Beispiel im Jahr 1975 - kann er aber anschwellen und seinen Überschwemmungsraum bis zur Unterkante der Trennmauer (bis ca 2 m Höhe) ausfüllen. An eben dieser Trennmauer zwischen U-Bahn und Flußbett werden nun in den kommenden Jahren Sanierungsarbeiten durchgeführt. Die dafür notwendigen Mittel von 3,6 Millionen Schilling wurden kürzlich vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit bewilligt. #

Gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben wird die MA 45 nun die Wienfluß-Trennmauer im Bereich der Station Pilgramgasse, genauer: zwischen Stiegerbrücke bis zum Beginn der "Großen Wienflußeinwölbung", sanieren. Dabei müssen vor allem Betonabdeckplatten erneuert und Verfugungsarbeiten durchgeführt werden. Ähnliche Sanierungsmaßnahmen wurden bereits zwischen den Stationen Ober St. Veit und Meidling vorgenommen. (Schluß) hs/ap

NNNN

Aufnahme von Schneearbeitern

=++++

5 Wien, 21.1. (RK-LOKAL) Bei Schneefällen benötigen die Wiener Verkehrsbetriebe und die Magistratsabteilung 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) dringend Aushilfskräfte für die Räumungsarbeiten. Die Stundenlöhne betragen bei Tag 29 Schilling (Verkehrsbetriebe) beziehungsweise 28 Schilling (MA 48) und bei Nacht 34 Schilling (Verkehrsbetriebe) beziehungsweise 33 Schilling (MA 48).

Die Aufnahmestellen der Verkehrsbetriebe befinden sich in den Bahnhöfen Vorgarten, Erdberg, Favoriten, Simmering, Rudolfsheim, Ottakring, Währing, Gürtel, Brigittenau und Floridsdorf sowie in der Wolfganggasse 57 in Meidling und beim Zentrum Kagran. Die MA 48 hat rund sechzig Aufnahmestellen in ganz Wien. Nähere Auskünfte - auch über den jeweiligen Bedarf an Aushilfskräften - gibt es unter der Telefonnummer 55 13 87, die Tag und Nacht besetzt ist. (Schluß)
ger/gg

NNNN

Gebührenerhöhung bei der Rettung

=++++

8 #Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag eine Erhöhung der Transportgebühren für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien. Ab 1. Februar 1983 wird die Inanspruchnahme des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes 1.500 Schilling (bisher 1.300 Schilling) kosten. Außerhalb der Wiener Stadtgrenzen erhöht sich die Gebühr für jeden gefahrenen Kilometer von 67 Schilling auf 77 Schilling. Mit dieser Erhöhung wird keine Kostendeckung erreicht - sie würde pro Einsatz 2.009 Schilling betragen.#

(Schluß) sei/ap

NNNN

Nächste Woche Landtag und Gemeinderat

=++++

9 #Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Nächste Woche am Freitag, dem 28. Jänner, 9 Uhr, tritt der Wiener Landtag zur nächsten Geschäftssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Änderung des Bezügegesetzes, die Änderung der Besoldungsordnung und die Änderung der Vertragsbedienstetenordnung. Über alle drei Gesetze wird Stadtrat Franz NEKULA referieren. Ferner wird im Landtag ein Initiativantrag auf Änderung der Gemeindewahlordnung eingebracht werden. Diese Änderung ist erforderlich, um völlig klare Bestimmungen zur gemeinsamen Durchführung von Gemeinderatswahl und Nationalratswahl zu schaffen. Für die Landtagssitzung ist keine Fragestunde vorgesehen.

Im Anschluß an den Landtag ist eine Gemeinderatssitzung mit Fragestunde vorgesehen. In dieser Sitzung wird der Antrag auf Auflösung des Wiener Gemeinderates eingebracht werden.

In einer weiteren Landtagssitzung am Freitag, dem 4. Februar, sollen dann die erforderlichen Änderungen der Gemeindewahlordnung beschlossen werden. Am Freitag, dem 18. Februar, wird dann der Gemeinderat über seine Auflösung zu bestimmen haben. Die für 18. März vorgesehen gewesene Gemeinderatssitzung findet nicht mehr statt.#

(Schluß) pr/ap

NNNN

Neuer Leiter für die MA 23

=++++

10 #Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Als neuer Leiter der Magistratsabteilung 23 (Gebäude des Sozial- und Gesundheitswesens und verschiedene Nutzbauten) wurde Senatsrat Dipl-Ing. Rudolf FOLTIN vom Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION in sein Amt eingeführt. Anwesend bei der Dekretüberreichung waren auch die Stadträte Johann HATZL und Franz NEKULA sowie OSR. Dr. Alfred PEISCHL.#

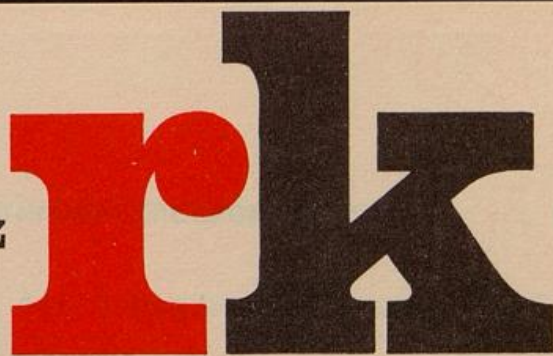
SR. Foltin wurde der Nachfolger von OSR. Dipl-Ing. Heinrich VANA, der in den Ruhestand trat. SR. Foltin wurde 1924 in Wien geboren, studierte an der Technischen Universität die Fachrichtungen Bauingenieur und Architektur und trat 1953 in den Dienst der Stadt Wien. Er erwarb sich besondere Kenntnisse auf dem Sektor des Spitalbaus und war auch mit dem Neubau des AKH befaßt. Seit 1980 war er stellvertretender Abteilungsleiter der Magistratsabteilung 23.

Stadtrat Nekula, dankte OSR Vana für seine langjährige Tätigkeit bei der Stadt Wien und wünschte dem neuen Abteilungsleiter viel Glück. Auch Stadtrat Hatzl wies auf die Verdienste OSR. Vanas hin. SR Foltin erwarten große Aufgaben. Er müsse seine Mitarbeiter motivieren und die Arbeit in der altbewährten Tradition fortsetzen. Magistratsdirektor Dr. Bandion wies darauf hin, daß er SR. Foltin schon während seiner Arbeit beim AKH als tüchtigen Mitarbeiter der Stadt Wien kennengelernt hat. Als neuer stellvertretender Abteilungsleiter wurde SR Kurt CHLUP vorgestellt. (Schluß) ba/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 22. Jänner 1983

Blatt 149

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 7.600 Quadratmeter zum Schutz des Grüngürtels gekauft
(rosa)

Lokal: Radioshow vom Opernball
(orange)

Kultur: Prämien für Kleingalerien
(gelb)

Nur Nachzüglertermine für Polioimpfung
über FS: 104jährige Landstraßerin

7.600 Quadratmeter zum Schutz des Grüngürtels gekauft

=++++

1 #Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte den Kauf eines 7.600 Quadratmeter großen Grundstücks vor dem Gütenbachtal des Lainzer Tiergartens. Damit wird ein Beitrag zum Schutz des Wiener Wald- und Wiesengürtels geleistet. #

Der Kauf der Wiese, die zum sogenannten "Dorotheerwald" in Kalksburg gehört, steht auch in Zusammenhang mit der Absicht, im Gütenbachtal nahe der Wiener Stadtgrenze einen Naturpark zu schaffen. Das praktisch unbebaute Gütenbachtal mit seinen Eichenmischwäldern, dem Ausflugsort Schießstätte, dem Pappelteich, dem Naturdenkmal Himmelwiese und der durch Wiesen aufgelockerten Waldlandschaft ist als Landschaftsschutzgebiet gewidmet und soll damit vor Zerstörung geschützt werden. Vom Naturpark Föhrenberge in Niederösterreich über das Gütenbachtal bis zum Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten gibt es damit eine große, geschützte Erholungsfläche.

Das Landschaftsschutzgebiet Gütenbachtal wird von der Mauer des Lainzer Tiergartens beim Gütenbachtal, der Wiener Landesgrenze bis zur Breitenfurter Straße, in Kalksburg weiter bis zu den Weingärten beim Naturdenkmal Himmelwiese, dem Pappelteich, dem Georgenberg (um die Wotruba-Kirche) und der verlängerten Maurer-Lange-Gasse bis zur Schießstätte und weiter zur Tiergartenmauer begrenzt. (Schluß)

and/gg

NNNN

Radioshow vom Opernball

Utl.: Der Hörfunk berichtet vier Stunden live

=++++

3 Wien, 22.1. (RK-LOKAL) Am 10. Februar wird der Hörfunk in seinem Programm 8-Regional vier Stunden lang, von 22 Uhr bis zwei Uhr früh, live vom Opernball berichten. Jörg RUMINAK wird Ehrengäste sowie Prominenz aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft interviewen; Eva KLIMEK spricht mit Leuten, die den Heurigen oder den Würstelstand besuchen; Kurt VOTAVA nimmt sich dreier Familien an, die von Radio Wien zum Opernball eingeladen wurden; Heinz FISCHER-KARWIN wird kritische Anmerkungen machen und dokumentieren, daß keineswegs an eine Hofberichterstattung gedacht ist; Herbert DOBROVOLNY ist der Moderator, der immer dann einspringen muß, wenn seine Kollegen nichts Besonderes zu berichten haben.

Das "Vorspiel" für den 10. Februar, den Tag des Opernballs 1983, hat bereits begonnen. Mehrmals täglich werden Radiohörer aufgefordert, eine Quizfrage zu beantworten. Diese lautet: "In Wien werden heuer zwei wichtige Jubiläen gefeiert. Welche?" Doch die richtige Lösung genügt noch nicht zum Mitspielen. Mit der Antwort muß die Telefonnummer bekanntgegeben werden, unter der man während des Opernballs erreichbar ist. Kurz nach Mitternacht wird Stargast Udo Jürgens Hörer anrufen und eine Frage stellen, die leicht zu beantworten ist, wenn man der bisherigen Übertragung zugehört hat. Erst wenn darauf die richtige Antwort gegeben wird, winkt Bargeld. Der erste Preis beträgt 15.000 Schilling, der zweite Preis 10.000 Schilling und der dritte Preis 5.000 Schilling. (Schluß) ull/gg

NNNN

Prämien für Kleingalerien

=++++

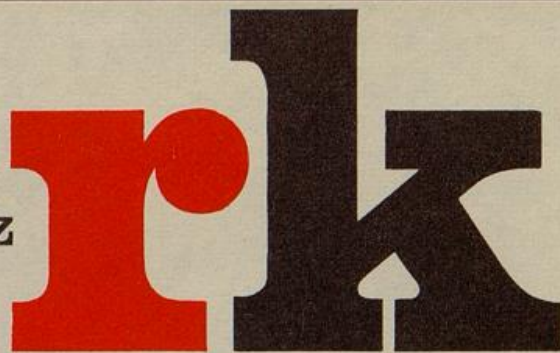
5 Wien, 22.1. (RK- KULTUR) Im Rahmen der Prämienaktion für Wiener Kleingalerien wurden im vierten Vierteljahr 1982 vier Galerien mit insgesamt 60.000 S prämiert.

Die Galerie Hummel erhielt 19.150 S, die Neue Galerie 15.320 S, die Modern Art Galerie 12.765 S und die Galerie Steinek 12.765 S. (Schluß) gab/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 24. Jänner 1983

Blatt 153

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Hofmann begrüßt Bundesstraßengesetznovelle
ausgesendet: Mobile Schwestern: 214.000 Krankenbesuche
(grau) Bgm. Gratz gratuliert Altbürgermeister Marek

Kommunal: Neues Feuerwehrfahrzeug kann Tanker abschleppen
(rosa) Zwei Millionen für Kanalbau in Simmering
"Steinhofgründe": Widmung Grünland
öVP-Forderungskatalog für Neubau des AKH

Politik: Einigung über Verkehrsverbund
(rosa)

Lokal: 30. Jänner wieder Familiensonntag
(orange)

Nur
über FS: 50.000. Besucherin im Hallenbad Donaustadt

.....
Bereits am 21. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hofmann begrüßt Bundesstraßengesetznovelle

=++++

11 #Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Die Novelle zum Bundesstraßengesetz, die am 1. April in Kraft treten soll, bringt sehr viel für den Lärmschutz in Ballungsräumen und damit in erster Linie für Wien, sagte Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Freitag in einem ORF-Interview.#

Mit der vom Parlament beschlossenen Novelle wurde ein wichtiges Anliegen der Stadt Wien verwirklicht. Bis jetzt war es nicht möglich, auch bei bestehenden Bundesstraßen entsprechende Lärmschutzmaßnahmen nachträglich durchzuführen, sondern nur bei Neubauten. Durch die Novelle wird dies nun geändert. Für den nachträglichen Einbau von Lärmschutzvorkehrungen soll ein Prozent des Bundesstraßenbudgets zur Verfügung stehen.

Der Nachholbedarf ist auf diesem Gebiet sehr groß, betonte Hofmann, sodaß dieses Programm natürlich nur schrittweise verwirklicht werden kann. Dabei werden die am stärksten belasteten Straßen Vorrang haben. Die Modalitäten für die Durchführung der Lärmschutzmaßnahmen auf bestehenden Bundesstraßen sollen durch eine Verordnung geregelt werden. (Schluß) ger/ko

NNNN

.....
Bereits am 23. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mobile Schwestern: 214.000 Hausbesuche

=++++

1 #Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Die mobilen Schwestern -
"verlängerter Arm" der praktischen Ärzte in Wien - konnten im
vergangenen Jahr einen neuen Einsatzrekord verzeichnen. Wie
Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.Prof.Dr.Alois STACHER mitteilte,
wurden von den 77 mobilen Schwestern im Jahr 1982 insgesamt 214.421
Hausbesuche, das sind um über 17.000 mehr als 1981, durchgeführt.#

Die Zahl der praktischen Ärzte, die von der Möglichkeit der
Zusammenarbeit mit den mobilen Schwestern Gebrauch machen und diese
als "verlängerten Arm" zu den Patienten schicken, stieg laut Stacher
im Vorjahr auf 552 (gegenüber 508 im Jahre 1981). Die Zahl der
betreuten Personen stieg von 4.086 (im Jahr 1981) auf 4.334.

Beachtlich sind auch die von den eingesetzten Schwestern vom 1.
Jänner bis 31. Dezember 1982 zurückgelegten Wegstrecken: nämlich
344.921 Kilometer. Dieser verstärkte Einsatz ist, wie der Stadtrat
erklärte, unter anderem auch auf die Intensivierung der
Zusammenarbeit mit den Wiener Krankenanstalten zurückzuführen, die
viele ihrer Patienten zur Weiterbetreuung schon vor der Entlassung
anmelden. Auf Grnd dieser Betreuungsmöglichkeit von frisch
entlassenen Spitalspatienten konnte, wie Stacher betonte, auch die
Aufenthaltsdauer wesentlich verkürzt werden. Abgesehen vom humaneren
Aspekt für die Patienten sind natürlich damit auch die
Behandlungskosten zu Hause wesentlich geringer als im Spital.

(Schluß) zi/ko

NNNN

.....
Bereits am 23. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Bürgermeister Gratz gratuliert Altbürgermeister Marek

=++++

2 Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ
übersandte Altbürgermeister Bruno MAREK zu seinem 83. Geburtstag
folgendes Glückwunschsreiben: "Zu Deinem Geburtstag wünsche ich
Dir im eignen Namen, namens der Stadt Wien und der Wiener
Sozialisten aus ganzem Herzen Gesundheit und viel Freude.

Dieser Tag ist eine Gelegenheit, um Dir neuerlich für all das
zu danken, was Du für unsere Stadt und für unsere Bewegung geleistet
hast.

Dein Name bleibt für immer mit den großen Weichenstellungen
verbunden, die in Deiner Amtszeit vorgenommen wurden". (Schluß)
rö/gg

NNNN

Neues Feuerwehrfahrzeug kann Tanker abschleppen

=++++

2 #Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Es kann Container für verschiedene Einsätze - vom Ölwehrcontainer bis zum Behälter mit Pölmaterial transportieren, es kann aber auch z.B. nach einem Tankerunfall liegengebliebene Tanker gleich wegschleppen: das neue Wechselladerfahrzeug der Wiener Feuerwehr, das nun um fast zwei Millionen S gekauft wird. Der Kauf wurde kürzlich vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit genehmigt.#

Wiens Feuerwehr verfügt bereits über einige Containerfahrzeuge, die je nach Bedarf verschiedene Behälter transportieren können. Pölmaterial gehört ebenso dazu wie ein Schadstoffcontainer für Einsätze, bei denen es um gefährliche Chemikalien geht, oder ein Behälter mit Auspumpvorrichtung, ein Schlauchcontainer und der Container für Öleinsätze. Das neue Fahrzeug allerdings kann nun zusätzlich auch andere Fahrzeuge bis zu einem Gewicht von 22 Tonnen abschleppen. (Schluß) hs/ap

NNNN

Zwei Millionen für Kanalbau in Simmering

=++++

3 #Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte den Bau von Straßenkanälen in Simmering. Dafür wurden Aufwendungen von zwei Millionen bewilligt. #

Die Bauarbeiten sind in der Schemerlstraße von der Mitterfeldgasse bis zur Bahnunterführung, der Lesergasse von der Zumbuschgasse bis zum Haus Nr. 19 sowie in der Gadnergasse von der Lesergasse bzw. von der Konopagasse bis zum Umkehrplatz vorgesehen. Damit wird einerseits die in angrenzenden Gebieten bereits durchgeführte Aufschließung weitergeführt, andererseits darauf Rücksicht genommen, daß in diesen Straßen neue Fahrbahnbeläge aufgebracht und spätere neuerliche Aufgrabungen vermieden werden sollen. (Schluß) and/ko

NNNN

"Steinhofgründe": Widmung Grünland (1)

Utl.: Eingliederung in den Wald- und Wiesengürtel

=++++

4 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für den 14. und 16. Bezirk wurde nun der Entwurf für das etwa 106 Hektar große Plangebiet fertiggestellt, das durch die Johann-Staud-Straße, Ameisbachzeile, Reizenpfenninggasse, Reichmanngasse, Sanatoriumstraße und den Heschweg begrenzt wird.

Nördlich des Steinhofers Parks liegen das Psychiatrische Krankenhaus "Baumgartner Höhe" und das Pulmologische Zentrum mit den dazugehörigen Freiflächen, die im Durchschnitt von etwa 3.500 Personen - Patienten und Personal mit Dienstwohnungen - genutzt werden. Die Gebäude der Krankenanstalt, vor allem die Kirche "Am Steinhof" von Otto Wagner, sind von großem baukünstlerischen Wert. Im Randbereich an der Johann-Staud-Straße befinden sich eine Kleingartenanlage und eine Feuerwache der Stadt Wien.

Auf einem Teil des im Norden des Spitalbereichs liegenden Gebietes, auf den sogenannten Steinhofgründen, sollte eine städtische Wohnhausanlage mit 855 Wohnungen errichtet werden. Bei der vom 9. bis 11. Dezember 1981 durchgeführten Volksbefragung sprach sich jedoch die Mehrheit der Teilnehmer an der Befragung gegen dieses Wohnbauprojekt aus. Als erste Maßnahme hat daraufhin das Forstamt der Stadt Wien das Grundstück für die Bevölkerung geöffnet. Nun wird der Entwurf zu einem neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgelegt, der das Areal, das für den Wohnhausbau vorgesehen war, als "Grünland/Schutzgebiet - Wald- und Wiesengürtel" festlegt. Damit wird dem Ergebnis der Volksbefragung entsprochen. Eine besondere Bestimmung soll die Errichtung eines kleinen Betreuungsstützpunktes des Forstamtes ermöglichen. (Forts.) sc/ko

"Steinhofgründe": Widmung Grünland (2)

=++++

5 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Der Planentwurf (Plannummer 5611 R) liegt vom 27. Jänner bis 24. Februar 1983 während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) sc/ap

30. Jänner wieder Familiensonntag (1)

Utl.: Auch heuer gibt es wieder das "Familiengewinnspiel"

=++++

7 #Wien, 24.1. (RK-LOKAL) Kommenden Sonntag, den 30. Jänner, gibt es wieder einen Familiensonntag. Die "Familiensonntage" werden heuer bereits zum viertenmal durchgeführt und sie erfreuen sich bereits großer Beliebtheit. Im Vorjahr haben 90.000 Besucher an den verschiedenen Aktivitäten teilgenommen.

Heuer wird jeden Monat ein "Familiensonntag" veranstaltet, mit Ausnahme der beiden Ferienmonate. Auch dieses Jahr findet wieder das "Familiensonntag-Gewinnspiel" statt. 20 attraktive "Familienpreise" werden verlost.#

Das Programm des Familiensonntag vom 30. Jänner.

- Das Wiener Künstlerhaus, 1, Karlsplatz 5, zeigt die Ausstellung aus der Sammlung Ludwig "Aspekte sowjetischer Kunst der Gegenwart". Die Ausstellung ist von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Mit dem Familiensonntag-Gutschein ist der Eintritt kostenlos.
- Blick zum Himmel in der Uranie-Sternwarte und im Planetarium. Treffpunkt für die Uranie Sternwarte ist um 11 Uhr beim Eingang Turmstiege. Das Planetarium im Prater zeigt um 15 Uhr die Schau "Zeichen am Himmel". Der Eintritt ist jeweils frei.
- Familienparty im Konzerthaus: Einlaß ist ab 14.30 Uhr. Durch das Programm der Familienparty führt Rosemarie Isopp, es gibt Spiele, Quiz, Tanz und musikalische Clowns.
- In der Bowling-Halle im Prater gibt es Gelegenheit zum verbilligten Bowlingspiel für die ganze Familie von 9 bis 17 Uhr.
- Holiday on Ice in der Wiener Stadthalle: Um 10 Uhr mit dem Familiengutschein verbilligter Eintritt.

(Forts.) fk/ko

NNNN

30. Jänner wieder Familiensonntag (2)

=++++

8 Wien, 24.1. (RK-LOKAL)

- Im Planetarium gibt es einen Filmnachmittag. Diesmal steht der Kinderfarbfilm "Ein Schneemann für Afrika" auf dem Programm. Beginn 16 Uhr, Eintritt frei. Der Film ist für Kinder ab 9 Jahren geeignet.
- Besuch im Museum: Das österreichische Museum für Volkskunde, 8, Laudongasse 15 - 19 (Palais Schönborn) lädt von 9 bis 13 Uhr unter dem Motto "Masken, Masken, Masken" zum Besuch ein. Gezeigt werden auch Filme über die Anfertigung von Masken - Kinder können selbst alte Masken aufsetzen und probieren. Eintritt frei!
- Eislaufen und Langlaufen - wenn das Wetter hält. Auf dem Natureislaufplatz 8, Schmidgasse 11, bei freiem Eintritt von 9 bis 12 Uhr.

Wenn es Schnee gibt, können die Familien die neue Langlaufloipe auf dem Cobenzl kennenlernen. Langlaufgarnituren stehen zur Verfügung. Die Ausgabezeit für Schiausrüstung ist von 9 bis 11 Uhr
Treffpunkt: 19, Cobenzl - Bushaltestelle.

Zwtl.: Telefonservice für Familiensonntage

Unter der Telefonnummer 42 800/3386 Durchwahl erhalten sie nähere Auskünfte über das Programm des Familiensonntags. (Schluß)
fk/gg

NNNN

Einigung über Verkehrsverbund

Utl.: Ab Sommer 1984 einheitliche Fahrscheine

=++++

9 #Wien, 24.1. (RK-POLITIK) Montag wurde im Verkehrsministerium bei einer Besprechung, an der Verkehrsminister LAUSECKER, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. PRÖLL für Niederösterreich, Finanzstadtrat MAYR für Wien und Finanzlandesrat Dr. VOGL für Burgenland teilnahmen, Einigung über die Errichtung eines Verkehrsverbundes im ostösterreichischen Raum erzielt. Der Verbund soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch mit Sommerfahrplan 1984, in Kraft treten. Damit wird man im Verbundraum - in Wien und in einem Umkreis von rund 50 Kilometer um Wien - mit einheitlichen Fahrscheinen fahren können.#

Die Benützung eines einheitlichen Fahrscheines bringt für die öffentlichen Verkehrsmittel geringere Einnahmen - den sogenannten Durchtarifizierungsverlust. Dieser Verlust soll zu 50 Prozent vom Bund und die restlichen 50 Prozent von den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland im Verhältnis der Platzkilometer aufgebracht werden. Das würde derzeit bedeuten, daß Wien 34 Prozent des Durchtarifizierungsverlustes, Niederösterreich 15 Prozent und Burgenland 1 Prozent bezahlen.

In die erste Phase des Verkehrsverbundes werden in Wien alle jene öffentlichen Verkehrsmittel einbezogen, die derzeit nach dem "Einheitstarif" der Wiener Verkehrsbetriebe benützt werden können. Außerdem sind die Eisenbahnlinien der Bundesbahnen und der Badner Bahn im Verbundraum enthalten. In einer zweiten Phase sollen weitere öffentliche Verkehrsmittel (Bahn- oder Buslinien) in den Verbundtarif eingeschlossen werden. (Schluß) sei/ha/ko

NNNN

ÖVP-Forderungskatalog für Neubau des AKH

Utl.: VOEST stellt schwere Mängel fest

=++++

11 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Zum ersten vorliegenden Bericht der VOEST, des neuen Beauftragten zur Errichtung des AKH, erklärten Montag Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Landestagsabgeordnete Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK in einem Pressegespräch, dieser Bericht enthalte eine einzige Mängelliste der Fehler und Versäumnisse beim Neubau des AKH. Die Wiener ÖVP fordert daher die sofortige Beauftragung eines österreichischen Konsulenten mit der Ermittlung der Betriebskosten. Im Management müsse endlich Kontinuität hergestellt werden, die Finanzierung sei sicherzustellen und man müsse einen fundierten Spitalsplan für Wien erstellen, damit man nicht eines Tages zu viele Betten habe.

Nach Ansicht der Wiener ÖVP zeige der nun vorliegende Bericht vier Risiken auf:

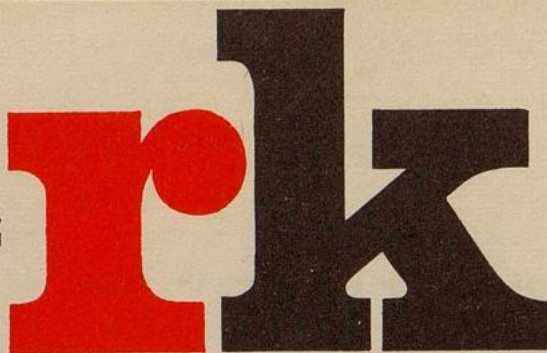
- o Ein Finanzierungsrisiko, da vor allem über die Betriebskosten keine Angaben gemacht werden können.
- o Ein Organisationsrisiko vor allem im technischen Bereich.
- o Ein medizinisches Risiko, ob der Standard des AKH gehalten werden kann.
- o Ein Übersiedlungsrisiko, wobei überlegt werden sollte, ob man nicht mit gesunden Menschen einen Probetrieb durchführen sollte.

Die Ansicht der ÖVP, das AKH stehe für Verschwendung und unfähiges Management, wird durch den VOEST-Bericht erhärtet, erklärten Busek und Schlick abschließend. (Schluß) je/ko

NNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 25. Jänner 1983

Blatt 164

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Schieder: Freue mich, daß Ludwig sein Versprechen
(grau) hält

Kommunal: Trainingskurse für Jungärzte
(rosa) Fünf Milliarden Sonderbeschäftigungsprogramm der
Stadt Wien
Graz: AKH-Änderungen sind keine Planungsfehler
Konferenz der Landessanitätsdirektoren

Termine: Bezirksvertretungssitzungen
(weiß)

Nur
über FS: Drei neue Wiener Hofräte

.....
Bereits am 24. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schieder: Freue mich, daß Ludwig sein Versprechen hält

=++++

12 #Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) "Ich freue mich, wenn der niederösterreichische Landeshauptmann Ludwig nun das Versprechen hält, das er Bürgermeister Leopold Gratz und mir gegeben hat, nämlich das Versprechen, über alle Parteigrenzen hinweg bei der Rauchgasentschwefelung Dürnrrohr sowie Wien stets für den letzten Stand der Technik einzutreten": das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer Aussendung der Pressestelle der Nö-Landesregierung, in der Ludwig eine sofortige hundertprozentige Erfassung der Rauchgase fordert.#

Bekanntlich hatte Wien gegen die ursprünglich geplante Rauchgasreinigungsanlage, die nur eine 53 prozentige Entschwefelung durchgeführt hätte, Einspruch erhoben. Dieser wurde aber nach einem Gespräch mit Handelsminister Dr. Staribacher und Landeshauptmann Ludwig zurückgezogen, da in diesem Gespräch eine höhere Entschwefelung zugesichert und als Endziel eine hundertprozentige Rauchgaserfassung mit 90prozentiger Entschwefelung festgelegt wurde.

"Gegen das Kohlekraftwerk Dürnrrohr ohne entsprechende Filter hat Wien bereits vor drei Jahren, im Jänner 1980, protestiert", sagte Schieder weiter. Das damals vorgelegte wissenschaftliche Gutachten bezeichnete der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig allerdings als "mehr als zweifelhaft".

Wien jedenfalls hat sich stets scharf gegen eine "Raubproduktion" zu Lasten der Wiener ausgesprochen und für optimale Entschwefelung in Dürnrrohr eingesetzt, betonte Schieder. In einem Interview mit der Wochenpresse allerdings erklärt Ludwig im August 82, er, Ludwig, verstehe Schieders Haltung nicht - denn die Anlage erfasse zwei Drittel des Rauchs und entschwefle ihn zu 80 Prozent. Das sei laut Ludwig "derzeit das technisch Machbare".

"Jedenfalls hoffe er, Schieder, daß die 100prozentige Erfassung tatsächlich technisch möglich ist. Bisher wurde von Verbund und Firmen ja stets erklärt, die derzeitige Lösung stelle das beste technisch Durchführbare dar. "Sollte bereits eine 100prozentige Erfassung möglich sein, so freue ich mich, daß die Forderung der Stadt Wien, die Arbeiten zur Erweiterung der Entschwefelungsanlage mit dem Ziel der 100prozentigen Erfassung voranzutreiben, erfüllt werden kann", schloß Schieder. (Schluß) hs/ap

Trainingskurse für Jungärzte

Utl.: Gemeinsame Aktion von Minister Dallinger und Stadtrat Stacher
=++++

1 #Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund eines Gesprächs über die gegenwärtige Situation der Jungärzte haben Sozialminister Alfred DALLINGER und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER folgende gemeinsame Vereinbarung getroffen: Das Bundesministerium für soziale Verwaltung wird im Rahmen des sogenannten Akademikertrainings der Arbeitsmarktverwaltung für jeden in Frage kommenden Arzt sechs Monate lang 5.000 S (einschließlich Sozialversicherung) zur Verfügung stellen. Laut Dallinger ist diese Aktion zunächst für 500 Ärzte vorgesehen. Die Stadt Wien wird die damit verbundene Ausbildung, die Organisation und die notwendigen Räume in den Spitälern bereitstellen.#

Das von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher vorgelegte medizinische Trainingsprogramm soll noch mit der Ärztekammer im Detail besprochen werden. Sowohl Bundesminister Dallinger als auch Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher hoffen, daß sich für dieses Trainingsprogramm Primarii und Ärzte der Spitäler aus Solidarität zu ihren jungen Kollegen als Ausbilder kostenlos zur Verfügung stellen werden.

Wie Sozialminister Dallinger erklärte, bietet diese Aktion die Möglichkeit, Jungärzte während der Zeit des Wartens auf eine Ausbildungsstelle in einem Krankenhaus medizinisch weiterzubilden, wobei sie auch sozialversichert sind. Der Gesundheitsstadtrat dankte dem Minister namens der Ärzte und wird veranlassen, daß alle dazu notwendigen organisatorischen Maßnahmen so schnell wie möglich in Zusammenarbeit mit der Wiener Ärztekammer getroffen werden. (Schluß)
zi/gg

NNNN

Fünf Milliarden Sonderbeschäftigungsprogramm der Stadt Wien (1)
Utl.: Heuer rund eine Milliarde für Fernwärme und Wohnungen

=++++

3 #Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ und die Stadträte Johann HATZL, Ing. Fritz HOFMANN, Hans MAYR und Josef VELETA stellten Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters ein fünf Milliarden Sonderbeschäftigungsprogramm der Stadt Wien vor, wovon noch heuer rund eine Milliarde investiert werden sollen.

Wie beim Pressegespräch betont wurde, lag die Wiener Arbeitslosenrate 1982 mit 3,3 Prozent unter dem österreichischen Durchschnitt von 3,7 Prozent. Die Bemühungen, in Wien ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau zu halten, werden auch mit dem Budget 1983 fortgesetzt. In diesem Budget sind allein 18,6 Milliarden enthalten, die an direkt nachfragewirksamen Ausgaben in die Wiener und österreichische Wirtschaft fließen. Als die Wirtschaftsforscher im Herbst und Dezember 1982 ihre Prognosen für 1983 nach unten revidierten, handelte man in Wien sofort: Bürgermeister Gratz gab den Auftrag, ein eigenes Wiener Sonderbeschäftigungsprogramm zu erarbeiten. Dieses Beschäftigungsprogramm sieht vor:

- o Für einen Ausbau der Fernwärme werden heuer nicht 500 Millionen, sondern eine Milliarde investiert.
- o Statt der vorgesehenen Förderung von 5.500 neuen Wohnungen soll eine Erweiterung auf 5.700 erfolgen. Das sind um 180 Millionen Schilling mehr für die Bauwirtschaft. Das gewaltige Instandsetzungsprogramm bei den kommunalen Wohnbauten - 1983 wird bekanntlich erstmals die Milliardengrenze überschritten - wird um 250 bis 300 Millionen Schilling erweitert. (Forts.) sei/gg

NNNN

Fünf Milliarden Sonderbeschäftigungsprogramm der Stadt Wien (2)

=++++

4 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL)

o Die zweite U-Bahn-Etappe wird rascher gebaut als geplant. Ursprünglich sollte man Jahr für Jahr maximal zwei Milliarden einsetzen. Nun wird soviel zur Verfügung gestellt, wie für ein optimales Bautempo notwendig ist. Bereits 1984 sollen mehr als zwei Milliarden, 1986/87 an die drei Milliarden investiert werden. #

Der Effekt des Wiener Sonderbeschäftigungsprogramms wird sein: Mehr umweltfreundliche Heizungen, mehr Stadterneuerung, attraktive öffentliche Verkehrsmittel in einer kürzeren Zeit und alles in allem für die Wirtschaft die Gewißheit, daß in Wien auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sinnvoll und kontinuierlich investiert wird.

Zwtl.: Konkrete Vorhaben des Beschäftigungsprogramms

Die Heizbetriebe Wien werden folgende Vorhaben durchführen:

1. Einen Fernwärmeleitungsbau nach Favoriten, zum Wienerberg und weiter zum Franz-Josef-Spital. Diese Leitung wird 170 Millionen Schilling kosten; damit verbunden ist die Umstellung von Kesselheizung auf Fernwärme im Krankenhaus.
2. Eine Leitung zum Rudolfsplatz und zur Behindertenschule. Die Kosten hierfür werden auf rund 15 Millionen Schilling geschätzt. Das Projekt ist auch aus Umweltschutzgründen interessant, weil dort die Beheizung derzeit noch mit Heizöl schwer erfolgt.

(Forts.) sei/ap

NNNN

Fünf Milliarden Sonderbeschäftigungsprogramm der Stadt Wien (3)

=++++

5 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL)

3. In der Semmelweis-Klinik soll die teilweise noch bestehende Dampfheizung auf Fernwärme umgestellt werden. Die Heizbetriebe führen bereits unter anderem eine Leitung bis zu den Sandberggründen, von der aus diese Klinik versorgt werden soll. Die Kosten werden auf 12 Millionen Schilling geschätzt.
4. Im Zusammenhang mit einer Fernwärmeleitung (Schätzkosten 5,1 Millionen) zum Mautner Markhof'schen Kinderspital kann auch das Pensionistenheim Erdberg und eine städtische Wohnhausanlage angeschlossen werden.
5. 350.000 Schilling kostet der Anschluß des Preyer'schen Kinderspitales an die Fernwärme.
6. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Übernahme der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig durch die Heizbetriebe Wien sehen die Heizbetriebe verschiedene Maßnahmen, darunter auch einen Anschluß des Hanusch-Krankenhauses vor. Das Ausbauprojekt Flötzersteig ist mit etwa 120 Millionen Schilling (ohne Leitung zum Hanusch-Krankenhaus) präliminiert.
7. Die Heizbetriebe planen, die in der Kraft-Wärme-Kupplung im Kraftwerk Simmering und bei den Entsorgungsbetrieben Simmering produzierte Fernwärme auch zur Versorgung der Siedlung Thürlhof (65 Millionen Schilling) zu nützen. Damit könnte die Verwirklichung eines Dreijahresprogrammes zur Umstellung beziehungsweise Außerbetriebnahme der Blockheizwerke Mitterweg, Thürlhof (2. Baustufe) und Mühlsangergasse (3. Baustufe) vorgezogen werden. Dafür wäre eine Förderung nach dem Fernwärmeförderungsgesetz möglich. (Forts.) sei/ko

NNNN

Fünf Milliarden Sonderbeschäftigungsprogramm der Stadt Wien (4)

=++++

6 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL)

8. Das Amalienbad wird derzeit mit Heizöl schwer mit einem 1%igen Schwefelgehalt beheizt. Das Bad soll mit geschätzten Kosten von 15,5 Millionen Schilling an die in der Nähe vorbeiführende Fernwärmeleitung angeschlossen werden.
9. Eine Leitung ist mit späterer Anschlußmöglichkeit der Firma Siemens von St. Marx zum Postzentrum, zur Zollschule und zur städtischen Wohnhausanlage Lechnergasse geplant. Sie wird etwa 47 Millionen Schilling kosten. In fernerer Zukunft ist daran gedacht, eine Verbindung zur Fernwärmeleitung beim Rudolfspital herzustellen.

Im Bereich des Wohnbaus werden gegenwärtig die Vorarbeiten geleistet, um das zusätzliche Beschäftigungsprogramm sicherzustellen. Die Größenordnung - 200 zusätzliche Neubauwohnungen und 250 bis 300 Millionen Schilling zusätzlich für die Instandsetzung - wurden bereits festgelegt. Die konkreten Vorhaben sind in Ausarbeitung.

Der Bau der U 3 wird optimal beschleunigt. Der gesamte zentrale Abschnitt von Erdberg über Landstraße, Stephansplatz und Bellaria bis zum Westbahnhof soll bereits Anfang der Neunzigerjahre fertiggestellt werden. Begonnen wird mit den Tiefbauarbeiten zur Jahreswende 1983/84 im 3. Bezirk, heuer werden umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt. Der Abschnitt Rochusgasse - Stephansplatz - Bellaria geht 1991 in Betrieb. Schon vorher kann von diesem mittleren Abschnitt aus in beiden Richtungen - nach Erdberg und zum Westbahnhof - weitergebaut werden. (Forts.) sei/gg

NNNN

Fünf Milliarden Sonderbeschäftigungsprogramm der Stadt Wien (5)

=++++

7 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) die gesamte Strecke kann somit kurze Zeit später - 1992/93 - zur Verfügung stehen.

Bereits ab 1984 werden die jährlichen Bauraten die ursprünglich vorgesehenen Höchstgrenzen von zwei Milliarden überschreiten. Für die U 3, die U 6 und für das Grundnetz ergeben sich folgende Bauraten:

1984	2.105 Millionen
1985	2.494 Millionen
1986	2.933 Millionen
1987	3.195 Millionen
1988	2.831 Millionen
1989	2.469 Millionen
1990	2.075 Millionen
1991	1.452 Millionen
1992	790 Millionen
1993	460 Millionen
1994	280 Millionen

Zur Abdeckung der nun auftretenden Finanzierungsspitzen sollen auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt Fremdmittel aufgenommen werden. Mit dem Bund sollen Finanzierungsverhandlungen geführt werden, damit der Bund die sich in den einzelnen Jahren ergebenden Bundesbeiträge entsprechend der Kostenbeteiligung 50 : 50 leistet. Bei den Auftragsvergaben soll - wenn es wirtschaftlich vertretbar ist - Wiener Baufirmen der Vorzug gegeben werden. (Forts. mögl.)
sei/ap

NNNN

Gratz: AKH-Änderungen sind keine Planungsfehler (1)

=++++

8 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Zu der neuerlich aufgeflamnten Diskussion um das Allgemeine Krankenhaus erklärte Dienstag Bürgermeister Leopold GRATZ, es falle ihm nun schon zum dritten Mal auf, daß jeder Neueingesetzte als erste Handlung feststelle, wie furchtbar die Situation sei. Das diene offenbar dazu, spätere Erfolge herauszustreichen.

Zur Frage der Umsiedlung und Teilinbetriebnahme meinte der Bürgermeister, in der Rudolfstiftung mit weniger als der Hälfte der AKH-Betten und keinem Uni-Betrieb dauerte die Inbetriebnahme ungefähr ein Jahr.

Vizebürgermeister Dr. Busek warf der Bürgermeister vor, wäre es ihm mit seinen Vorwürfen um die Sache gegangen, hätte er das Thema AKH Dienstag im Stadtsenat genau besprechen können. So aber sei es ein "Wahlkampfkiertag".

Konkret auf die von Busek beanstandeten 6 Milliarden, die durch Planungsmängel hervorgerufen wären, meinte Gratz, auch wenn Wahlen vor der Tür stehen würden, sei er nicht bereit, gewisse Dinge hinzunehmen. Seit Planungsbeginn gibt es doppelt so viele neue medizinische Fachgebiete. Es handle sich nicht um hinausgeworfenes Geld, wenn man durch Neuentwicklungen Menschenleben retten könne.
(Forts.) rö/ap

NNNN

Gratz: AKH-Änderungen sind keine Planungsfehler (2)

=++++

9 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte, die im VAMED-Bericht aufgezeigten Mängel sind in der Öffentlichkeit seit langem bekannt. Derzeit sind 50 Prozent des Bauwerkes bewältigt, und man sollte doch bedenken, daß der zweite Teil wesentlich rascher fertiggestellt werden kann, als der erste. Zum Fertigstellungstermin wollte Mayr nicht Stellung nehmen, da die VOEST bis längstens Ende dieses Jahres einen genauen Zeit- und Kostenplan vorlegen werde. Es stehe jedenfalls fest, so Mayr, daß die Neurochirurgie früher als geplant fertig und bereits heuer in Betrieb genommen werden wird. (Schluß) sei/ko

NNNN

Konferenz der Landessanitätsdirektoren

=++++

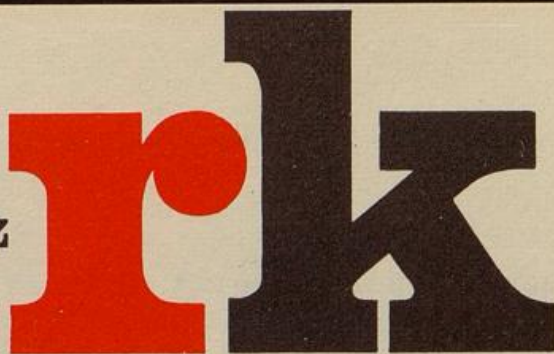
10 Wien, 25.1. (RK-KOMUNAL) Fragen der Ausbildung von technischen Sicherheitsbeauftragten in Krankenanstalten, der Impfung gegen die infektiöse Hepatitis, der gesetzlichen Regelung der Organentnahme und aktuelle Ärzteprobleme stehen unter anderen auf dem Programm einer zweitägigen Konferenz der österreichischen Sanitätsdirektoren, die heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, in Wien stattfindet. Vorsitzender der Konferenz ist Wiens Landessanitätsdirektor Oberstadtphysikus HR Dr. Ermar JUNKER.

Gesundheitsstadtrat Univ.Prof.Dr.Alois STACHER unterstrich anlässlich eines Gespräches mit den Landessanitätsdirektoren die große Bedeutung, die der Ausbildung von technischen Sicherheitsbeauftragten, gerade in Anbetracht der immer komplizierter werdenden Medizintechnik, zukommt. Der Stadtrat wies dabei auf das 1981 in der Krankenanstalt Rudolfstiftung installierte erste technische Servicezentrum Österreichs hin. Auf Grund der erfolgreichen Tätigkeit dieser Einrichtung wird, so Stacher, noch im Laufe dieses Jahres ein zweites technisches Servicezentrum in einem weiteren städtischen Spital eingerichtet werden. (Schluß) zi/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 26. Jänner 1983

Blatt 176

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Gratz: Wundere mich, daß 90%ige Entschwefelung
plötzlich möglich

Kommunal:
(rosa)

Brigittenauer beteiligten sich an Stadtteilplanung
Budgetbroschüre 1983 erschienen
AKH: neuer Termin- und Kostenplan

Lokal:
(orange)

Neue Beratungsstelle für Adoptiveltern

Kultur:
(gelb)

Preise der Stadt Wien 1983

Termine:
(weiß)

MA 64 übersiedelt

Nur
über FS:

25.1. Ehrung von BAWAG-Funktionären
26.1. 100. Geburtstag im Pensionistenheim

.....
Bereits am 25. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz: Wundere mich, daß 90prozentige Entschwefelung plötzlich
möglich

=++++

12 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Er wundere sich, daß eine
100prozentige Rauchgaserfassung und damit eine 90prozentige
Entschwefelung plötzlich möglich sei, wo doch noch vor Wochen Newag,
Verbundgesellschaft und Landeshauptmann Ludwig dies völlig
ausgeschlossen hätten, erklärte Dienstag Wiens Bürgermeister Leopold
GRATZ zu der angeblichen Versicherung Ludwigs, einen so hohen
Entschwefelungsgrad nun zu ermöglichen.

Sollte sich in den letzten Wochen ein derartiger technischer
Fortschritt ergeben haben, sei dies zweifellos nur gut für Wien,
erklärte Gratz. Im übrigen sei die Vereinbarung der Verwendung des
jeweils letzten technischen Standes nur ein Teil der Abmachungen
gewesen, die Wien nach seinem Einspruch im Gespräch mit
Handelsminister Staribacher und Landeshauptmann Ludwig im Parlament
erreicht habe. Alle technischen Neuerungen, die sich in der Zukunft
ergeben, würden selbstverständlich nach dieser Vereinbarung
berücksichtigt werden, schloß Gratz. (Schluß) rö/gg

NNNN

Brigittenauer beteiligten sich an Stadtteilplanung (1)

Utl.: Gegen Wohnhäuser am Brigittaplatz

=++++

2 #Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Die Brigittenauer sind gegen die Errichtung von zusätzlichen Wohnhäusern am Brigittaplatz. Das ist das markanteste Ergebnis einer Fragebogenaktion, die im Frühjahr 1982 in der Ausstellung "Stadtteilplanung Brigittenau" durchgeführt wurde. In dieser Ausstellung in der Bezirksvertretung war den Bewohnern des 20. Bezirks der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans vorgelegt worden, der das Gebiet zwischen Wallensteinstraße, Nordwestbahnstraße, Stromstraße, Wexstraße, Klosterneuburger Straße, Leipziger Straße und Brigittenauer Lände umfaßte. Die in der Ausstellung aufliegenden Fragebögen wurden von 285 Besuchern ausgefüllt und abgegeben. Nun liegt die statistische Auswertung der Antworten vor.#

90 Prozent der Teilnehmer an der Befragung lehnten die Errichtung zusätzlicher Wohnbauten im Bereich der städtischen Wohnhausanlagen Brigittaplatz ab. Nur 6 Prozent sprachen sich dafür aus, 4 Prozent ließen die Frage unbeantwortet. Als Gründe gegen die Bebauung wurden genannt: die Erhaltung der Grünflächen, räumliche Beengtheit und zu hohe Dichte, Beeinträchtigung von Licht und Luft und Verminderung der Wohn- und Lebensqualität.

Auf die Frage, ob durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen nach Möglichkeit eine Verkehrsberuhigung erreicht werden sollte, antworteten 43 Prozent mit ja, 27 Prozent mit nein, 30 Prozent gaben keine Antwort. Eine Verkehrsberuhigung wurde vor allem auf dem Brigittaplatz und in der Jägerstraße verlangt. (Forts.) sc/gg

NNNN

Brigittenauer beteiligten sich an Stadtteilplanung (2)

=++++

3 Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) 43 Prozent der Befragten fühlten sich in ihrer Wohnumgebung nicht beeinträchtigt, 15 Prozent fühlten sich durch Betriebe, 21 Prozent durch Verkehrslärm, 8 Prozent durch Verkehrslärm und Betriebe gestört; 13 Prozent ließen die Frage unbeantwortet. Als Störungsquellen wurden am häufigsten der Hannover Markt, das Fernheizwerk und verschiedene andere Betriebe genannt.

Zwtl.: Mehrheit für Schrägplätze

Für die Schaffung von mehr PKW-Abstellflächen durch Schrägparken sprachen sich 52 Prozent aus, dagegen 22 Prozent, 26 Prozent äußerten keine Meinung. Die Möglichkeit zum Schrägparken wurde vor allem für die Othmargasse, die Gerhardusgasse und die Hannovergasse gefordert. Eine deutliche Mehrheit der Befragten (63 Prozent) empfahl, in den Schrägparkgassen Bäume zu pflanzen.

Die Meinungen über die Versorgung mit öffentlichen Grünflächen waren ziemlich ausgeglichen: 43 Prozent hielten die Versorgung für ausreichend, 44 Prozent für nicht ausreichend. Die vorgeschlagenen Fuß- und Radwegeverbindungen, fanden bei 36 Prozent der Befragten Zustimmung, bei 25 Prozent Ablehnung, 39 Prozent äußerten dazu keine Meinung.

Die Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen usw.) wurden überwiegend (62 Prozent) als ausreichend empfunden, 7 Prozent hielten sie für nicht ausreichend (vor allem wurde eine Allgemeinbildende Höhere Schule gefordert), 31 Prozent ließen diese Frage unbeantwortet. (Forts.) sc/ap

NNNN

Brigittenauer beteiligten sich an Stadtteilplanung (3)

=++++

4 Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Erfreulich war das positive Echo der Ausstellung über die Stadtteilplanung Brigittenau: 23 Prozent der Fragebogen-Ausfüller hielten sie für sehr informativ, 50 Prozent für informativ und nur 14 Prozent für nicht genügend informativ; 13 Prozent gaben keine Antwort.

Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER und Bezirksvorsteher Anton DEISTLER sind zufrieden mit der Beteiligung der Brigittenauer an der Befragung. Die Wünsche der betroffenen Bevölkerung sollen soweit wie möglich im neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan berücksichtigt werden. Überraschend war allerdings die starke Ablehnung zusätzlicher Wohnbauten am Brigittaplatz, weil gerade diese Bauten die bestehende Wohnhausanlage vor dem Straßenlärm hätte schützen sollen. Der Bezirk und die Stadt Wien werden aber selbstverständlich den Wünschen der Bevölkerung, die diese Bauten eindeutig abgelehnt hat, Rechnung tragen. (Schluß)
sc/ko

NNNN

Budgetbroschüre 1983 erschienen

=++++

5 #Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) In der Reihe "Wiener Kommunale Schriften" ist eine vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien herausgegebene Broschüre "Budget 1983 der Bundeshauptstadt Wien" erschienen. Die Broschüre enthält neben Beiträgen von Bürgermeister Leopold GRATZ, Finanzstadtrat Hans MAYR und den drei Klubobmännern Rudolf EDLINGER (SPÖ), Fritz HAHN (ÖVP), Dr. Erwin HIRNSCHALL (FPÖ) eine Darlegung der Budgetschwerpunkte sowie einen ausführlichen Tabellenteil. In der Broschüre wird auch auf den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke eingegangen. Dazu gibt es einen Beitrag von Stadtwerke-Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN.

Wer Näheres über das Budget 1983 erfahren möchte, kann die Broschüre - sie wird kostenlos verschickt - beim Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, 1082 Wien, Rathaus, schriftlich anfordern. # (Schluß) sei/gg

NNNN

Preise der Stadt Wien 1983

Utl.: Einreichung bis 1. März

=++++

6 #Wien, 26.1. (RK-KULTUR) Auch 1983 vergibt die Stadt Wien wieder Preise für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung. Bewerbungen - Selbstbewerbung ist zulässig - können mit einem ausführlichen Lebenslauf sowie einem vollständigen Verzeichnis über Werke und Publikationen bis spätestens 1. März an das Kulturamt der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, gerichtet werden.#

Die Preise werden für hervorragende Leistungen auf den Gebieten Literatur, Publizistik, Musik, bildende Kunst, Geistes- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften und Technische Wissenschaften, Medizinische Wissenschaften sowie Volksbildung vergeben. Sie werden als Würdigung für das bisherige Gesamtwerk verliehen.

Die Preise der Stadt Wien werden nur an Einzelpersonen vergeben. Sie können auch Ausländern verliehen werden. Leistungen, die bereits mit einem Preis der Stadt Wien ausgezeichnet wurden, sind von der Vergabe ausgeschlossen. Ebenso kann Werken der reinen Unterhaltungsmusik und Bearbeitungen fremder Werke der Musik-Preis nicht zuerkannt werden. Die Preise werden vom Bürgermeister auf Empfehlung von Jurys zuerkannt. (Schluß) gab/gg

NNNN

Neue Beratungsstelle für Adoptiveltern

=++++

7 Wien, 26.1. (RK-LOKAL) Für Adoptiveltern hat das Jugendamt der Stadt Wien eine neue Beratungsstelle eingerichtet. Das Beratungsangebot richtet sich an Familien, die ein Adoptivkind aufgenommen haben. Unter der Anleitung einer Psychologin und einer Sozialarbeiterin sollen in Gruppengesprächen, aber auch in Einzelberatungen Probleme aufgearbeitet werden.

Die neue Beratungsstelle befindet sich in Wien 3, Baumgasse 12. Beratungszeit ist jeweils Montag von 16.30 Uhr bis 19.30 Uhr. Telefonische Anmeldung unter der Nummer 73 63 38. (Schluß) emw/ap

NNNN

AKH: neuer Termin- und Kostenplan

=++++

B #Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Die Geschäftsführung der VOEST-ALPINE-Medizintechnik (VAMED) legte am Mittwoch in einem Pressegespräch die Zielsetzungen zur Fertigstellung des AKH vor. Die VAMED hat von der Republik Österreich und der Stadt Wien den Auftrag erhalten, die Planung und Fertigstellung des Neubaus des Wiener Allgemeinen Krankenhauses zu veranlassen. Wie der Aufsichtsratsvorsitzende der VAMED, Dkfm. Gerald WICHER erklärte, wird bis Ende dieses Jahres in Zusammenarbeit mit der Begleitenden Kontrolle ein neuer Termin- und Kostenplan erstellt, der gemeinsam mit der Begleitenden Kontrolle den Bauherren vorzulegen ist. Der neue Termin- und Kostenplan wird nach der Genehmigung durch die ARGE-AKH rechtswirksam.#

Zwtl.: Die Stellung der Begleitenden Kontrolle

"Die VOEST-ALPINE besteht auf der Begleitenden Kontrolle", betonte Wicher, "und diese dient ja auch den Bauherren, der Republik Österreich und der Stadt Wien". Die Funktion der Begleitenden Kontrolle besteht darin, daß jeder Auftrag, der an die VOEST-ALPINE oder an eine ihrer Tochtergesellschaften gehen soll, von der Kontrolle genehmigt werden muß. Ebenso müssen Aufträge, die mehr als 100 Millionen betragen, der Begleitenden Kontrolle zur Genehmigung vorgelegt werden. Außerdem ist vertraglich gesichert, daß die Kontrolle jederzeit alle Geschäftsfälle der VAMED einsehen kann.

Zwtl.: Keine Kompensationsgeschäfte der VOEST

Auf Journalistenfragen stellte Wicher eindeutig fest, daß die VOEST-ALPINE im Zusammenhang mit dem Bau des Wiener AKH keinerlei Kompensationsgeschäfte - auch nicht durch Tochterunternehmungen - durchführt. Die VAMED habe die Pflicht, bei allen Auftragsvergaben als ordentlicher Geschäftsmann vorzugehen. (Schluß) fk/gg

NNNN

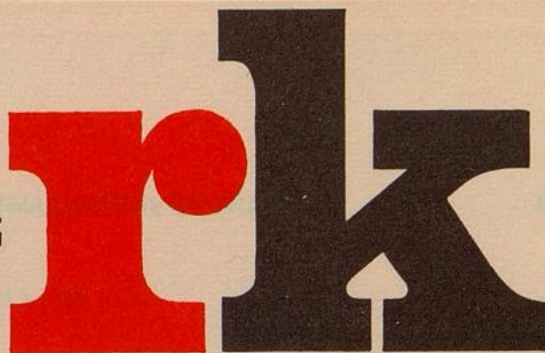
MA 64 übersiedelt
=++++

Wien, 26.1. (RK-TERMINE) Die MA 64, Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten, in der Geschäftsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten, ist übersiedelt. Die neue Adresse der MA 64 lautet: 1020 Wien, Dresdner Straße 75. Die Telefonnummer: 35 66 11.

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 27. Jänner 1983

Blatt 186

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Hofrat Dr. Denscher geht in Pension
(rosa) Wohnbau: Erstes Förderungspaket für 1983 genehmigt
Neuer Vizedirektor der Gaswerke
Neuer Direktor des Wiener Rechnungsamtes

Lokal: Ab 31. Jänner: Anmeldungen für die "Fahrt zum Schnee"
(orange) Schulschwänzer: Helfen ist besser als strafen

Termine: Ballkalender
(weiß) Führungen durch das Rathaus

Nur
über FS: 26.1. Bgm. Gratz verleiht Ehrenzeichen
Telefonanlage der Wiener Rettung wird umgebaut
27.1. Bombendrohung im Dianabad

Hofrat Dr. Denscher geht in Pension

=++++

1 #Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Der Leiter des Kulturamtes der Stadt Wien, Hofrat Senatsrat Dr. Richard DENSCHER, tritt mit Ende dieses Monats in den Ruhestand.#

Dr. Denscher, 1922 in einer Favoritner Arbeiterfamilie geboren, studierte nach dem Militärdienst Geschichte an der Wiener Universität. 1949 trat er als Erzieher in den Dienst der Stadt Wien, wurde 1960 im Kulturamt Referent für Denkmal- und Heimatpflege und für Verkehrsflächenbenennung und kam 1967 in den Presse- und Informationsdienst. Als Ausstellungsreferent war er für viele große Wien-Präsentationen in aller Welt verantwortlich. 1973 wurde Dr. Denscher zum Leiter des Informationsreferates im PID berufen, 1975 von Bürgermeister Gratz zum Leiter seines Büros. Seit 1979 war er Leiter des Kulturamtes. Der Titel "Hofrat" wurde ihm 1978 vom Bundespräsidenten verliehen. (Schluß) red/gg

NNNN

Wohnbau: Erstes Förderungspaket für 1983 genehmigt

=++++

2 #Wien, 27.1. (K-KOMMUNAL) Das erste Wohnbauförderungspaket für das heurige Jahr wurde diese Woche auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL von der Wiener Landesregierung beschlossen: Es umfaßt die Förderung von 308 neuen Wohnungen und sieben Lokalen sowie die Sanierung von drei Wohnungen und die nachträgliche Errichtung von acht Aufzügen. Insgesamt wurden dafür 184 Millionen Schilling genehmigt. Außerdem wurde im Rahmen der Althausmilliarde weitere 24,7 Millionen Schilling für die Instandsetzung von 22 Wohnhäusern bewilligt.#

Insgesamt sind es nun 109 Wohnhäuser die mit Hilfe von Kreditzuschüssen aus der Althausmilliarde renoviert werden. Die Zuschüsse dafür machten bisher 141 Millionen Schilling aus. (Schluß)
ba/gg

NNNN

Neuer Vizedirektor der Gaswerke

=++++

3 #Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Obersenatsrat Dr. Bruno ZIDEK trat am Donnerstag sein neues Amt als Vizedirektor der Wiener Gaswerke an. Zidek, Jahrgang 1932, begann bei den Wiener Stadtwerken 1947 als Lehrling.#

Nebenberuflich machte er die Matura und absolvierte ein Jusstudium und war anschließend in der Rechtsabteilung des Unternehmens tätig. Seit 1975 war Zidek Leiter der Finanzabteilung in der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke. (Schluß) ger/ko

NNNN

Ab 31. Jänner: Anmeldungen für die "Fahrt zum Schnee"

=++++

4 Wien, 27.1. (RK-LOKAL) Auch in diesen Semesterferien, und zwar vom 7. bis 11. Februar, wird das Sportamt der Stadt Wien täglich Jugendschifahrten durchführen. Teilnahmeberechtigt an der Aktion "Fahrt zum Schnee" sind Kinder und Jugendliche von 6. bis zum 16. Lebensjahr sowie deren Eltern und Geschwister. Die Busreisen führen in die schönsten Schigebiete in der Nähe der Bundeshauptstadt. Die Teilnahmekosten für die Jugendlichen betragen pro Tag 60 S, für Begleitpersonen 80 S. Kinder unter 6 Jahren können dann kostenlos mitgenommen werden, wenn sie keinen eigenen Sitzplatz beanspruchen. Anmeldungen für diese Semesterferienaktion sind bereits am 31. Jänner und 1. Februar, jeweils von 15 bis 19 Uhr sowie am 2. Februar von 8 bis 11 Uhr im Sportamt der Stadt Wien, 1, Ebendorferstraße 4, möglich. Die Abfahrt ist jeweils um 7.30 Uhr vom Rathausplatz, die Rückkehr um etwa 18 Uhr.

Bei dieser Gelegenheit gibt das Sportamt der Stadt Wien den Eltern einige Tips, damit das Schifahren für ihre Sprößlinge zum reinen Vergnügen wird:

Überprüfung der Schier, der -bindungen, -schuhe, -stöcke, ob sie in einem guten und sicheren Zustand sind;

Lassen Sie den richtigen Stand der Schische in den Sicherheitsbindngen überprüfen und eventuell im Fachhandel eine Einstellung vornehmen. Das Kind sollte mit der Bedienung der Bindung vertraut sein;

Jeder Schi muß einen geeigneten Fangriemen oder eine funktionierende Schibremse aufweisen;

Die Kleidung muß einem plötzlichen Schlechtwettereinbruch Rechnung tragen. Die Überkleidung soll weitestgehend wasserabstoßend sein.

Die Kinder der Semesterferienaktion "Fahrt zum Schnee" stehen unter der Aufsicht und Betreuung von Sportlehrern. (Schluß) hof/ko

NNNN

Neuer Direktor des Wiener Rechnungsamtes

=++++

5 #Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte Donnerstag, Amtsrat Hans KIRCHMEYER, als neuen Direktor des Rechnungsamtes der Magistratsabteilung 6, in sein Amt ein. Amtsrat Kirchmeyer folgt dem im Vorjahr verstorbenen Direktor Hofrat Josef Spindler, der mit Jahresende in Pension gehen sollte. Anwesend waren Finanzstadtrat Hans MAYR, Personalstadtrat Franz NEKULA, OSR. Dr. Alfred PEISCHL und von der Gewerkschaft Hauptgruppenobmann Arnold KARNER.#

Bei der Amtseinführung hoben die Stadträte MAYR und NEKULA, sowie Hauptgruppenobmann KARNER das außerordentlich gute Betriebsklima im Rechnungsamt und die in den letzten Jahre vorbildlich geleistete Arbeit hervor. Es sei erfreulich, daß mit Kirchmeyer ein Mann aus den eigenen Reihen Chef wird.

Amtsrat Kirchmeyer trat 1958 in den Dienst der Gemeinde Wien ein und war von der ersten Stunde an im Rechnungsamt tätig. Er erwarb sich große Verdienste bei der Umstellung von der mechanischen Buchhaltung auf die EDV. Wie gut im Rechnungsamt gearbeitet wird, zeigt die geringe Zahl von Beschwerden. Obwohl das Rechnungsamt zum Beispiel über den Exekutionsdienst jährlich über 100 Millionen S "eintreibt", können die jährlich anfallenden Beschwerden "mit beiden Händen" gezählt werden. (Schluß) sei/ap

NNNN

Schulschwänzer: Helfen ist besser als strafen (1)

=++++

7 #Wien, 27.1. (RK-LOKAL) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER bei einem Pressegespräch zum Thema "Schulverweigerung" ausführte, ist helfen besser als strafen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch alle Bemühungen von Schule und Jugendamt zu sehen, die Schulverweigerer wieder zum Schulbesuch zu motivieren.

Um "Schulschwänzer" nicht noch stärker in die Isolation zu drängen, hat sich im Anschluß an eine Enquete des Jugendamtes der Stadt Wien, die im vergangenen Juni im Rathaus stattgefunden hat, eine Kommission gebildet. In dieser Kommission werden von Vertretern des Stadtschulrates, des Jugendamtes und der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kinder- und Jugendalters Maßnahmen erarbeitet, die Schulverweigerer wieder in die Schule integrieren sollen. Wie stichprobenartige Erhebungen ergaben, schwänzen in Wien etwa 0,23 Prozent der Volksschüler, 1,73 Prozent der Hauptschüler, 6,06 Prozent der Sonderschüler und 5,57 Prozent der Schüler des Polytechnischen Lehrganges.#

Ein Drittel der Schulverweigerer fehlt über 60 Tage unentschuldigt, was nicht nur einen bildungsmäßigen Nachteil mit sich bringt, sondern auch die Gefahr von Verwahrlosung. Kinder, die den Schulbesuch verweigern, tun dies als Fluchtreaktion, die Resultat einer ungünstigen Entwicklung ist. Deshalb sollen in Zukunft Lehrer im Rahmen der Lehrerfortbildung in die Lage versetzt werden, potentielle Schulverweigerer rechtzeitig zu erkennen.

(Forts.) emw/gg

NNNN

Schulschwänzer: Helfen ist besser als Strafen (2)

=++++

8 Wien, 27.1. (RK-LOKAL) Der Schwerpunkt aller Maßnahmen, die ergriffen werden, liegt auf der Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schule und Jugendamt. Eine Therapie des Schulverweigereres ohne Mithilfe der Eltern ist so gut wie unmöglich. Daher streben alle Institutionen einen engeren Kontakt zu den Eltern der betreffenden Kinder an.

Eltern, deren Kinder "Schulverweigerer" sind, werden eingeladen, die Hilfs- und Beratungsangebote zu nützen. So bietet das Jugendamt in den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen, in den Sozialpädagogischen Beratungsstellen und in allen Bezirksjugendämtern fachmännischen Rat an. Auch die telefonische Erziehungsauskunft (63 35 33, Mo.-Fr. 8-11 Uhr) steht für Gespräche zur Verfügung. Rat und Hilfe des Jugendamtes sind selbstverständlich kostenlos.

Auch in den Wiener Schulen wird verstärkt versucht, Kinder, denen der Schulbesuch zur Last zu werden droht, intensiv zu betreuen. Im gesamten Stadtgebiet stehen bereits Beratungslehrer und Psychologen zur Verfügung, die sich ganz der Betreuungsarbeit dieser Kinder widmen. Die Betreuung erfolgt einzeln oder in Kleingruppen und umfaßt etwa ein bis zwei Stunden pro Woche. In behutsamen Gesprächen wird versucht, die Probleme der Kinder aufzuspüren und gemeinsam zu lösen. Auch der Schulpsychologische Dienst führt Beratungen durch. (Schluß) emw/ko

NNNN

Ballkalender

=++++

Wien, 27.1. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

SAMSTAG, 29. JÄNNER:

Ball der Gewerkschaft der Postbediensteten Gruppe 16/17	Albert-Sever-Saal
Ball des österr. Wirtschaftsbundes Floridsdorf	Haus der Begegnung Floridsdorf
Ball der Sportvereinigung Victoria	Haus der Begegnung Mariahilf
Ärzteball	Hofburg
Ball der Wiener Pfadfinder	Hotel Hilton
Ball der Landesinnung Wien der Lederwarenerzeuger	Hotel Inter-Continental
Jazzbandball (Gschnas) Nr. 1 "Gürteltiere"	Hotel Wimberger
Dirndlball der Pfarre Rossau	Kolpinghaus Alsergrund
Ball der Pfarre St. Johann Wien 10	Kolpinghaus Favoriten
Ball des Jung-Wiener-Clubs Meidling	Kongreßhaus
Bonbon-Ball	Konzerthaus
Albertball - Freunde des BRG Albertgasse	Kursalon
Ball des BRG Wasagasse (oberer Saal)	Kursalon
Steirerball	Messepalast
Ball der Wiener ÖVP-Währing	Palais Auersperg
Ball der Wiener Fleischer- und Selchermeistersöhne und Töchter	Parkhotel Schönbrunn
Ball der ÖVP XV	Restaurant Westbahnhof
Ball der Universität für Bodenkultur	Sofiensäle

SONNTAG, 30. JÄNNER:

Konsum Kinderball (nachm.)	Haus der Begegnung Floridsdorf
Ball des Evang. Gustav-Adolf-Vereins	Kursalon
Familienparty der Kinderfreunde	Konzerthaus

MONTAG, 31. JÄNNER:

Ball vom Grünen Kreuz (Jägerball)	Sofiensäle
-----------------------------------	------------

MITTWOCH, 2. FEBRUAR:

Hofburgball der Wiener Kaffeelieder	Hofburg
-------------------------------------	---------

DONNERSTAG, 3. FEBRUAR:

Ball der Tanzschule Rapf ökista-Gschnas (1.)	Parkhotel Schönbrunn
	Sofiensäle

FREITAG, 4. FEBRUAR:

Hofburgredoute der Wiener Faschingsgesellschaft - "Verleihung des lieben Augustin"	Hofburg
Showball der Magier	Hotel Hilton
Traber-Ball	Hotel Inter-Continental
Steirer Ball	Hotel Wimberger
Wiener Schlosserball	Palais Auersperg
Ball der Höheren Bundeslehranstalt Wien XIX	Parkhotel Schönbrunn
Ball des ÖAAB Landesberufssektion öffentlicher Dienst	Kursalon
Finanzball	Sofiensäle

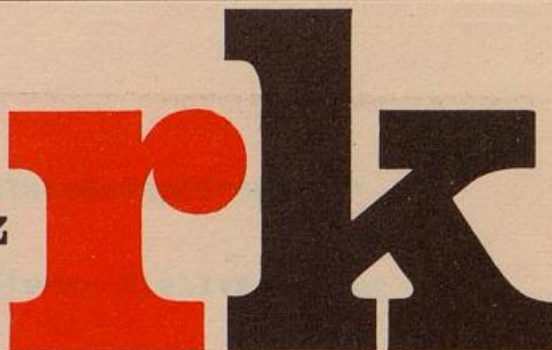
Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 27.1. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 28. Jänner 1983

Blatt 195

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Wiener Landtag
Der Antrag auf Auflösung des Gemeinderates
Donaustadt: Neuer Bezirksvorsteher-Stellvertreter
AKH: Firmen haften für Mängel

Donaustadt: Neuer Bezirksvorsteher-Stellvertreter

=++++

1 #Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Die Bezirksvertretung Donaustadt wählte am Donnerstag Bezirksrat Karl REGNER (ÖVP) zum neuen Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 22. Bezirkes.#

Karl Regner, geb. 1949, ist Lehrer an einem Polytechnischen Lehrgang in der Donaustadt. Die Neuwahl wurde nötig, weil der bisherige Bezirksvorsteher-Stellvertreter der ÖVP, Komm.-Rat Emmerich FASCHING krankheitshalber sein Amt zur Verfügung gestellt hat. Fasching war seit 1969 Bezirksvorsteher-Stellvertreter im 22. Bezirk. (Schluß) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Gesetzesvorlagen und Anträge

=++++

2 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Präsident Hubert PFOCH trat der Wiener Landtag am Freitag zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung begann mit einem Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Wohnbaustadtrat Franz GLASERER, dessen Verdienste von Pfoch gewürdigt wurden.

Für eine Anfrage der FPÖ betreffend die Sicherung des vollen Wahlrechtes der Wiener Wahlkartenwähler außerhalb Wiens sowie für eine Anfrage der ÖVP, betreffend gesetzliche Maßnahmen, um Wiener Wahlkartenwählern auch außerhalb Wiens das Stimmrecht für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen zu sichern, wurde die Dringlichkeit verlangt.

Stadtrat NEKULA (SPÖ) beantragte Novellierungen des Wiener Bezügegesetzes, der Besoldungsordnung und der Vertragsbedienstetenordnung. Damit werden auf Bundesebene für den Bereich des öffentlichen Dienstes bereits beschlossene Änderungen auch für Wien vollzogen. Die Pensionsbeiträge der Mandatäre werden daher von sieben auf 13 Prozent beziehungsweise von neun auf 16 Prozent erhöht.

Die drei Gesetzesvorlagen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Initiativanträge zu Gesetzesvorlagen der ÖVP betreffend eine Änderung der Stadtverfassung, die Einführung der Briefwahl und die Abänderung der Wiener Gemeindewahlordnung sowie eine Gesetzesvorlage der SPÖ und ÖVP betreffend eine Änderung der Gemeindewahlordnung wurden zugewiesen. Ebenfalls zugewiesen wurde ein Antrag der ÖVP betreffend einen Datenschutzbeauftragten für Wien. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

3 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Eine dringliche Anfrage zur Sicherung des vollen Wahlrechtes der Wiener Wahlkartenwähler, die am 24. April außerhalb Wiens ihre Stimme abgeben, wurde von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) eingebracht.

LAbg. Hirnschall (FPÖ) begründete die Dringlichkeit der Anfrage aus der Tatsache, daß es nur noch 86 Tage bis zur Wahl sind. Bei der letzten Gemeinderatswahl gab es 66.000 Wiener Wahlkartenwähler, 1974 waren es 70.000 Wahlkartenwähler. Nun sollen rasch Gespräche mit dem Innenministerium geführt werden, damit diesen rund 70.000 Wienern ihr Stimmrecht gesichert wird.

Abstimmung über die Dringlichkeit: einstimmig angenommen.

LAbg. Hirnschall stellte nun fest, daß nach der derzeitigen Rechtslage die Wiener Wahlkartenwähler außerhalb Wiens ihre Stimme nur für die Nationalratswahl abgeben können, gleichzeitig jedoch ihr Wahlrecht für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen einbüßen. Als einfache Lösung wäre denkbar, daß die im Bundesgebiet eingesetzten Wahlbehörden, die von Wiener Wahlkartenwählern abgegebenen Wahlkuverts zur Auszählung weiterleiten. Die FPÖ habe bereits vor der Volkszählung vor der "wilden Kopfjagd" auf Zweitwohnungsbesitzer gewarnt und warnte nun wiederum vor dem Chaos um die 70.000 Wahlkartenwähler. LAbg. Hirnschall kann an seinem Vorschlag keine verfassungsrechtliche Bedenklichkeit erblicken. Verfassungsrechtlich bedenklich wäre es dagegen, den Wienern ihr Wahlrecht vorzuenthalten. Als möglichen Grund, weshalb sich die Wiener SPÖ mit dem Vorschlag der FPÖ nicht anfreunden kann, sieht Hirnschall den geringen Prozentsatz von SPÖ-Stimmen unter den Wahlkartenwählern. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

4 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) LABg. MAYRHOFER (SPÖ) verwies darauf, daß es bei gleichzeitiger Wahldurchführung im April für alle drei Wahlvorgänge, Nationalrat, Gemeinderat und Bezirksvertretung, gemeinsame Wahlbehörden gibt, die funktional anderen Rechtsträgern zugeordnet sind. Diese Rechtsträger sind entweder Bund oder ein Bundesland. Der Wiener Landesgesetzgeber habe aber keine Möglichkeit, ein anderes Bundesland gesetzlich zu verpflichten. Es wäre eine Zustimmung des Bundes nötig, ja sogar eine Verfassungsänderung müßte durchgeführt werden, darüber hinaus müßten die Wahlordnungen aller anderen acht Bundesländer ebenfalls geändert werden. "Die Bundesverfassung sollte nicht aufgrund tagespolitischer Ereignisse geändert werden", meinte LABg. MAYRHOFER.

Auch die Mehrheitspartei sei daran interessiert, daß die Wahlbeteiligung hoch ist, fuhr der Redner fort. Es ist kein einziger Wiener Wähler ausgeschlossen, betonte MAYRHOFER. Zum Problem der Zweitwohnungsbesitzer sagte MAYRHOFER, daß es diese auch in den anderen Landeshauptstädten gebe. Um den Zweitwohnungsbesitzern im Umkreis von Wien die Möglichkeit zu geben, auch an der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl teilzunehmen, werde in Wien die Wahlzeit verlängert. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

5 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) In Beantwortung der dringlichen Anfrage gab Landeshauptmann Leopold GRATZ bekannt, daß er sofort nach Eintreffen der ersten Pressemeldungen bezüglich Unsicherheiten bei der Abgabe von Wahlkarten habe feststellen lassen, ob der Wiener Landesgesetzgeber sicherstellen könne, daß Wiener Wähler zur Abgabe ihrer Stimme zu den Wiener Gemeinderatswahlen, von Wahlbehörden außerhalb Wiensberechtigt seien. Dabei habe sich folgendes ergeben:

Gemäß § 110 der Nationalratswahlordnung können mit der Wahl zum Nationalrat andere allgemeine Wahlen gemeinsam durchgeführt werden, wenn die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Mitwirkung der für die Nationalratswahl berufenen Wahlbehörden erteilt hat. Es hat daher, da die Nationalratswahlordnung die Art der gemeinsam durchgeführten Wahlen nicht begrenzt, den Anschein, als könnte mit Zustimmung der Bundesregierung die Durchführung von Wahlverhandlungen bezüglich Wiener Wähler an nach den Bestimmungen der Nationalratswahlordnung geschaffene Wahlbehörden außerhalb Wiens, die Bundesbehörden sind, übertragen werden. Die nähere Prüfung dieser Überlegungen ergibt folgendes:

Von entscheidender Bedeutung in dieser Angelegenheit ist nämlich nicht das der Bundesregierung gegebene Recht, der Mitwirkung der Wahlbehörden des Bundes an Wahlen zu anderen allgemeinen Vertretungskörpern zuzustimmen, sondern die Beschränktheit des räumlichen Geltungsbereiches von Landesgesetzen. Hiezu führt etwa DDr. Walter-DDr. Mayer im Grundriß des Österreichischen Bundesverfassungsrechtes, 2. Auflage, Seite 50, aus, daß Art. 3 Abs. 1 B-VG nicht nur das Gebiet des Bundes, sondern auch jenes der Länder verfassungsgesetzlich festgelegt. Das Landesgebiet, so wird dort ausgeführt, begrenze regelmäßig den räumlichen Landessanktions- und Gebotsbereich. (Forts.) rü/ko

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

6 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Adamovich-Spanner, Handbuch des österr. Verfassungsrechtes, 5. Auflage, 1957, Seite 159 Z. 4, stellt fest, es liege auch in der Struktur eines Bundesstaates, daß die Landesgesetze, also lokales Gesetzesrecht, nur für dieses Land, dessen Gesetzgeber sie erlassen hat, Wirksamkeit erlangen. Diesem in der Lehre allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz, daß der räumliche Geltungsbereich an den räumlichen Grenzen, die die Souveränität des Gesetzgebers in Anspruch nehmen kann, seine Schranken hat, wurde bisher von den Gesetzgebern und in der Judikatur gefolgt.

So war beispielsweise die seit 1. August 1981 im Art. 9, Abs. 2 B-VG i. d. Fsg. BGBL. Nr. 350/1981 enthaltene Regelung über die Tätigkeit von Organen fremder Staaten in Österreich sowie die Tätigkeit österreichischer Organe im Ausland im Rahmen des Völkerrechts, d. h. durch Staatsverträge zu begründen.

Besonders deutlich wird diese Frage im Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 9. Oktober 1978, 965/78, zitiert bei Klecatsky-Morscher, Bundesverfassungsrecht, Wien 1982, Seite 472, behandelt. Dort wird ausgeführt:

"Der räumliche Geltungsbereich eines Gesetzes deckt sich mit dem Zuständigkeitsbereich des gesetzgebenden Hoheitsträgers. Jeder Gesetzgeber kann für sein Rechtsgebiet, und nur für dieses, Rechtssätze erlassen. Die hoheitliche Gewalt des Landesgesetzgebers hat an der Landesgrenze ihre absolute Schranke."

Diesem leitenden Prinzip unserer bundesstaatlich ausgerichteten Verfassung würde es widerstreiten, wollte der Wiener Landesgesetzgeber für die Wiener Gemeindewahlordnung eine normative Wirkung auch außerhalb der Wiener Landesgrenzen in Anspruch nehmen.
(Forts.) rü/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

7 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Die in den heutigen dringlichen Anfragen zu Ausdruck kommende Meinung, es ließen sich die Vollzugsaufgaben nach der Wiener Gemeindewahlordnung auf die Wahlbehörden außerhalb Wiens einfach durch den Akt der Zustimmung der Bundesregierung gem. Art. 97 B-VG in verfassungsrechtlich einwandfreier Weise übertragen, kann ich daher nicht teilen. Nach meiner Überzeugung bedürfte es hierzu vielmehr einer speziellen bundesverfassungsrechtlichen Grundlage. Die Bundesregierung allein kann die räumliche Geltung eines Landesgesetzes nicht erweitern.
(Forts.) rü/ap

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

8 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP brachte eine dringliche Anfrage ein, in der gesetzliche Maßnahmen urgiert werden, um zu ermöglichen, daß auch Wiener Wahlkartenwähler außerhalb Wiens ihre Stimme für die Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen abgeben können.

In der Begründung der Anfrage sagte LAbg. FÜRST (ÖVP), es bedürfe lediglich einer Änderung von zwanzig Maschinschreibzeilen der Wiener Gemeindewahlordnung, um den Wienern auch außerhalb Wiens die Teilnahme an den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen zu ermöglichen. Würde diese plausible Regelung nicht durchgeführt, würde jeder zehnte Wiener sein Wahlrecht verlieren, wenn er die Stadtgrenzen überschreitet.

Als erster Debattenredner argumentierte ebenfalls LAbg. FÜRST, die Bürger würden nicht verstehen, daß sie außerhalb Wiens nur den Nationalrat wählen können. Man könne die Willenserklärung der Wahlberechtigten nicht unter Hinweis auf das Territorialitätsprinzip verhindern, sagte FÜRST, ebenso seien verfassungsrechtliche Bedenken nicht stichhaltig. Wenn sich die SPÖ weigere, durch eine einfache Änderung der Gemeindewahlordnung möglichst allen Wienern zu ermöglichen, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, so müsse man andere Gründe als rechtliche annehmen: vor allem den, daß die Mehrheit der Wahlkartenwähler bei den letzten Nationalratswahlen nicht bei der SPÖ lag. In diesem Fall entferne sich die SPÖ vom Boden der Demokratie. Gerade in der Demokratie sollte es aber in der Frage der Wahlteilnahme keine Auseinandersetzung geben. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

9 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. BUSEK (ÖVP) stellte fest, die Debatte um die Wahlkartenwähler sei nur wegen der Wahlzusammenlegung notwendig geworden. Die Gesetzeslage sei nicht auf diese Zusammenlegung abgestimmt, wodurch zahlreiche rechtliche Ungereimtheiten entstünden. Im Februar 1969 habe die Wiener SPÖ noch eine Vorverlegung der Gemeinderatswahlen gefordert, um nicht mit den Nationalratswahlen zu kollidieren, weil dadurch eine Vermischung der Probleme entstünde. Dessen ungeachtet sei der Wiener ÖVP aber jeder Wahltermin recht, erklärt Busek.

Bei der heutigen Mobilität der Gesellschaft wäre für den Bürger die Trennung im Wahlkartensystem nicht plausibel, sagte Busek. Vor allem sei ihm nicht zu erklären, daß er, wenn er einmal seine Nationalratsstimme mittels Wahlkarte abgegeben habe, auch in Wien nicht mehr für den Gemeinderat wählen dürfe. Mit solchen Formalismen gefährde man nur die Demokratie. Auch der Verfassungsdienst habe auf seine Anfrage den Vorschlag der ÖVP für plausibel erklärt, allerdings nach einer Vorsprache des SPÖ-Klobobmannes FISCHER seine Meinung geändert, erklärte Busek. Es sei scheinbar der Wille der SPÖ, nicht allen Bürgern das Wahlrecht zu geben. Am besten wäre nach Ansicht der ÖVP eine Einführung des Briefwahlrechts, wie es in zahlreichen Demokratien ohne Probleme funktioniert.

Nach der Verfassungsreform in der vergangenen Legislaturperiode sei es gegenwärtig zu einem verfassungsrechtlichen Stillstand gekommen. Es gebe keine Weiterentwicklung mehr. Die ÖVP trete in diesem Bezug für Änderungen auf den Gebieten der Bezirkskompetenzen, der direkten Demokratie und der Kontrolle ein. Die SPÖ sollte eine Nachdenkphase einschalten, die ihr die Wähler hoffentlich verschaffen würden, erklärte Busek abschließend. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

10 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Generationen haben um das allgemeine Wahlrecht gekämpft, sagte LAbg. ROSENBERGER (SPÖ). Die Demokratie lebt von der Aktivität der Bürger. Das Wahlrecht ist gleich, unmittelbar, geheim und persönlich. Davon werden wir auch nicht abgehen. Der ÖVP geht es in Wirklichkeit darum, über ein "Hintertürl" die Briefwahl einzuführen. Die Briefwahl eröffnet zahlreiche Beeinflussungsmöglichkeiten. In der Bundesrepublik Deutschland machte man damit keine guten Erfahrungen. Die SPÖ wird keine Zustimmung zur Briefwahl und damit zum Wahlschwindel und zur Wahlmanipulation geben. Wir bleiben beim korrekten System. Wir werden, betonte ROSENBERGER, die Wiener über die Möglichkeiten zur Wahlausübung informieren und an sie appellieren, ihr demokratisches Wahlrecht wahrzunehmen. Durch die Verlängerung der Wahlzeit wird es auch Wochenendausflüglern erleichtert, ihr Wahlrecht auszuüben.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. BUSEK (ÖVP) sagte in einer zweiten Wortmeldung, es sei der SPÖ vorbehalten gewesen, die Briefwahl als Abgrund der demokratischen Entwicklung darzustellen. Dies ist nicht glaubwürdig. Auch in der Schweiz, mit ihrer langen demokratischen Tradition, gibt es die Briefwahl. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

11 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) In Beantwortung der dringlichen Anfrage meinte Landeshauptmann GRATZ einleitend, er setze das Einverständnis der Antragsteller voraus, die inhaltliche Antwort nicht noch einmal wiederholen zu müssen. Auf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. BUSEK eingehend, erklärte GRATZ dann, er habe sich telefonisch informiert, daß SPÖ-Klubobmann FISCHER kein Wort mit dem Verfassungsdienst gesprochen habe. Im übrigen sei es immer so gewesen, daß er niemals angenommen habe, der Verfassungsdienst hätte eine politische Weisung empfangen, wenn er sich einmal seiner Meinung nicht angeschlossen habe.

GRATZ meinte dann, ohne Zusammenlegung der beiden Wahlen hätte sich der Streit gar nicht ergeben, da es dann außerhalb Wiens keine Wahlbehörde gegeben hätte. Da es nun einmal aber Nationalratswahlbehörden gäbe, müsse man bedenken, daß Staatsverträge nach Paragraph 15 A nur mit den Ländern hätten abgeschlossen werden können, wenn es sich um Landtagswahlen gehandelt hätte. Und die Zustimmung des Bundes, ein Landesgesetz zu vollziehen wäre wieder erst nach Prüfung des Geltungsbereiches dieses Gesetzes möglich. Es hätte keinen Sinn gehabt, im Wiener Landtag ein verfassungswidriges Gesetz zu beschließen, denn dem Bund sei es eben nicht möglich, außerhalb Wiens die Vollziehung eines Gesetzes zu übernehmen, das ausschließlich innerhalb Wiens gelte.
(Schluß) rü/gg

NNNN

AKH: Firmen haften für Mängel (1)

Utl.: Mängelrüge 1982 im August

=++++

16 #Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Freitag der "RATHAUSKORRESPONDENZ", die von der VOEST-Tochter VAMED vorgelegten Berichte (Halbjahresbericht und Istzustandserhebung) enthalten im wesentlichen gegenüber den vorangegangenen Berichten bloß eine Neuheit: von den vor allem im Sanitärbereich ausgeführten rund 45.000 Schweißnähten könnte ein großer Teil nicht ordnungsgemäß ausgeführt worden sein. Auf diesen Mangel machte die ehemalige Bauaufsicht der AKPE bereits im Frühjahr 1982 aufmerksam. Nach eingehenden Überprüfungen durch die VAMED erhärtete sich dieser Verdacht. Die VAMED erteilte daher im August 1982 den ausführenden Firmen eine Mängelrüge mit der Aufforderung, den Schaden sofort zu beheben. Derzeit werden durch den technischen Überwachungsverein (TÜV) Untersuchungen durchgeführt, die Ende Februar abgeschlossen sein werden. Dann wird man, so Mayr, über das Ausmaß des möglichen Schadens mehr wissen. Die allfällige Reparatur des Schadens und die damit verbundenen Kosten treffen jedoch die ausführenden Firmen. Die Beseitigung der Mängel hat keine Auswirkung auf den weiteren zügigen Ausbau des neuen AKH, da die Arbeiten parallel zu den sonstigen Bauarbeiten durchgeführt werden können.#

Zu einzelnen, in den letzten Tagen abgegebenen Stellungnahmen zum AKH erklärte Mayr: VOEST-Generaldirektor Dr. Heribert APFALTER hat die Bauherren, Bund und Stadt Wien, am 12. Jänner um 17 Uhr, davon informiert, daß die VAMED mit dem Halbjahresbericht und der Istzustandserhebung fertig sei. Die Berichte wurden am 13. Jänner zugestellt. (Forts.) sei/gg

NNNN

AKH: Firmen haften für Mängel (2)

Utl.: 85 Prozent der Aufträge an Wiener Firmen

=++++

17 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderatsausschuß "Gesundheit und Soziales" wurde der Halbjahresbericht am 18. Jänner, dem Gemeinderatsausschuß "Finanzen und Wirtschaftspolitik" am 21. Jänner übergeben. Der Halbjahresbericht enthält im wesentlichen die gleichen Aussagen wie die Istzustandserhebung - allerdings in verkürzter Form -, sodaß die Mitglieder des Wiener Gemeinderates zum frühest möglichen Zeitpunkt über den Inhalt informiert waren. Da er, Mayr, vom 17. bis 23. Jänner dienstlich in Japan war, habe er mit den Parteien vereinbart, die inhaltliche Diskussion im nächsten Finanzausschuß am 11. Februar zu führen. Solche Vereinbarungen halten - wie die Veröffentlichungen zeigen - leider nicht.

Der Istzustandsbericht ist daher kein Geheimpapier, das im Rathaus lagert - wie Vizebürgermeister Dr. Busek vermutete -, sondern in den wesentlichen Aussagen den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Gesundheit und Soziales bereits seit 18. Jänner, dem Finanzausschuß seit 21. Jänner, bekannt.

Zur Frage, wie weit Wiener Firmen von der VAMED beauftragt werden, betonte Mayr: Die VAMED vergab von Juni bis Dezember 1982 354 Aufträge mit einem Volumen von 683 Millionen Schilling, davon gingen 580 Millionen oder rund 85 Prozent an Wiener Firmen. Die vertragsmäßig festgelegte Forderung, daß bei zumindest gleichwertigen Angeboten Wiener Unternehmen zu bevorzugen sind, wurde daher erfüllt. Der Prozentsatz kann jedoch in Zukunft Schwankungen unterliegen, weil es zum Beispiel Leistungen geben kann, für die sich kein Wiener oder vielleicht auch gar kein österreichischer Anbieter findet. (Forts.) sei/ko

NNNN

AKH: Firmen haften für Mängel (3)

=++++

18 #Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Abschließend betonte Stadtrat Mayr, daß die VAMED im Sinne eines seriösen und ordentlichen Kaufmannes handle, wenn sie derzeit keine Aussagen über den Termin- und Kostenplan treffe. Die Erarbeitung des Istzustandsberichts hat acht Monate gedauert und die Frist für die Vorlage eines Termin- und Kostenplanes wurde mit 31. Dezember 1983 mit gutem Grund gewählt. Aufbauend auf den vorliegenden Istzustandsbericht können nun erst die Arbeiten für die Erstellung des Termin- und Kostenplanes in vollem Umfang aufgenommen werden. Bisherige Maßnahmen und Terminunterschreitungen - wie die vorzeitige Fertigstellung und Inbetriebnahme der Neurochirurgie - geben jedoch zu einem vorsichtigen Optimismus Anlaß, erklärte Mayr. # (Schluß) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) mit der Fragestunde eingeleitet.

Die ERSTE ANFRAGE von GR. FÜRST (öVP) an den Bürgermeister über die Wiener Wahlkartenwähler wurde zurückgezogen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Friederike SEIDL (SPö) nach den Einsparungen durch die Wahlzusammenlegung, antwortete StR. NEKULA, daß nach Hochrechnungen etwa 23 bis 24 Millionen durch die Wahlzusammenlegung eingespart werden können. Bei der Bundespräsidentenwahl 1980 sind Kosten von rund 19 Millionen angelaufen. Durch die Verlängerung des Wahltages ist am 24. April mit den erwähnten Kosten von 23 bis 24 Millionen Schilling zu rechnen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), wie es zur riskanten Grundstücksfinanzierung durch die Fertigteilbau-Wien kommen konnte, antwortete StR. VELETA, daß der kaufmännische Geschäftsführer eigenmächtig gehandelt habe. Der Aufsichtsrat der Wiener Holding wurde nicht um Zustimmung zur Darlehensgewährung ersucht, sondern die Kreditaufnahme wurde diesem lediglich zur Kenntnis gebracht. Auch der Vorstand der Holding wurde nicht verständigt und war somit gar nicht in der Lage, die Darlehensgewährung zu verhindern. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den zukünftigen Maßnahmen, damit die Holding ihrer Kontrollfunktion gerecht wird, teilt StR. VELETA mit, daß der Vorstand sofort nach Bekanntwerden dieser Grundstücksfinanzierung eine Überprüfung eingeleitet hat, und der Geschäftsführer mit 31. Dezember 1982 abberufen wurde. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob StR. VELETA, die riskante Grundstücksfinanzierung auf die Unfähigkeit des Vorstandsdirektors zurückführt, oder auf ein eventuelles Zusammenspiel zwischen dem Vorstand und Geschäftsführer, sagte StR. VELETA, daß von seiten des Vorstandes der Wiener Holding derzeit geprüft wird, ob strafrechtliche Konsequenzen zu ziehen sind. Ein Schaden für die Fertigteilbau-Wien ist bisher nicht entstanden.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die 4. ANFRAGE von GR Margarete TISCHLER (SPÖ), ob die Stadt Wien beabsichtige, weitere Kleingartenanlagen zu schaffen, antwortete StR. VELETA, daß in den nächsten fünf Jahren 2.000 neue Kleingärten errichtet werden. Derzeit gebe es rund 34.000 Kleingartenlose und 2.500 Anmeldungen, die aber momentan nicht berücksichtigt werden können. Er betrachte daher die Schaffung neuer Kleingärten als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität. Auf die 1. ZUSATZFRAGE, mit welchen Mitteln die Förderung durchgeführt werde, sagte VELETA, daß die jährliche Schaffung von 400 Kleingartenanlagen einen Aufwand von 40 Millionen erfordere. Für Aufschließung und Errichtung von Kleingartenhäusern gibt es begünstigte Kredite bei der Zentralsparkasse, für die die Stadt die Ausfallhaftung übernehme.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, was mit jenen Kleingärten geschehen werde, die derzeit eine andere Widmung hätten, sagte VELETA, daß Maßnahmen zur Sanierung des rechtlichen Zustandes nur gemeinsam mit den Kleingartenorganisationen durchgeführt werden. Die nicht-widmungsgemäße Nutzung dauere oft bereits Jahrzehnte. (Forts.)
fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), wie der aktuelle Stand betreffend der Rinter-AG sei, verwies StR. VELETA darauf, daß er bereits in der Gemeinderatssitzung vom 17. November 1982 eine entsprechende Mitteilung gemacht habe. Die Wiener Holding untersuche derzeit alle Fragen im Zusammenhang mit Kapitalbeteiligung und Technik.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was er unternehmen werde, wenn die Verhandlungen erfolglos verlaufen, sagte VELETA, er glaube daran, daß ein Verhandlungsergebnis möglich ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann er mit einem Vertragsabschluß rechne, verwies StR. VELETA auf das umfangreiche Prüfungsverfahren. Es sei ein Team der Stadt Wien dazu eingesetzt, dem Mitarbeiter der Baudirektion, der Magistratsabteilungen 22, 32 und 48 angehören. Daneben gebe es auch rechtliche und technische Prüfungen bei der Wiener Holding. Er bitte um Verständnis dafür, daß er heute aufgrund der umfangreichen Prüfungen noch keinen Termin für einen Vertragsabschluß nennen könne. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

19 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HOLUB (SPÖ), wie sich die Aufhebung des Volkszählungsgesetzes 1981 durch den Verfassungsgerichtshof hinsichtlich der Ertragsanteile für Wien auswirkt, sagte StR. MAYR, daß die Berechnung der Anteile seit 1. Jänner 1983 auf Basis des Volkszählungsergebnisses 1971 erfolgt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann eine endgültige Abrechnung zu erwarten ist, sagte Mayr, daß das Ergebnis der Volkszählung 1981 bis zum März feststehen wird und damit bis Ende April eine endgültige Abrechnung erfolgen kann. Wien hat demnach für das Jahr 1982 Nachzahlungen zu erwarten, für 1983 dürfte eine Überzahlung vorhanden sein.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie die Sicherung der Zuordnung jener Bürger erfolgen soll, die in Wien ihren Hauptwohnsitz haben, sagte Mayr, daß das Land Wien mit großer Sorgfalt die Zählergebnisse des Statistischen Zentralamtes verfolgen wird. Es gibt objektive Merkmale für den Mittelpunkt der Lebensführung und Wien wird sich dieser rechtlichen Argumente bei der Zuordnung des ordentlichen Wohnsitzes bedienen. Es wird sicherlich kein Druck auf Staatsbürger ausgeübt werden, man muß jedoch den Menschen klar machen, daß ihre Entscheidung auch materielle Folgen hat. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

20 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP) ob im Zusammenhang mit der Finanzierung des Konferenzzentrums die Möglichkeit besteht, daß die Stadt Wien im Wege einer Laesing- oder Beteiligungsgesellschaft eingebunden wird, sagte StR. MAYR, daß die Stadt Wien als Vertragsbeteiligter jede Form einer Finanzierung mitmachen wird, die zu einer Senkung der Kosten führt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie er die Tatsache beurteilt, daß arabische Staaten das Konferenzzentrum mitfinanzieren, dabei aber auch mitverdienen sollen, sagte MAYR, daß eine derartige Aussage ihm nicht bekannt ist. Es geht lediglich darum, das Geld für die Finanzierung zu besonders günstigen Bedingungen zu erhalten. Es ist jedoch nicht die Rede von einer daran gebundenen Verdienstmöglichkeit über Bauaufträge oder ähnliches.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es möglich ist, daß angesichts fehlender Finanzierungsmöglichkeiten die kommende "Sparbuchsteuer" zur Finanzierung des Konferenzzentrums herangezogen wird, sagte MAYR, daß die Finanzierung ohnedies durch die Finanzierungsgesetze 1979 gesichert ist. Wegen der hohen Kreditkosten wird jedoch nach günstigeren Möglichkeiten gesucht. Es soll ein Weg gefunden werden, Kredite in der Höhe von etwa 4 Prozent für das Konferenzzentrum heranzuziehen. Zur Quellensteuer sagte MAYR, daß hier lediglich die nichtexekutierbare Einkommenssteuer für Wertanlagen durch eine ohnedies wesentlich niedrigere Steuerpflicht ersetzt wird. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

21 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), welche Auswirkungen die Tatsache habe, daß laut dem jüngsten Bericht der VOEST-ALPINE-MEDIZINTECHNIK-GES.M.B.H. noch alte Verträge im Zusammenhang mit dem Neubau des AKH bestehen, die in ihren Inhalten nicht mehr aktuell sind, antwortete StR. MAYR (SPÖ), daß seit 1961 insgesamt 6.573 Aufträge erteilt wurden, die laufend durch EDV-Programme überwacht wurden. Davon befinden sich 1.623 noch in Abwicklung, darunter zahlreiche längerfristige Aufträge aus den Jahren 1970 bis 1975. Bis Ende 1983 werden Verhandlungen zur Anpassung dieser Verträge in Bezug auf realistische Termine und neuen Stand der Technik erfolgen. Damit werden sowohl bessere arbeitsmäßige Voraussetzungen als auch eine Kostenreduktion erreicht werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich der Schaden abschätzen lasse, der durch die versäumte Aktualisierung der Verträge entstanden sei, antwortete StR. MAYR, es sei kein Schaden entstanden, da man nicht auf Aufträge verzichtet, sondern nur Modifikationen durchgeführt habe.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob eventuelle Regreßansprüche zu überprüfen wären, antwortete StR. MAYR, daß die VAMED-Daten laufend überprüft würden und die Vermutung bezüglich Regreßansprüchen nicht zutreffe. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

22 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Hildegard WONDRA TSCH (SPÖ), was er zu tun gedenke, um den frisch promovierten Ärzten, die auf einen Ausbildungsstellen warten, zu helfen, antwortete StR. STACHER (SPÖ), es seien schon seit längerer Zeit Bemühungen in dieser Hinsicht im Gange. So wurde die Zahl der Ausbildungsstellen der Stadt Wien stark vermehrt. Hundert Turnusärzte werden auf zusätzlichen "Förderposten" ausgebildet. Die Stadt Wien habe die meisten Ausbildungsstellen, erklärte StR. STACHER. Er habe deshalb die anderen Bundesländer aufgefordert, ihrerseits mehr zusätzliche Ausbildungsstellen zu schaffen.

Das Sozialministerium hat sich bereit erklärt, Seminare für insgesamt 500 frisch promovierte Ärzte in städtischen Spitälern durchzuführen, wobei diese Ärzte Bezahlung und Sozialversicherung erhalten werden. Auch diese Aktion werde eine gewisse Erleichterung bei den Ausbildungsstellen verschaffen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie sich die Aktion "Ärzte im Pflegedienst" bewährt habe, antwortete StR. STACHER, es seien positive Erfahrungen gemacht worden. Man denke daran, nach Abschluß der derzeitigen Versuche die Aktion weiter auszudehnen. Es könne damit einerseits der Personalmangel auf dem Pflegesektor verringert und andererseits den Nachwuchsärzten die Chance gegeben werden, im medizinischen Bereich tätig zu sein.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wer die Kosten für das Lehrpersonal bei der Aktion des Sozialministeriums zahle, antwortete StR. STACHER, er habe sich in einem Brief an die Primärärzte gewendet, die sich aus Solidarität mit den Jungärzten einige Stunden in der Woche für kostenlosen Unterricht zur Verfügung stellen sollten. (Forts.)

roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

23 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen drei Anfragen der FPÖ und eine Anfrage der ÖVP vor. Für eine ANFRAGE DER ÖVP betreffend die Konsequenzen aus dem VAMED-Bericht über den Neubau des AKH wurde die DRINGLICHE BEHANDLUNG verlangt.

Ein ANTRAG DER SPÖ AUF VORZEITIGE AUFLÖSUNG DES GEMEINDERATES sowie Anträge der ÖVP auf Hilfestellung für die grundwassergeschädigten Siedler im 21. und 22. Bezirk, auf Schaffung einer Praxisgemeinschaft von Fachärzten in der Großfeldsiedlung, auf Einbau eines Aufzugs in der Schnellbahnstation Leopoldau und auf Ausgestaltung von Grundflächen in der Großfeldsiedlung, sowie ein Antrag der Bezirksvertretung des 1. Bezirks auf Gestaltung der Mülkerstiege und ein Antrag der Bezirksvertretung des 14. Bezirks auf Einrichtung von Abstellplätzen für Fahrräder wurden zugewiesen.

Zwtl.: AKH-Garage

GR. DINHOF (SPÖ) beantragte eine Änderung des Entgelts für die Benützung der Tiefparkgarage im Allgemeinen Krankenhaus.

GR. HAHN (ÖVP) kündigte die Zustimmung seiner Fraktion zur Herabsetzung der Parkgebühren an. Seit 1974 gibt es diese Garage mit 2.500 Stellplätzen, die aber nicht gerne angenommen wird. Nicht nur beim Neubau des AKH, sondern auch im alten AKH geht vieles daneben. Dies gilt auch für die Garage. Immer wieder kommt es zu Diebstählen. Obdachlose benützen Kellergänge und die Garage als Unterkunft. Die Monsterbaustelle wird bereits aus Sicherheitsgründen vom Personal gefürchtet. Die Kleinkriminalität nimmt in erschreckendem Ausmaß zu. Die Mißstände sind gewachsen. Aus der Küche sind größere Lebensmittelmengen verschwunden. Sie wurden sogar mit Autos von der Küchentür abgeholt. ((Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: AKH-Garage

=++++

24 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. PÖDER (SPÖ) wies Pauschalverdächtigungen zurück, wonach in den Spitälern nur gestohlen wird. Die Gewerkschaft stelle sich nicht schützend vor Diebstähle sondern tritt dort, wo es Verfehlungen gibt, für dienstrechtliche und strafrechtliche Folgen ein. Stichweise Kontrollen seien in Ordnung, aber es dürfe nicht zu einer diskriminierenden Filzung der Bediensteten in der Portiersloge kommen. Die Garage im AKH werde voll ausgenützt. Da immer nur zwei Fünftel des Personals arbeitet, werden sogar mehr Stellplätze als Garagenplätze vergeben. Derzeit gibt es bei 2.486 Stellplätzen 2.543 Benützer. Der gestaffelte Preis ist eine Sozialleistung für Bedienstete, wie er auch von anderen größeren Firmen angeboten wird.

GR. DINHOF sprach sich für die vom Kontrollamt angeregte Innenrevision der Magistratsabteilung 17 aus. Es wurden bereits Schritte unternommen, um eine Gefährdung der Bediensteten durch "Sandler" in der Garag zu verhindern.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Flötzersteigstraße
=++++

25 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPÖ) stellte den Antrag zum Verkauf von Grundstücken, in der Katastralgemeinde Hütteldorf, an die Bundesstraßenverwaltung. Es handelt sich um insgesamt rund 3.800 Quadratmeter, der Preis beträgt 4,6 Millionen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) betonte, daß dieser Grundstücksverkauf an die Republik im Zusammenhang mit dem Bau einer Hochleistungsstraße stehe, die niemand benötige und die nicht gebaut werden sollte. Die Flötzersteigstraße ist überholt und wird von der Bevölkerung nicht erwünscht. Mit der Fertigstellung der A 21, der Verbindung von der West- zur Südautobahn, sei eine Entlastung des Durchzugsverkehrs zu verzeichnen. Die Anliegen des Umweltschutzes und der Umweltpflege dürfen nicht vernachlässigt werden.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) erinnerte daran, daß sich 1980 an die 140.000 Bürger gegen die Flötzersteig-Stelzenstraße ausgesprochen hätten. Gegen den Willen der Volkspartei wird nun der Flötzersteig als Bundesstraße geführt. Er habe den Eindruck, daß die Stadtverwaltung nicht bereit sei, der Bevölkerung vor den Wahlen zu sagen, was auf dem Flötzersteig wirklich geschehen soll.

GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) stellte den Ausführungen von Dr. Petrik entgegen, daß sich die Mehrheit für den Flötzersteig-Straßenbau ausgesprochen habe. "Wir respektieren die Mehrheit", sagte GR. SCHIRMER und verwies auf das Beispiel Steinhofgründe, wo die SPÖ dem Ergebnis der Volksbefragung selbstverständlich stattgegeben hat. Die Ansicht von GR. PAWKOWICZ, daß die A 21 eine Erleichterung bei der Westeinfahrt und Westausfahrt gebracht habe, sei nicht richtig. Nur durch eine Bündelung des Verkehrs sei in den Wohnvierteln eine Erleichterung möglich. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Flötzersteigstraße

=++++

26 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR DINHOF (SPÖ) stellte klar, daß die SPÖ vor den Wahlen klar und deutlich gesagt habe, daß sie für den Ausbau der Flötzersteig-Stelzenstraße eintritt. "Wir sind nicht dafür, daß der Flötzersteig in die Linzer Straße einmündet, damit wäre die Situation in Hütteldorf und in der Hadikgasse noch unerträglicher."

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

27 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) beantragte die Nachdotierung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in der Höhe von 100 Millionen Schilling, um eine weitere Arbeit des Fonds im Sinne seiner Zielsetzungen zu ermöglichen.

GR. KNEIDINGER (SPÖ) wies darauf hin, daß der Wirtschaftsförderungsfonds durch die Zusammenfassung von Förderungsmaßnahmen wesentliche Initiativen für die Wiener Wirtschaft gesetzt hat. KNEIDINGER erwähnte unter anderem den Kleinbetriebezuschuß und die Existenzgründungsaktion, die dem Kleingewerbe zugute kommen, die Aktion "Einkauf in Wien" und schließlich die Schaffung von rund 1.500 zusätzlichen Lehrplätzen. Die Nachdotierung des Fonds dient dem Ankauf eines Grundstückes der VEW in Strebersdorf (65 Millionen Schilling) und dem Ausbau von Straßen in diesem Bereich (20,3 Millionen Schilling), um dort eine günstige Ansiedlungsmöglichkeit für Betriebe zu schaffen. Abschließend betonte KNEIDINGER die Bedeutung des Fonds für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) betonte ebenfalls, daß sich die Einrichtung des Wirtschaftsförderungsfonds bewährt hat. Viele Forderungen der Wiener Wirtschaft konnten in seinem Rahmen erfüllt werden. Anderes, was in die Kompetenz der Kommunalverwaltung fällt, wie etwa die Bekämpfung der Stadtflucht oder die Lösung von Verkehrsproblemen ist noch nicht im erwünschten Ausmaß geschehen. Abschließend sagte MAYR, daß die Arbeit des Wirtschaftsförderungsfonds auch weiterhin positiv sein wird, wenn das Wort der Wirtschaft gebührend beachtet wird.

In seinem Schlußwort bezeichnete GR. HOFSTETTER die Arbeit des Wirtschaftsförderungsfonds als weiteren Beweis für das wirtschaftsfreundliche Klima Wiens.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) gab/an

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: U-Bahn-Ausbau

=++++

30 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) beantragte Sachkredite für den Ausbau der U 6 zwischen Liebenstraße und Wurmbstraße, für Liegenschaftsankäufe und Planungen des U-Bahn-Betriebsbahnhofes Erdberg und die Anschaffung von acht U-Bahn-Doppeltriebwagen. Er legte einen schriftlichen Bericht über die bereits abgeschlossene erste Bauphase und einen Ausblick über die mit den jetzt beantragten Beschlüssen beginnende zweite Bauphase vor. Die zweite Bauphase wird zur Unterstützung der Arbeitsmarktsituation beschleunigt, ein optimaler Bauzeitplan ausgearbeitet. Die vorgesehene 2-Milliarden-Grenze pro Jahr wird durch Vorfinanzierungen ab 1984 überschritten werden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, nach Auffassung seiner Fraktion sei es die vordringliche Aufgabe im U-Bahn-Bau, die Stadtrandgebiete an die vorhandenen Linien anzuschließen. Der Bau wäre bedeutend billiger als im innerstädtischen Bereich und könne bei rascherer Fertigstellung einen gleich großen Impuls für die Bauwirtschaft geben. Laut Stadtentwicklungsplan wolle man die städtebauliche Entwicklung der Randgebiete abwarten, was aber im Widerspruch zur üblichen Lehrmeinung stehe, daß zuerst die nötige Infrastruktur geschaffen werden müsse.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ stellte daher den ANTRAG, falls zusätzliche Mittel für den U-Bahn-Bau zur Verfügung gestellt werden, diese in erster Linie zur Verlängerung der vorhandenen U-Bahn-Linien zu verwenden. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: U-Bahn-Ausbau

=++++

31 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) In der Freude über den Weiterbau der U-Bahn fand Mag. Dipl. Ing. REGLER (ÖVP) einige Wermutstropfen. Mit dem U-Bahnbau sei viel zuspät begonnen worden, nach dem bishere vorgelegten Zeitplan würden U 3 und U 6 erst in den 90iger Jahren fertiggestellt werden. Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie der Arbeiterkammer müßten öffentliche Verkehrsmittel rascher, bequemer und preisgünstiger sein. Zum ersten Punkt gebe es bei der U-Bahn keinen Zweifel, allerdings sollte man bei der zukünftigen Planung der Anschlußverkehrsmittel auf geringere Umsteigezeiten achten und bei den Tarifen sollte mehr Zurückhaltung geübt werden.

Da der U-Bahn-Weiterbau jetzt als Teil eines Sonderbeschäftigungsprogramms verkauft werde, müsse man darauf hinweisen, daß bei der U 1 nur 25 Prozent der Baukosten direkt der Wiener Wirtschaft zugute gekommen seien. Aufgrund der geschlossenen Bauweise der geplante Wenderöhre und des größeren Querschnitts bei der Philadelphiabrücke würden Baukosten von 1,3 Milliarden pro Kilometer entstehen.

GR. Regler erinnerte daran, daß die Bezirksvertretung Meidling bereits einen Weiterbau der U 6 bis Siebenhirten gefordert habe. Auch müsse man schon jetzt an die Schaffung geeigneter Park-and-Ride-Möglichkeiten denken. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: U-Bahn-Ausbau

=++++

32 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Der Bau der U-Bahn hat das Gesicht unserer Stadt geprägt wie keine andere infrastrukturelle Maßnahme in diesem Jahrhundert, sagte GR OBLASSER (SPÖ). Die Fußgängerzone Favoriten wurde durch die U-Bahn möglich, die Donaustadt erhält bei der U-Bahn-Endstation ein Bezirkszentrum. Die Praterstraße und der Franz-Josefs-Kai bekamen ein neues Gesicht. Den größten Effekt gab es im 1. Bezirk, der heute ein echter, pulsierender Mittelpunkt unserer Stadt ist.

Nach dem Krieg war der Wiederaufbau vorrangig. In den 60iger Jahren begann dann die Arbeit am Wiener U-Bahn-Netz. Heute ist das Grundnetz fertig, und mit der zweiten Bauphase wird begonnen. Das Sonderbeschäftigungsprogramm gibt die Möglichkeit, den Wiener U-Bahn-Bau beschleunigt fortzusetzen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) erklärte, daß es für die U 3 und für die U 6 noch einige Planungslücken gebe. Die Bauwirtschaft ist in der Lage, den beschleunigten Ausbau zu bewältigen. Es soll darauf geachtet werden, daß möglichst Wiener Firmen- auch Klein- und Mittelbetriebe - für die Arbeiten herangezogen werden. Eine wesentliche Voraussetzung für einen zügigen Bauablauf ist eine gesicherte Finanzierung.

Übersehen wird meistens, daß auch nach der Inbetriebnahme der zweiten Ausbaustufe der U-Bahn Straßenbahn- und Autobuslinien nach wie vor die Hauptlast des öffentlichen Verkehrs tragen müssen. In diesen Bereichen besteht ein riesiger Investitionsbedarf, so für die Verlängerung bestehender Linien, für den Wagenbau, für Gleisanlagen, für Bahnhöfe und für Signalanlagen.

Wegen der Bauarbeiten für die U 3 im 3. Bezirk muß in diesem Bereich auch die Straßenbahnlinie J eingestellt werden. Mayr stellte den ANTRAG, die Linie J dann von Ottakring als Ring-Rund-Linie und wieder zurück nach Ottakring zu führen. Eine Ersetzung der Linie J durch Autobusse auch im 8. und 16. Bezirk wird von der ÖVP abgelehnt.

(Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: U-Bahn-Ausbau

=++++

33 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPö) bezeichnete die U-Bahn als leistungsfähigstes und meist gefragtes Massenverkehrsmittel. Täglich benützen 310.000 Fahrgäste die U-Bahn, der Fahrgastzuwachs betrug 1982 17 Prozent. Der Weiterbau solle nach einem einheitlichen System durchgeführt werden, unter Minimierung der Energiekosten, mit optimalen Umsteigemöglichkeiten, mit attraktiver Seichtlage für die Fahrgäste und unter Bevorzugung von Bahnhöfen mit Mittelbahnsteigen.

Zur Kritik der Opposition am Beginn der Bauphase, stellte HENGELMÜLLER fest, daß auch die zitierte Arbeiterkammerstudie die Zunahme der Fahrgastzahlen aufzeige. Und die Studie beweise auch, daß das Fahren mit den öffentlichen Verkehrsmitteln weitaus billiger ist.

Er persönlich sei froh über die vereinbarte Kostenteilung im Verhältnis 50 : 50 Bund und Wien und er freue sich auch darüber, daß es weder durch Rechnungshof noch durch Kontrollamt Beanstandungen beim U-Bahn-Bau gegeben habe.

Zur Sicherstellung eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes in der Wiener Bauwirtschaft und zur Verbesserung des Nahverkehrs in Wien, sei es zweckmäßig, die zweite Bauphase des Wiener U-Bahn-Netzes beschleunigt zu verwirklichen, forderte GR. HENGELMÜLLER in einem ANTRAG. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: U-Bahn-Ausbau

=++++

34 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) StR. Hofmann (SPÖ) stellte zum weiteren Ausbau des U-Bahnnetzes fest, für ihn habe die Anbindung und die engmaschige Verknüpfung des inneren U-Bahnnetzes Vorrang. Erst dann sollten die Verlängerungen durchgeführt werden. Zur Kritik der Opposition an der Preisgestaltung des öffentlichen Verkehrs meinte HOFMANN, die letzte Tarifregulierung habe denen, die die Massenverkehrsmittel häufiger benützen, echte Ermäßigungen gebracht; das sei auch einer der Gründe für die Frequenzsteigerung. Auch er werde dafür eintreten, daß Wiener Firmen beim Bau bevorzugt werden wenn sie den Ausschreibungen entsprechen.

Zur Forderung der ÖVP, den Straßenbahnbetrieb auf der Linie "J" beizubehalten, betonte HOFMANN, daß das Bemühen um ein neuerliches Beschleunigungsprogramm im Bereich der Josefstädter Straße am Widerstand der Bezirksvertretung scheiterte. "Wir wollen ein neuerliches Beschleunigungsprogramm für diesen Abschnitt vorstellen, sagte HOFMANN, "wenn keine Zustimmung des 8. Bezirkes erfolgt, dann muß eine Autobuslinie eingesetzt werden."

Die Geschäftsstücke zum U-Bahn-Bau wurden einstimmig angenommen. Die Anträge wurden einstimmig zugewiesen. (forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Krankenbeförderungsgebühren

=++++

35 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Krankenbeförderungsgebühren für Transporte innerhalb der Stadtgrenzen von 1.300 auf 1.500 Schilling, für Transporte außerhalb der Stadtgrenze von 67 auf 77 Schilling pro Kilometer.

StR. GOLLER (ÖVP) bemängelte die fehlende Detailkostenrechnung, aufgrund derer die jeweilige Gebührenerhöhung festgesetzt wird. GOLLER sagte, die Erhöhungen, die immer wieder in Kraft treten, stehen nicht im Einklang mit der tatsächlichen Kostenerhöhung. Er bemängelte auch, daß die Wiener Gebietskrankenkassen nicht einmal mehr ein Drittel des nun festgelegten Gebührensatzes bezahlten. Es ist auch unlogisch, so GOLLER, daß Patienten aus dem Pflegeheim Ost durch ganz Wien nach Lainz zu Röntgenuntersuchungen geführt werden. Abschließend sagte GOLLER, daß diese Tatsachen signifikant für ein schlecht verwaltetes Gesundheitssystem sind.

GR. Friederike SEIDL (SPÖ) sagte, daß Detailauskünfte über die Kostengebarung im Krankentransportwesen ohne Schwierigkeiten sowohl von der Magistratsabteilung 17 als auch von der Magistratsabteilung 4 zu erhalten sind. Der kostendeckende Preis für eine Krankenbeförderung liegt bei 2.009 S. Man kann nicht, so SEIDL, für alle Leistungen kostendeckende Preise verlangen. Würde man dies hier tun, so müßte die Wiener Gebietskrankenkasse, bei der 98 Prozent aller Wiener versichert sind, ihre Beiträge erhöhen.
(Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Krankenbeförderungsgebühren

=++++

36 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) In einer abermaligen Wortmeldung sagte StR. GOLLER, es sei klar, daß das Kostenprinzip im Gesundheitsbereich nicht anzuwenden ist. Er wendet sich jedoch gegen verschieden hohe Gebührenerhöhungen, die nicht in Relation zur tatsächlichen Verteuerung stehen. Schließlich sagte GOLLER, er verlangt nicht, daß die Gebietskrankenkasse ihre Beiträge erhöht, sondern, daß Ordnung in das Wiener Gesundheitssystem gebracht wird.

StR. STACHER (SPö) wandte sich gegen den Vorwurf des Mißmanagements im städtischen Gesundheitswesens, und sagte, daß Goller offensichtlich noch immer nicht den Unterschied zwischen Pflegeheimen und Spitälern erkannt hat. Zu Röntgenuntersuchungen müssen die Patienten nämlich überall in Österreich ins Spital gebracht werden.

StR. MAYR (SPö) warf StR. GOLLER einen Mangel an Wissen über die Gebührenregelungen vor. Die Gebühren werden in jährlicher Anpassung an die Realität erhöht, wobei beim Rettungsdienst auch der stärkere Ausbau und die Lohnintensität in Betracht gezogen werden muß. MAYR verwahrte sich gegen persönliche Vorwürfe gegen ihn im Zusammenhang mit dem städtischen Gesundheitswesen.

GR. DINHOF warf im Schlußwort StR. GOLLER eine problematische Argumentation bei seinen Ausführungen vor. Zur Sache sagte DINHOF, es geht darum, aufgrund der neuen Gebühren eine Verhandlungsbasis mit der Gebietskrankenkasse zu finden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und der FPö angenommen.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Verkehrsverbund

=++++

37 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) beantragte den Bericht des Rechnungshofes über die Verkehrsverbundsorganisationsgesellschaft zur Kenntnis zu nehmen.

GR. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte fest, daß diese Gesellschaft ihre Aufgabe, den Verkehrsverbund der Ostregion vorzubereiten, nach zehn Jahren Wirkens erst jetzt, kurz vor den Wahlen, erfüllt habe. Laut Rechnungshofbericht waren die Vorarbeiten schon 1979 abgeschlossen. Mangelnder Verhandlungswille habe einen früheren Erfolg verhindert. Auch das Ergebnis sei dürftig: Erst 1984 solle der Verkehrsverbund wirksam werden, die Autobuslinien würden noch später eingebunden werden. Alles in allem sei nur ein minimaler Schritt vorwärts getan worden.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (BVP) wies darauf hin, daß in der Chronik des Verkehrsverbundes das erste Kapitel fehle, nämlich die Initiative der BVP. Im Wahljahr 1973 sei der Verkehrsverbund wie durch einen "Dornröschenkuß" erweckt worden. Die Planung sei schnell vorangeschritten, aber es kam zu keiner Realisierung, weil sich die Teilnehmer gegenseitig den "schwarzen Peter" zugeschoben hätten. Im Wahljahr 1978 habe Bürgermeister Gratz eine Entscheidung versprochen, die aber erst im Wahljahr 1983 realisiert wurde. Auch jetzt handle es sich nur um ein Gerippe, die Autobuslinien fehlten noch. In diesem Zusammenhang ersuchte GR. Regler die zuständigen Stadträte, die Planungs- und Verhandlungsaufträge zur Einbindung der Autobuslinien möglichst schnell voranzutreiben. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Verkehrsverbund

=++++

38 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Im Bericht des Rechnungshofes seien keine wesentlichen Mängel festgestellt worden, erklärte GR. KNEIDINGER (SPÖ). Durch die andere Ausgangssituation in Niederösterreich und Burgenland, wo der öffentliche Verkehr hauptsächlich von ÖBB und Post bestritten würde, sei es zu den Verzögerungen gekommen. Für eine Einbeziehung der Autobuslinien werde der Schlüssel für die Durchtarifisierungskosten geändert werden müssen. Ziel des Verkehrsverbundes sei es, einen stärkeren Anreiz zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bieten.

Anschließend nannte GR. Kneidinger einige Beispiele für die Vorteile des Verkehrsverbundes: So wird sich ein Benutzer einer Jahreskarte von Neusiedl nach Wien mehr als 2.500 Schilling im Jahr ersparen. Für die Wiener wachse das zum jetzigen Tarif benützbare Streckennetz um 58 Kilometer, die Fahrzeiten werden sich bis zu 56 Prozent verringern. Am 3. Juni 1984 wird der Verkehrsverbund in Kraft treten.

Im seinem Schlußwort verwies GR. MAYRHOFER noch einmal darauf, daß in den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland im Gegensatz zu Wien bisher keine Vorsorge für den Nahverkehr im Landesbudget getroffen werden mußte, den ÖBB und Post zum Großteil übernommen haben. Deshalb waren beide Bundesländer an einer Fortsetzung dieses für sie günstigen Zustandes interessiert, was die Finanzierungsverhandlungen verzögert habe.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungshofbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

(Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Jugendzentren

=++++

39 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUBARZ (SPÖ) beantragte eine Subvention in der Höhe von 42,5 Millionen Schilling für den Verein "Jugendzentren der Stadt Wien".

Das Ziel der Wiener Jugendzentren, jenen Teil der Jugend zu erreichen, der von den traditionellen Jugendorganisationen nicht erfaßt wird, wurde im wesentlichen erreicht, sagte GR. KUCHAR (FPÖ). Allerdings bestehe ein Mißverhältnis in der Höhe der Subventionen für die Jugendzentren und für die traditionellen Organisationen. Während man bei jenen äußerst großzügig sei, erhalten die traditionellen Jugendorganisationen real sogar weniger als im vergangenen Jahr.

Ein Problem stellt das Jugendzentrum "Gassergasse" dar. Die Öffentlichkeit, die diese Einrichtung subventioniert, hat ein Recht auf eine umfassende Information darüber, was dort geschieht. Es ist hoch an der Zeit, zu prüfen, ob die Mittel dort widmungsgemäß verwendet werden. Nach Feststellung der Tatbestände sind dann die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

GR. HANKE (SPÖ) erklärte, daß der finanzielle Aufwand der traditionellen Jugendorganisationen mit zumeist ehrenamtlichen Mitarbeitern nicht vergleichbar sei mit jenem der kommunalen Jugendzentren, die haupt- oder nebenberufliche Mitarbeiter beschäftigen. Viele Projekte von Jugendorganisatinnen werden gefördert.

Die Vorkommnisse, die im autonomen Jugendzentrum Gassergasse zum Eingreifen der Polizei geführt haben, sind nicht zu beschönigen. Ein Jugendzentrum ist keine Zufluchtsstätte für Rechtsbrecher.

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Jugendzentren

=++++

40 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Die Berichterstattung in den Medien, sagte HANKE, sei allerdings zum Teil tendenziös. Es ist zum Beispiel nicht wahr, daß der Polizei wie in einer Festung wochenlang der Zutritt verweigert wurde. Die autonomen Zentren wie Arena, Amerlinghaus und Gassergasse erfüllen eine wichtige Aufgabe und sind oft Hilfsstationen für Jugendliche in Schwierigkeiten. Wir sind stolz darauf, betonte HANKE, daß in Wien das Gespräch mit den jungen Menschen immer gesucht wurde und nie abgerissen ist. Es ist eine ernsthafte Frage, wie es gelingt, alternative Gruppen in das gesellschaftliche Leben einzubinden.

GR. HOLUBARZ sagte in seinem Schlußwort, daß Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER stets für das Gespräch mit der Jugend da sei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Eissportanlage

=++++

41 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) stellte den Antrag, dem ASKÖ-Landesverband Wien aus Mitteln der Sportförderung 1983 für die Errichtung der Eissportanlage Nothnagelplatz in Favoriten zehn Millionen als Sondersubvention zu gewähren.

Namens der ÖVP lehnte GR. ARTHOLD diesen Antrag ab. Bis heute wurden bereits mehr als 40 Millionen für den Eisring-Süd von der Stadt aufgebracht. Arthold erinnerte daran, daß StR. SCHIEDER bereits im Dezember 1980 betont habe, es gäbe keine Zusage, daß der ASKÖ insgesamt 40 bis 50 Millionen erhalten werde. Arthold kritisierte weiter, daß der Subventionsakt "dünn" sei. In anderen Städten in der Umgebung Wiens werden Eissportanlagen mit weniger Geld errichtet. Auch erhalte der traditionelle Wiener Eislaufverein lediglich 120.000 S Subvention. Arthold konzedierte, daß der Eisring-Süd von der Jugend angenommen wird.

GR. LUDWIG (SPÖ) wies den Vergleich mit einem Eislaufplatz etwa in Perchtoldsdorf zurück. "Ich kann nicht das Stadthallenbad mit einem Bezirkshallenbad vergleichen". In ganz Ostösterreich gibt es keine Eisschnellaufbahn. Es gibt tägliches Training, auch Meisterschaften im Eisschnellauf wurden bereits durchgeführt. Die neue Anlage wurde auch von der Presse gelobt. Die Vorwürfe von GR. Arthold, daß die Subventionen nicht abgerechnet werden, sind falsch. Es wird mit dem Sportamt genau abgerechnet. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Eissportanlage

=++++

42 Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER widersprach dem Vorwurf von GR. Arthold bezüglich mangelnder Redlichkeit. "Ich habe gesagt, es liegt keine Zusage über die Subvention vor, das stimmt." Diese Subventionen werden, so wie alle anderen Sportsubventionen von den zuständigen Gremien beschlossen. Der Eisring Süd diene nicht nur dem Breitensport, sondern auch dem Spitzensport, dies ist bei einer kleinen Anlage nicht möglich. Die Dicke des Aktes sei für die Höhe der Subvention nicht maßgebend. "Es geht um die Sache", betonte Schieder. Auch die Behauptung von GR. ARTHOLD, daß der Wiener Eislaufverein lediglich 120.000 S an Subvention erhalten habe, stimmt nicht. Der WEV erhält 400.000 S an Jahressubvention und darüber hinaus Beträge, die über die Millionengrenze hinausgehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Städtisches Wohnhaus

=++++

43 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für einen städtischen Wohnhausbau im Bereich Handelskai - Engerthstraße von 263,1 Millionen Schilling um 41,57 Millionen auf 304,67 Millionen Schilling.

GR. LUSTIG (SPÖ) wies darauf hin, daß mit diesem Wohnbau wieder 273 Wohneinheiten mit den dazugehörigen infrastrukturellen Einrichtungen geschaffen werden. 750 Wiener finden wieder eine zeitgemäße Wohnung. Insgesamt werden 1983 3.000 Gemeindewohnungen fertiggestellt werden und damit wird auch ein wertvoller Beitrag zur Stadterneuerung geleistet werden. Mit 200.000 Wohnungen hat die Gemeinde Wien in 60 Jahren ein Viertel des derzeitigen Wohnungsbestandes der Stadt geschaffen. Nicht zuletzt ist der Gemeindewohnbau ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Heizkostenzuschuß

=++++

44 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria SZÖLLÖSI (SPÖ) beantragte, die Magistratsabteilung 12 zu ermächtigen, eine Aktion zur Gewährung außerordentlicher einmaliger Heizkostenzuschüsse durchzuführen. Die Stadt Wien und der Bund tragen für diese Aktion insgesamt 12,125.000 S bei.

GR. KUCHAR (FPÖ) verwies darauf, daß seine Partei schon mehrmals sowohl im Parlament als auch im Gemeinderat derartige Anträge gestellt hat. Gerade bei den sozial Schwächsten und bei den Familien - so KUCHAR - ist das Realeinkommen in den letzten Jahren unter der Inflationsrate zurückgeblieben. Die FPÖ begrüßt daher die Möglichkeit, Heizkostenzuschüsse zu vergeben, sagte KUCHAR, obwohl die Höhe der Zuschüsse nicht hoch genug ist und die Administration nicht sehr glücklich zu sein scheint. Abschließend kritisierte KUCHAR die von der SPÖ geplanten Steuern als Belastungen, die auch Bezieher kleiner Einkommen treffen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Heizkostenzuschuß

=++++

45 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. EBERHARDT (ÖVP) verwies auf den langen Weg, den der Heizkostenzuschuß bis zur Gesetzwerdung gebraucht habe. Anträge der ÖVP in diesem Zusammenhang seien in den letzten Jahren sowohl im Gemeinderat als auch im Nationalrat abgelehnt worden. Nun sei es endlich so weit. Störend sei nur die anscheinend bei sozialistischen Regierungen übliche bürokratische Abwicklung: die Anträge müßten bei der MA 12 eingebracht werden und werden dort überprüft. Mit einem darauf erfolgenden Schreiben des zuständigen Stadtrates müßte der Antragsteller daraufhin auf das Sozialreferat seines Wohnbezirkes gehen, wo er das Geld ausbezahlt erhalte. Die Bezirkssozialreferate sollten die Aufgabe direkt übernehmen, schloß GR. Eberhardt.

Als verwunderlich bezeichnete es GR. Lacina (SPÖ), daß die ÖVP plötzlich ohne Kontrollen auskommen wolle. Der Lebensstandard der Pensionisten, auch jener mit Ausgleichszulagen, habe sich in letzter Zeit wesentlich erhöht. Permanente Neinsager auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit gab und gebe es nur auf Seiten der ÖVP. Auch ihre Bruderpartei in der Bundesrepublik Deutschland habe die Pensionserhöhungen ausgesetzt. Die geschichtliche Entwicklung beider Parteien zeige, wer sich für Sozialmaßnahmen eingesetzt habe. Abschließend verwies GR. Lacina auf Publikationen der ÖVP, in denen Formulierungen, wie die Bezeichnung von Pensionistenheimen als "Wartesäle des Todes" vorkommen.

GR. PETRIK (ÖVP) erklärte, die Auseinandersetzung bei so ernsten Problemen dürfe nicht im Stile seines Vorredners ausgetragen werden. Keine Partei habe ein Patentrezept für die Sozialpolitik. Statt politischem Hick-Hack müßten sachliche Diskussionen geführt werden, Konzepte wie in den ÖVP-Publikationen dürften nicht abqualifiziert werden.

ABSTIMMUNG: einstimmig beschlossen.

(Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

46 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Anschließend wurde die von der ÖVP eingebrachte DRINGLICHE ANFRAGE verlesen. Im einzelnen umfaßt die an Stadtrat MAYR gerichtete Anfrage folgende Punkte:

1. Welche Konsequenzen werden Sie aufgrund des VAMED-Berichtes ziehen?
2. Muß jetzt mit einer weiteren Verschiebung des Fertigstellungstermines gerechnet werden?
3. Wer beschäftigt sich derzeit konkret mit den Auswirkungen der Planungen auf die zukünftigen Betriebskosten und mit Möglichkeiten zu ihrer Senkung?
4. Wieviele Aufträge mit welcher Auftragssumme wurden seit Übernahme durch die VAMED öffentlich ausgeschrieben, beschränkt ausgeschrieben und nicht öffentlich ausgeschrieben?
5. Inwieweit wird seitens der Stadt Wien darauf Einfluß genommen, daß bei Auftragsvergaben nach Möglichkeit Wiener Firmen zum Zug kommen?
6. Werden Regreßforderungen an die verantwortlichen AKH-Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte gestellt werden?
7. Wieviele Schweißnähte von Rohrleitungen, die sich als schadhaft erwiesen haben, müssen nunmehr saniert werden, und wieviel wird dies kosten?
8. Wie erklären Sie sich den Umstand, daß noch immer Verbindlichkeiten aus dem Jahre 1976 offen sind?
9. Warum wurden die Mängel und Fehler, die nunmehr von der VAMED aufgezeigt wurden, nicht durch die Bauaufsicht beziehungsweise die begleitende Kontrolle aufgedeckt?

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

47 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL)

10. Wäre es angesichts der festgestellten Mängel nicht sinnvoller, wenn das Kontrollamt auch weiterhin den Neubau des AKH überprüfen würde?

Zur Begründung der Dringlichkeit dieser Anfrage meldete sich GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) zu Wort. Sie nannte erstens die bevorstehende Auflösung des Gemeinderates und zweitens die Sache selbst, die keinen Aufschub erlaube. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

48 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR stellte fest, daß aufgrund des von der VAMED vorgelegten Ist-Berichtes der Kosten- und Terminplan bis Ende des Jahres erstellt wird. Heute sei eine Aussage darüber, wenn sie seriös sein soll, nicht möglich. Es gehe bei diesem Bereich nicht um einen Geheimbericht.

(Ausführliche Darstellung siehe gesonderte rk)

(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

49 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Kfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) ersuchte namens ihrer Fraktion, den umfangreichen Bericht zur Verfügung zu stellen. Sie selber habe nur eine Kurzfassung erhalten. Zur Haftungsfrage der VAMED, betonte Schlick, daß die VOEST-Tochter nicht unbeschränkt hafte, diese Haftung treffe nur bei vorsätzlichem Schaden zu. Die Haftungsbeschränkung auf 50 Millionen bei einer Bausumme von jährlich 2 Milliarden ist geringfügig.

Die Rednerin warf vor, daß täglich große Summen verschleudert werden, Firmen ohne Ausschreibung zum Zug kommen, teure Krankenhausbetten geschaffen werden, ohne zu wissen, ob diese auch gebraucht werden. Die Beauftragung der VOEST-Tochter VAMED soll lediglich die Regierungspartei aus der Verantwortung entlassen. Die Frage nach der Fertigstellung sei nicht beantwortet. Auch die Betriebskosten stehen nicht fest. "Es ist beschämend für Wien, daß wir nach 20jähriger Bauzeit keine verbindliche Fertigstellungszusage haben." GR. Schlick kritisierte weiter, daß offene Zahlungen aus dem Jahr 1976 vorgefunden worden seien. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

50 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Wie GR. HIRNSCHALL (FPö) sagte, birgt der Bericht der VAMED über den Bauzustand des neuen AKH für die FPö keine Überraschungen. Er zeigt nur, daß auch die VAMED, wie schon die früheren Errichtungsgesellschaften, das Baugeschehen noch nicht in Griff haben. Die Schuld daran tragen die verpfuschte Konzeption des Monsterbaus und die sich daraus ergebenden überlangen Planungs- und Bauphasen. Hätte man ein Spital im Pavillonsystem errichtet, hätte man wesentlich effizienter arbeiten können.

Als Kernfrage bezeichnete HIRNSCHALL den Planungsrückstand. Bis jetzt sind erst 54 Prozent der Gesamtplanungsleistung erbracht. Durch diese Lücke zwischen dem Soll- und dem Istzustand der Planung werden natürlich auch Fehlinvestitionen mitgeplant.

Abschließend forderte HIRNSCHALL für zukünftige Bauberichte, daß diese durch Stellungnahmen der begleitenden Kontrollinstanzen komplettiert werden. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

51 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Der Vierteljahresbericht der VAMED lasse die Fehlerhaftigkeit der Planung, Durchführung, Verwaltung und Aufsicht beim AKH-Neubau erahnen, stellte GR. KRASSER (öVP) fest. Die Architekten hätten jedenfalls für ihre und ihrer Kinder Zukunft ausgesorgt. Die Abstimmung von Baufortschritt und Planung sei nach wie vor nicht gegeben - es werde gebaut und erst hinterher geplant. Langwierige Sanierungsmaßnahmen seien laut dem VAMED-Bericht notwendig. So müßten alle Rohrleitungen und Montagen auf eine eventuell notwendige Konservierung untersucht werden. Die Aussage von StR. MAYR, eine Verzögerung beim AKH-Bau sei nicht zu erwarten, wäre aufgrund des Berichtes zu bezweifeln. Die nun aufgedeckten fehlerhaften Arbeiten fielen in die Zeit nach der Aufdeckung des AKH-Skandales, als es die begleitende Kontrolle und die AKPE bereits gab, erklärte GR. KRASSER.

Auch die Wiener Bauordnung wurde laut VAMED-Bericht sehr lax gehandhabt. Erst jetzt wurden die Errichtungsbewilligungen für einzelne Bauwerke nachträglich eingeholt. Anscheinend wolle StR. WURZER, der für die Baupolizei zuständig ist, wie alle anderen Verantwortlichen nichts mehr mit dem AKH zu tun haben.

Abschließend forderte GR. KRASSER, das Kontrollamt solle wieder beim AKH nach dem Rechten sehen, seine Ausschaltung sei ein Fehler gewesen. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

52 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Wenn man ein Bauvorhaben dieser Größenordnung übernimmt, nachdem vorher die gesamte Bausituation durch ein teilweise korruptes Management in Schwierigkeiten geraten ist, sagte GR. DINHOF (SPÖ), dann ist ein solcher Bericht, wie er jetzt von der VAMED erstellt wurde, eigentlich ganz logisch und selbstverständlich. Jeder ordentliche Kaufmann würde und muß so handeln, da er sich ja, wenn er die Verantwortung übernimmt, nicht einfach auf Berichte anderer verlassen kann.

Ab 1. Jänner 1984 hat die VAMED die unbeschränkte Haftung. Dem Mißmanagement beim AKH wurde Einhalt geboten, indem der VOEST der Auftrag erteilt wurde, sich um den Neubau zu kümmern. Überall auf der Welt gibt es bei Bauvorhaben dieser Größenordnung Probleme. Für uns sind die Belange der Patienten erstrangig, betonte DINHOF. Entscheidend ist nicht die Fassade eines Hauses, sondern der Inhalt, die unmittelbare Umgebung des Patienten. Hier wurden einige Dinge richtigerweise geändert. Es geht nicht um einen Prestigebau, sondern um die bestmögliche Versorgung der Patienten. Zu Jahresende wird der Termin- und Kostenplan der VAMED vorliegen.

Er hoffe, sagte DINHOF, daß es langsam zu einer Versachlichung der Diskussion um das AKH kommen wird. Es geht jetzt darum, Planungsmängel und Fehler der Vergangenheit auszumerzen.

Auch er sei der Meinung, sagte DINHOF, daß nach der Verhaftung von Winter ein teilweiser Stillstand eingetreten sei. Der Korruption wurde Einhalt geboten, und das brachte auch einige Verzögerungen. Wir nehmen jeden Prüfbericht sehr ernst und sind bemüht, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Vor allem ist es wichtig, daß das AKH möglichst rasch fertig wird. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

53 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) StR. NEUSSER (ÖVP) nahm zu den Vergabeberichtlinien Stellung, die im Baubeauftragungsvertrag mit der VAMED festgelegt wurden. Es wäre gar nicht nötig gewesen, eigene Richtlinien zu erarbeiten, bei Anwendung der Ö-Norm A 2050 wäre eine saubere Lösung erreicht worden. "Ich unterstelle der VOEST", sagte StR. NEUSSER, "daß sie einen Weg gesucht hat, um sich den größten Vorteil herauszuholen." Während bei der Gemeinde Wien beschränkte Ausschreibungen bei einem Betrag von mehr als 400.000 S nicht möglich sind, gibt es bei der VAMED keine Beschränkung.

Neusser befürchtet, daß die VOEST Kompensationsgeschäfte mit dem Ostblock durchführen wird. Das wäre bei Anwendung der Ö-Norm A 2050 nicht möglich gewesen. Es wäre auch denkbar, daß die VOEST Tochterfirmen gründet, die im Ausland einkaufen und dann als "Wiener" Firmen als Anbieter auftreten. Bundeskanzler Kreisky hat wegen der Vorkommnisse um das AKH ein Vergabegesetz angeregt, und jetzt wird ausgerechnet beim AKH nicht einmal nach der Ö-Norm A 2050 vorgegangen, mokierte sich Stadtrat Neusser. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

54 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR nahm in seinem Schlußwort zunächst zu den Ausführungen von StR. NEUSSER Stellung und widersprach dessen Meinung, daß bei Auftragsvergaben keine Preisgespräche mit anbietenden Firmen geführt werden dürfen. Es können, so MAYR, Preisgespräche mit allen Anbietern geführt werden. Das bietet ja auch die Chance der Preiskontrolle für den Auftraggeber. MAYR widersprach auch der Meinung, daß eine Lenkung der Aufträge in Richtung VOEST zu verzeichnen sei. Schließlich so MAYR, muß ja auch die begleitende Kontrolle den Aufträgen zustimmen. Auch das Mißtrauen der Wiener ÖVP gegen die VAMED als ausführende Gruppe bezeichnete MAYR als unbegründet und zitierte aus diesem Anlaß einen Artikel aus dem offiziellen ÖVP-Organ "Voksblatt" in dem der VOEST das Vertrauen ausgesprochen wird.

Anschließend beantwortete MAYR die dringliche Anfrage der ÖVP. Mayr betonte, daß der den Gemeinderatsausschüssen "Gesundheit und Soziales" und "Finanzen und Wirtschaftspolitik" übergebene Quartalsbericht der VAMED einen kurzen Auszug aus dem ebenfalls fertiggestellten Ist-Standbericht per 31.12.1982 - mit den gleichen Aussagen, allerdings in verkürzter Form - enthält. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

55 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Mayr nahm zu den in der Anfrage aufgeworfenen Punkten wie folgt Stellung:

"ZU PUNKT 1:

Aus meinen Ausführungen zu den Punkten 2 - 10 werden Sie eindeutig erkennen können, daß allfällige Konsequenzen von der VAMED gegenüber den bauausführenden Firmen zu ziehen wären.

ZU PUNKT 2:

Der nunmehr vorliegende Iststandsbericht der VAMED ist eine Vorarbeit für die Erstellung des neuen Termin- und Kostenplanes, für die der Gemeinderat der VAMED einen Zeitraum bis zum 31.12.1983 eingeräumt hat. Vor der Vorlage dieses Zeit- und Kostenplanes kann seriöserweise keine Aussage über etwaige Verschiebungen von Zeitpunkten der Fertigstellung bzw. der Teilinbetriebnahme getätigt werden. Eine solche Aussage würde doch bedeuten, daß es möglich wäre, die Arbeit einer ganzen Organisation, für die dieser ein Zeitraum von mehr als einem Jahr eingeräumt worden ist, sofort und ohne genaue Prüfungen zu erledigen.

ZU PUNKT 3:

Die VAMED wurde über Wunsch der ARGE AKH vom Beirat beauftragt Maßnahmen vorzuschlagen, die eine Verbesserung der bisherigen Berechnungen und eine ständige Fortschreibung dieser Berechnungen über die zukünftigen Betriebskosten ermöglichen sollen. (Forts.)
red/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

56 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL)

ZU PUNKT 4:

Seit Übernahme durch die VAMED am 1.6.1982 wurden mit Stichtag 31.12.1982 nachstehend angeführte Aufträge erteilt.

VERGABEART:	ANZAHL:	AUFTRAGSWERT:
Öffentliche Ausschreibungen	16	146,934 Mio.
Beschränkte Ausschreibungen	27	207,805 Mio.
Nicht öffentliche Ausschreibungen (Freihandvergabe)	115	136,094 Mio.
Nachträge	196	192,404 Mio.

Summe	354	683,237 Mio.

ZU PUNKT 5:

Gem. Paragraph 3 Absatz 3 der Vereinbarung zwischen der ARGE-AKH und der VOEST sind, bei zumindest gleichwertigen Angeboten, Wiener Unternehmen zu bevorzugen.

Von den unter Punkt 4 erwähnten 354 Auftragsvergaben wurden 314 Aufträge (einschließlich Nachtragsaufträge) mit einem Auftragswert von 580 Mio. S an Wiener Betriebe vergeben, d. s. rund 85 Prozent der Auftragssumme. Dieser Prozentsatz wird selbstverständlich schwanken, je nach Produktgruppen die zur Ausschreibung gelangen.

ZU PUNKT 6:

Außer den bereits im Zusammenhang mit dem Bau des neuen AKH laufenden Verfahren wird der vorliegende Bericht keinen Anlaß zu Regreßforderungen gegen AKH-Vorstandsmitglieder oder Aufsichtsräte geben. Es handelt sich vielmehr um Sachverhalte, die von den ausführenden Firmen zu vertreten sind und um Mängel, die von den ausführenden Firmen zu beheben sind. (Forts.) red/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

57 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL)

ZU PUNKT 7:

Ich darf die Fragen a) und b) zusammenfassen und dazu berichten: Die Bauleitung der AKPE hat bereits im Frühjahr 1982 starke Bedenken gegen die Qualität der Schweißungen angemeldet. Auf Grund dieser Bedenken wurden Stichproben gezogen und Gutachten in Auftrag gegeben. Diese brachten ein negatives Ergebnis. Als Konsequenz daraus hat bereits die VAMED, im August 1982, eine Mängelrüge, verbunden mit dem Auftrag, die Mängel fachgerecht zu beheben, schriftlich an die auftragsnehmenden Unternehmen gerichtet. Wieviele Schweißnähte sich tatsächlich als schadhaft erweisen werden und damit saniert werden müssen, steht noch nicht fest, wird aber eine derzeit noch im Gange befindliche Untersuchung des TÜV ergeben.

c) Die Frage der Kosten stellt sich nicht an die VAMED bzw. an die Bauherren des AKH. Mangelhafte Bauausführungen sind auf Kosten der bauausführenden Firmen in Ordnung zu bringen.

d) Eine Auswirkung auf den weiteren zügigen Ausbau des neuen AKH dürften diese Arbeiten nicht haben, da sie parallel zu den sonstigen Bauarbeiten durchgeführt werden können.

ZU PUNKT 8:

Der vorliegende Quartalsbericht spricht eindeutig von "offenen Zahlungen" und nicht von "Verbindlichkeiten". Diese offenen Zahlungen werden von der VAMED derzeit dahingehend überprüft ob ihnen auch eine tatsächliche Pflicht zu einer Zahlung gegenübersteht.

(Forts.) red/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Dringliche Anfrage über das AKH

=++++

58 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL)

ZU PUNKT 9:

Außer den in den bisherigen Berichten der Bauaufsicht, der begleitenden Kontrolle und des Kontrollamtes aufgezeigten Fakten wurde in den jetzt vorgelegten Bericht lediglich die seit Frühjahr 1982 bereits bekannte Frage der Schweißnähte neu aufgenommen.

Wie bereits ausgeführt, wurde dieses Faktum bereits im Frühjahr 1982 von der damaligen Bauleitung aufgezeigt und bereits im August 1982 der erste Schritt gegenüber der ausführenden Firmengruppe gesetzt.

ZU PUNKT 10:

Die Frage 10 verkennt die Funktion des Kontrollamtes. Die vorgeschlagene Prüfung durch das Kontrollamt könnte auf Grund der Rechtskonstruktion desselben nur zu nachträglichen Feststellungen durch das Kontrollamt führen. (Schluß) red/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Der Antrag auf Auflösung des Gemeinderates (1)

=++++

28 #Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn der Gemeinderatssitzung am Freitag wurde der Antrag der SPÖ "betreffend die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates" eingebracht. Antragsteller sind Klubobmann EDLINGER sowie die Gemeinräte SALLABERGER, MAYRHOFER, Prof. Dipl.-Vw. Karoline PLUSKAL und Genossen. Der Antrag wird noch heute Freitag im Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten behandelt. Er wird dem Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung am Freitag, dem 18. Februar, zur Beschlußfassung vorliegen. Die Mitglieder des Gemeinderates bleiben bis zur Angelobung der neugewählten Gemeinderäte im Amt. #

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Am 24. April 1983 wird der Nationalrat der Republik Österreich neu gewählt werden. Die Wahlwerbung der politischen Kräfte unseres Landes für die von der Bevölkerung zu treffende Entscheidung hat bereits voll eingesetzt.

Ungeachtet der Eigenständigkeit jener Probleme, die auf der Ebene der Gemeinde und des Landes Wien sowie der Wiener Bezirksvertretungen zu bewältigen sind, erscheint es zweckmäßig, gleichzeitig mit der Neuwahl des Nationalrates auch die Neuwahl des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen, deren Wahlperiode im Herbst 1983 enden würde, am Tag der Nationalratswahl durchzuführen.

Gerade in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Probleme der westeuropäischen Industriestaaten auf Österreich überzugreifen drohen, ist es, abgesehen von der damit verbundenen Kostenersparnis, notwendig, die Wahlwerbung auch in Wien auf einen kürzeren Zeitraum einzuschränken, um möglichst rasch wieder zu einer von wahlpolitischen Auseinandersetzungen unbelasteten Arbeit im Interesse der Wiener Bevölkerung zu kommen. (Forts.) red/gg

NNNN

Der Antrag auf Auflösung des Gemeinderates (2)

=++++

29 Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

ANTRAG:

Gemäß Paragraph 13 Wiener Stadtverfassung wird der Gemeinderat der Stadt Wien vor Ablauf der Wahlperiode aufgelöst.

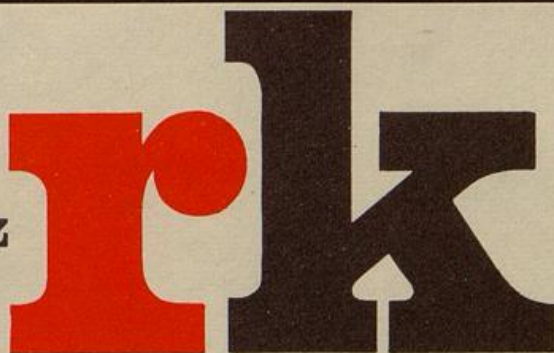
Der Herr Bürgermeister wird ersucht, gemäß Paragraph 3 der Gemeindewahlordnung der Stadt Wien die Neuwahl der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen so anzusetzen, daß diese am 24. April 1983 durchgeführt werden kann.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten beantragt." (Schluß) red/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 29. Jänner 1983

Blatt 248

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Bürgernahe Verwaltung
(rosa) Dank des Gemeinderates für Senatsrat Dr. Denscher
Wiener Gemeinderat: einstimmig und ohne Debatte

Lokal: Stenografie- und Maschinschreibwettbewerb 1983
(orange) Österreichs erster UNO-Beamter ging in Pension
Zeugnissorgen: Kindertelefon und Info-Center helfen
Vor Beginn einer Grippewelle

Stenografie- und Maschinschreibwettbewerb 1983

=++++

1 #Wien, 29.1. (RK-LOKAL) Die Arbeitsgemeinschaft Stenografie in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten veranstaltet auch 1983 wieder einen Wettbewerb in Stenografie und Maschinschreiben. Die besten Leistungen werden durch die Stadtverwaltung und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten prämiert.#

Der Wettbewerb für Stenografie findet Mittwoch, den 21. März, im Vortragsaal der MA-VA, 1, Bartensteingasse 13, um 13.30 Uhr statt. Es ist eine Ansage in der Dauer von drei Minuten aufzunehmen und zu übertragen. Geschrieben wird in Geschwindigkeitsgruppen ab 120 Silben pro Minute.

Der Wettbewerb in Maschinschreiben, zu dem eigene Schreibmaschinen mitgebracht werden können, wird Freitag, den 25. März, im Phonothypielehrsaal der MD-VA, 1, Bartensteingasse 13, 4. Stock, ab 13 Uhr durchgeführt. Zu schreiben ist nach einer Ansage in der Dauer von drei Minuten in Geschwindigkeitsgruppen ab 60 Silben pro Minute. Außerdem wird ein Abschreibwettbewerb nach maschinschriftlichen Vorlagen durch 10 Minuten ausgetragen.

Für Anmeldungen und Auskünfte wenden Sie sich bitte an: OAR Baumgartner, Tel.: 42 800/2215 Dw. oder OAR Seifert, Tel. 31 25 49/60 Dw. (Schluß) red/ap

NNNN

österreichs erster UNO-Beamter ging in Pension
Utl.: 28 Jahre im Dienst der Weltorganisation
=++++

2 Wien, 29.1. (RK-LOKAL) Im Jahre 1955, als Österreicher für wichtige Arbeiten innerhalb der Vereinten Nationen gesucht wurden, fiel die erste Wahl auf ihn: Dr. Hans SZUSZKIEWICZ, zu dieser Zeit Leiter des Aktuellen Dienstes beim österreichischen Rundfunk, wurde als erster Vertreter unseres Landes in die Weltorganisation aufgenommen.

Der Redakteur, Autor des vielbeachteten Buches: "Reporter war ...", übersiedelte zunächst nach New York und arbeitete in der Informationsabteilung der UNO. Im Verlauf seiner 28jährigen Tätigkeit war er in wichtigen Funktionen in vielen Ländern tätig, darunter in Neuguinea, Burma, Australien, Italien, Malta, Tunesien oder Indien. Kürzlich trat er in den Ruhestand und kehrte nach Wien zurück. "Wien hat sich enorm zu seinen Gunsten verändert", vergleicht der Diplomat die Bundeshauptstadt der 50er Jahre und von heute. "Die Autobahn zum Flugplatz, die U-Bahn, mit der man in weniger als einer Viertelstunde vom Karlsplatz beim Vienna International Centre ist - erst kürzlich haben mit mehrere UNO-Leute, die zu Konferenzen in Wien waren, gesagt: 'The public transport system in Vienna ist just excellent.' Ich kann nur bestätigen: Wien ist auch im internationalen Vergleich eine sehr moderne Stadt geworden. Dr. Hans Szuszkiewicz, Besitzer des Goldenen Ehrenzeichens der Republik, will sich nach einer kurzen Eingewöhnungszeit nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen und eine interessante Tätigkeit ausüben. Er denkt an die Schaffung eines Kommunikationszentrums, in dem der Kontakt zwischen den vielen in Wien ansässigen ausländischen Diplomaten und der österreichischen Bevölkerung gefördert werden soll. (Schluß) ull/ko

NNNN

Bürgernahe Verwaltung

Utl.: 25 Jahre Datenverarbeitung bei der Stadt Wien

=++++

3 #Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Kaum eine andere Abteilung der Wiener Stadtverwaltung hat in der relativ kurzen Zeit seit ihrer Entstehung eine so rasante Entwicklung mitgemacht, wie die Automatische Datenverarbeitung in der Magistratsdirektion (MD-ADV). Die ADV der Stadt Wien feiert heuer den 25. Jahrestag der Einführung der Datenverarbeitung im Wiener Magistrat und ihr 15. Jubiläum als eigenes Referat der Magistratsdirektion.#

"Wien aktuell-Wochenblatt" berichtet in seiner neuesten Ausgabe über die Entwicklung dieser Abteilung, die von der Installierung als Verwaltungshilfe bis zum Instrument der Planung und Entscheidungsvorbereitung reicht.

Zahlreiche von der Stadtverwaltung angebotene Dienstleistungen, aber auch viele Verwaltungsaufgaben wären ohne Hilfe der ADV kaum noch in der Qualität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit zu bewältigen, wie es die Wiener Bevölkerung gewohnt ist. Internationale Anerkennung für die Leistungen gibt es bereits genügend für das mittlerweile größte Rechenzentrum Österreichs. Wohlgermerkt, der Leistung nach, nicht nach der Zahl der Mitarbeiter, die mit rund 330 relativ niedrig ist.

Seit drei Jahren ist die ADV in dem neuen Rechenzentrum in der Stadiongasse untergebracht. Dieses Rechenzentrum wurde ganz nach den Vorstellungen der ADV konzipiert. Hier wird an 160 Großprojekten gearbeitet. Insgesamt sind es bereits mehr als 80 Bereiche der Stadtverwaltung, die von der ADV erfaßt werden. Die wichtigsten Aufgabengebiete sind das Personalwesen mit den Standesämtern, Wähler- und Staatsbürgerschaftsevidenz, Gesundheits- und Spitalsbereich, Finanzen, Wohnungswesen und vieles andere.

Zwtl.: Aufgaben der Zukunft

Eine Vielfalt von Arbeiten wird in Zukunft automationsunterstützt gemacht werden, wobei eine weitgehende Verselbständigung der Fachbereiche auf dem ADV-Sektor zu erwarten ist. Damit besteht auch die Chance, durch den sinnvollen Einsatz der neuesten Technologien die vielfältigen Aufgaben der Stadtverwaltung noch bürgernäher zu gestalten. (Schluß) en/gg

Dank des Gemeinderates für Senatsrat Dr. Denscher

=++++

4 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat hat am Freitag Senatsrat Dr. Richard DENSCHER anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand den Dank ausgesprochen. (Schluß) red/gg

NNNN

Zeugnissorgen: Kindertelefon und Info-Center helfen

=++++

5 #Wien, 29.1. (RK-LOKAL) Das Jugendamt der Stadt Wien weist auch heuer wieder darauf hin, daß die Info-Center und das Kindertelefon bei Zeignissorgen spezielle Beratung anbieten. Kinder und Jugendliche glauben wegen schlechter Zeugnisnoten oft, in eine ausweglose Situation geraten zu sein. "Ausreißen" und andere Kurzschlußhandlungen häufen sich besonders zur Zeugniszeit. Diesen Kindern und Jugendlichen kann geholfen werden, wenn sie den Weg zu einem Info-Center finden oder das Wiener Kindertelefon anrufen.

Die Mitarbeiter der Info-Center und des Kindertelefons nehmen sich Zeit für ausführliche und ruhige Gespräche. Gemeinsam wird versucht, eine Lösung der schwierigen Schulsituation zu finden.#

Da Schulprobleme meist auch Probleme im Elternhaus nach sich ziehen, wird auch zu den Eltern vermittelt, wenn das Kind oder der Jugendliche darum ersucht.

Familienstadträtin Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER appelliert an alle Kinder und Jugendlichen, sich nicht zu Kurzschlußhandlungen hinreißen zu lassen, denn aus jeder, auch noch so schwierigen, Situation gibt es immer einen Ausweg. Diesen Ausweg zu finden, dabei können die Mitarbeiter des Jugendamtes helfen.

Das Wiener Kindertelefon (31 66 66) kann Montag bis Freitag in der Zeit von 12 bis 18 Uhr angerufen werden. In dringenden Fällen steht es auch rund um die Uhr zur Verfügung.

Die beiden Info-Center (Wien 6, Damböckgasse 1, Tel. 57 72 21 und 21, Prager Straße 20, Tel. 30 33 89) kann man Montag bis Freitag von 12 bis 19 Uhr aufsuchen oder einfach anrufen. (Schluß) emw/ko

NNNN

Vor Beginn einer Grippewelle

=++++

6 Wien, 29.1. (RK-LOKAL) Die Zahl der grippeerkrankten Wienerinnen und Wiener steigt: Wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, sind in dieser Woche (vom 24. bis 28. Jänner) rund 16.000 Menschen an Grippe erkrankt (gegenüber ca. 11.000 Personen in der vergangenen Woche). Dementsprechend ist auch die von der Gebietskrankenkasse gemeldete Zahl der Gesamtkrankenstände aller in der Bundeshauptstadt arbeitenden Menschen ebenso wie die Zahl der erkrankten Schüler in den Schulen gestiegen. Für die kommende Woche wird mit einem weiteren Steigen der Grippefälle und dem Beginn einer Grippewelle gerechnet. Dabei handelt es sich um das sogenannte Hongkong-Virus Stamm A, das vom Hygieneinstitut der Universität Wien bereits mehrfach virologisch und auch in mehreren Spitälern serologisch nachgewiesen wurde. (Schluß) zi/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat: einstimmig und ohne Debatte

=++++

7 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom Freitag standen 76 Geschäftsstücke, von denen 61 einstimmig und ohne Debatte angenommen wurden. Dem Verband Wiener Volksbildung wird zur Weiterführung seiner Tätigkeit im Jahr 1983 eine Subvention von 41,1 Millionen zur Verfügung gestellt. Weiter beschloß der Gemeinderat, dem Verein "Haus Döbling" zur Aufrechterhaltung des Betriebes des internationalen Studentenheimes Döbling eine Subvention von 6,2 Millionen zu gewähren. Das "Dr.-Karl-Lueger-Institut" erhält zur Durchführung einer Ausstellung über Leben und Wirken des Wiener Bürgermeisters Dr. Karl Lueger einen Förderungszuschuß in Form einer Ausfallshaftung bis zu einer Höhe von 400.000 S. Zur Förderung der Wiener Kleinbühnen wurde eine Subvention von 4,3 Millionen genehmigt.

Weitere Subventionen im Gesamtausmaß von 19,4 Millionen wurden für zahlreiche Vereinigungen beschlossen. Unter anderem 3,4 Millionen für den Verein "Jugend am Werk" und ebenfalls 3,4 Millionen für den Verein "Wien-International".

Für Instandsetzungsarbeiten an der Trennmauer zwischen Wienfluß und U 4, von der Stiegerbrücke bis zur großen Einwölbung wurden 3,6 Millionen einstimmig genehmigt. (Schluß) fk/gg

NNNN

.....
Bereits am 30. Jänner 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gegen Lärm und Gestank: Meßgeräte und Beschwerdekataster

=++++

1 #Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) "Um den Kampf gegen den Lärm weiter zu verstärken, werden die Mitarbeiter des Mobilen Bürgerdienstes in wenigen Wochen Lärmmeßgeräte erhalten. Damit können auch sie an Ort und Stelle die Lärmbelastung messen": das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Sonntag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Auch die Möglichkeit, sich gegen die Verursacher übler Gerüche zur Wehr zu setzen, werden weiter verbessert. Die Mitarbeiter der Außenstellen des Bürgerdienstes verfügen nun ebenfalls über eigene Beschwerdebögen, mit deren Hilfe der Umweltcomputer der MA 22 versuchen kann, den Quellen übler Düfte nachzugehen.#

Auf Initiative von Umweltstadtrat Schieder führt der Umweltcomputer bekanntlich einen eigenen Beschwerdekataster gegen Geruchsbelästigungen. Da man Gerüche ja selbst mit modernsten Meßgeräten nicht messen kann, weil die menschliche Nase schon feinste, unmeßbare Konzentrationen wahrnimmt, hat die MA 22 eigens Beschwerdeblätter aufgelegt. Diese Bögen erhält man auf Wunsch zugesendet. Datum, Zeit und Ort der Geruchsbelästigung sollen darauf eingetragen werden, damit der Umweltcomputer anhand mehrerer Beschwerden versuchen kann, den Verursacher einzukreisen.

"Außerdem bietet die Umweltschutzabteilung den Firmen ebenso wie privaten Hausbauern ein Schallschutzservice, eine Aufstellung aller auf dem Markt erhältlicher Schallschutzmaßnahmen", sagte Schieder weiter. Mit diesem Service sollen Bauherrn über optimale Maßnahmen gegen den Lärm informiert werden.

"Um den Wienerinnen und Wienern die Möglichkeit zu geben, sich auch außerhalb der normalen Amtsstunden mit Umweltproblemen an die Stadt Wien wenden zu können, wurde auch in der Umweltschutzabteilung vor einiger Zeit der "lange Donnerstag" eingeführt," betonte Wiens Umweltstadtrat außerdem. An jedem Donnerstag hat man bis 18 Uhr die Möglichkeit, sich in der MA 22, Wien 1, Ebendorferstraße 4, zu informieren oder beraten zu lassen. (Schluß) hs/ap

Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing

Utl.: Mehr Platz für Kleingärten

=++++

5 #Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Als Teil einer Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für den 13. Bezirk wurde nun der Entwurf für das etwa 58 Hektar große Plangebiet zwischen Wlassakstraße, Lainzer Tiergarten, Ghelengasse, Stock im Weg, Köchelgasse, Gemeindeberggasse, Veitingergasse und Jagdschloßgasse fertiggestellt, in dem rund 1.500 Menschen leben. Derzeit gibt es für diesen Bereich eine Vielzahl von Widmungen, die zum Teil bis auf das Jahr 1899 zurückgehen. Der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan soll eine eindeutige Rechtslage schaffen. Er dient den städtebaulichen Zielen, durchgrünte Wohngebiete zu erhalten, Erholungsräume auszubauen und nur die zur Erschließung unbedingt erforderlichen Verkehrsflächen bereitzustellen. So soll zum Beispiel ein östlich des St. Veiter Friedhofs gelegenes bewaldetes Areal dem angrenzenden "Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel" zugeordnet werden.

Im Bereich Jennerplatz wird eine Fläche zur Erweiterung der bestehenden Kleingartenanlage gewidmet. Die "Nazarenerwiese" soll weiterhin unbebaut bleiben. Der ursprüngliche Plan, eine Verbindungsstraße zwischen der Gemeindeberggasse und der Wlassakstraße herzustellen, soll nicht weiter verfolgt werden. Der Planentwurf (Plannummer 5704) liegt vom 3. Februar bis 3. März während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmere 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Um den Bewohnern von Hietzing die Information über diesen Plan zu erleichtern, stehen am 3., 10., 17., 24. Februar und 3. März 1983, jeweils von 14.00 bis 17.30 Uhr, Mitarbeiter der zuständigen Fachabteilung in der Bezirksvertretung Hietzing, 13, Hietzinger Kai 1-3, 2. Stiege, 2. Stock, Zimmer 115 b, für Auskünfte zur Verfügung. (Schluß) sc/ap

NNNN

In den Ferien ins Pratermuseum

=++++

6 Wien, 31.1. (RK-LOKAL) Während der Semesterferien vom 5. bis 13. Februar bietet sich auch die Möglichkeit, im Pratermuseum im Wiener Planetarium einen Einblick in die Geschichte des Wiener Praters zu nehmen.

Das Museum ist an folgenden Tagen geöffnet:

Samstag, 5. Februar	14 bis 19 Uhr
Sonntag, 6. Februar	14 bis 20 Uhr
Montag, 7. Februar bis	8 bis 12 Uhr und
Freitag, 11. Februar	18 bis 20 Uhr
Samstag, 12. Februar und	14 bis 20 Uhr
Sonntag, 13. Februar	

Unter den Exponaten im Museum, die ein Bild des alten Praters bieten, befinden sich unter anderem die 3,5 Meter hohe Hauptfigur des alten Fortuna-Karussells, der Original-Watschenmann, zwei alte Ringelspielpferde und die lebensgroße Nachbildung eines Hirschen aus dem Gasthaus zum "Braunen Hirsch". (Schluß) gab/ko

NNNN

Am Freitag Landtagssitzung

=++++

7 Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag tritt kommenden Freitag (10 Uhr) zu seiner letzten Sitzung vor den Gemeinderatswahlen zusammen. Auf der Tagsordnung steht die Genehmigung des Abschlusses einer Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl (Referent: Amtsführender Stadtrat Peter SCHIEDER) sowie die Änderung der Gemeindewahlordnung (Referent: Amtsführender Stadtrat Franz NEKULA). Mit einem Nachtrag zu dieser Tagesordnung ist zu rechnen. Die Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet. (Schluß) red/ap

NNNN

Jazzfrühling in Wien (1)

Utl.: "Querschnitt durch den Jazz von heute"

=++++

9 #Wien, 31.1. (RK-KULTUR) Unter dem Titel "Evolution 83" bringt der Jazzfrühling in Wien heuer vom 27. Februar bis 14. Mai insgesamt 13 Konzerte. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der am Montag gemeinsam mit Joachim LIEBEN das Programm vorstellte, bezeichnete es als "Querschnitt durch den Jazz von heute".

Zilk betonte, daß der Jazzfrühling einer von zahlreichen musikalischen Schwerpunkten sei, die Wien heute bietet. Der Kulturadministration kommt dabei - so Zilk - die Rolle des Animators, nicht aber die des Veranstalters zu. In diesem Sinn kündigte Zilk auch ab 1984 Änderungen für den Musikalischen Sommer an, der ebenfalls von professionellen Konzertveranstaltern - mit Ausfallshaftungen des Kulturamtes - durchgeführt werden soll.#

Zu den 13 Konzerten des heurigen Jazzfrühlings erwarten die Veranstalter rund 15.000 Besucher. Alle Konzerte finden im Konzerthaus statt, versetzte Beginnzeiten - die Konzerte beginnen teilweise um 20.30 Uhr bzw. 21 Uhr - sollen dazu beitragen, Störungen von parallel stattfindenden klassischen Konzerten in anderen Sälen zu vermeiden. Karten gibt es für alle Konzerte ab 100 Schilling, die Höchstpreise betragen bei einzelnen Veranstaltungen bis 450 Schilling. Mit der Möglichkeit, jedes Konzert bereits ab 100 Schilling besuchen zu können, sollen möglichst breite Bevölkerungsschichten für den Jazzfrühling angesprochen werden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Jazzfrühling in Wien (2)

Utl.: Das Programm

=++++

10 Wien, 31.1. (RK-KULTUR)

27. Februar: Avantgarde: John Cale

5. März: Swing for ever: "The great All-Stars":

Red Norvo, Buddy Tate, Teddy Wilson, Slam Stewart,
Billy Butterfield, Johnny Mince, Tal Farlow,
Sam Woodyard

7. März: The Performance: Laurie Anderson

11. März: Contemporary Jazz: Pat Metheny

18. März: Free Jazz: Cecil Taylor Unit + Diane McIntyre:
"Sound in Motion"

15. April: New York Jazz: Carla Bley Band

18. April: Miles Davis

20. April: Soul: Marvin Gaye

25. April: Country: Johnny Cash

1. Mai: Modern: Dave Brubeck

3. Mai: Bebop: Lionel Hampton + Allstar Band

6. Mai: Folk: Joni Mitchell

14. Mai: Vocal: Al Jarreau

(Schluß) gab/gg

NNNN

ÖVP: Probleme der Wahlkarten

=++++

11 Wien, 31.1. (RK-POLITIK) Neuerlich mit der Frage der Wahlkartenwähler beschäftigte sich Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK am Montag in seinem Pressegespräch. Die ÖVP hatte bereits am vergangenen Freitag im Wiener Landtag einen Antrag zur Änderung der Wiener Gemeindevahlordnung eingebracht, um Wahlkartenwählern das Wahlrecht für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen auch außerhalb der Landesgrenzen Wiens zu sichern. Dies wurde, laut Dr. Busek, von der SPö anscheinend aus politischen Gründen abgelehnt. Entgegen den Erklärungen von Bürgermeister Leopold Gratz im Landtag am Freitag, sehen NR. Univ.-Prof. Dr. Felix ERMACORA und a. o. Univ.-Prof. Bernhard RASCHAUER keine verfassungsrechtlichen Bedenken, auch außerhalb des Wiener Territoriums mit Wahlkarten zur Gemeinderatswahl die Stimme abzugeben. Es müßten, so Prof. Raschauer, lediglich technische Probleme gelöst werden, nämlich die Zusendung der außerhalb Wiens abgegebenen Wahlkuverts von den Kreiswahlbehörden zu den Wiener Stadtwahlbehörden. (Schlu) en/gg

NNNN

